

Preußische Allgemeine



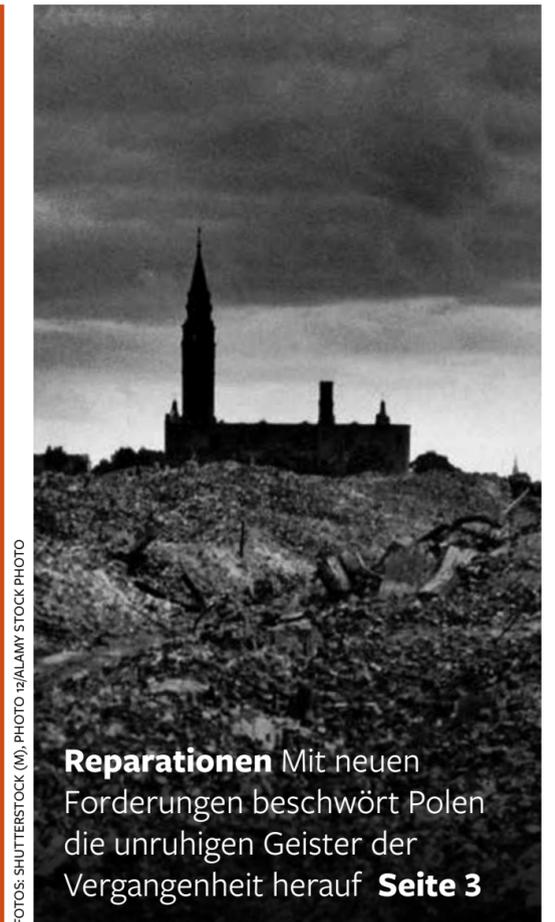
Nr. 36 · 9. September 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Warum der Strom so teuer ist

Politische und strukturelle Ursachen eines Problems, das gerade den Wohlstand von Millionen Deutschen bedroht **Seite 2**



FOTOS: SHUTTERSTOCK (M), PHOTO 12/ALAMY STOCK PHOTO

Reparaturen Mit neuen Forderungen beschwört Polen die unruhigen Geister der Vergangenheit herauf **Seite 3**

KORREKTUR

Nachtrag zum Flüssiggas

Im Aufmacher der PAZ 35 wurde nicht berücksichtigt, dass Flüssiggas (LNG) für den Transport durch Herunterkühlung stark verdichtet wird, wodurch die mittels LNG zur Verfügung stehenden Transportkapazitäten um ein Vielfaches höher sind.

Andererseits hat die Überschlagerrechnung in dem Artikel zugunsten von LNG-Schiffen ein Ladevolumen von 266.000 Kubikmetern zugrunde gelegt, weil dies der Kapazität der größten Schiffe entspricht. Tatsächlich haben viele LNG-Tanker nur ein Ladevolumen von 125.000 bis 147.000 Kubikmetern. Hinzu kommt, dass in der Rechnung als Vergleichsgröße für die bisherigen Erdgaslieferungen aus Russland lediglich das Volumen von Nord Stream 1 mit 58,8 Milliarden Kubikmetern (Stand: 2021) genannt wurde. Die gesamten Gaslieferungen von Russland in Richtung EU waren jedoch ungleich höher. Für 2020 etwa nennen mehrere Quellen eine Menge von rund 168 Milliarden Kubikmetern (verlässliche Zahlen für das Jahr 2021 konnten nicht recherchiert werden).

Insofern ändert sich an der Grundaussage des Artikels, dass LNG-Schiffe kaum in der Lage sind, die bisherigen Erdgaslieferungen zu ersetzen, nichts. Zumal die für einen Ersatz der bisherigen Erdgaslieferungen erforderlichen zusätzlichen LNG-Kapazitäten erst noch geschaffen, sprich weitere Schiffe gebaut werden müssen.

Außerdem blenden die LNG-Befürworter gern die mit den Schiffstransporten verbundenen CO₂-Emissionen aus, die zwingend in eine Gesamtbewertung hineingehören. *neh*

„KRISENHILFE“

Die versprochene Entlastung der Bürger ist eine Täuschung

Alles, was die Regierung dem Volk und der Wirtschaft gibt, hat sie ihnen vorher genommen – oder tut es noch. Die Lösung läge ganz woanders

VON HANS HECKEL

In der Debatte um das „dritte Entlastungspaket“ haben die Medien einige Schwachpunkte des 65-Milliarden-Plans schnell herausgearbeitet. Etwa, dass die Höhe des „Basisstromverbrauchs“, der von der Preisbremse geschützt werden soll, nicht beziffert wurde. Oder dass die „Über-“ oder „Zufallsgewinnsteuer“ vor EU-rechtlichen Hürden scheitern könnte und in ihrer Höhe und Verteilung ebenfalls vage bleibt.

Dementsprechend erinnert der Auftritt der Ampelspitze auf beunruhigende Weise an die Rede des Kanzlers vom 27. Februar. Damals versprach Olaf Scholz eine „Zeitenwende“, kündigte große Zahlen an – doch seither ist wenig Konkretes passiert. Oder an die „Gasumlage“, die sich als handwerkliches Fiasko entpuppte und nun zurück bei den Gremien gelandet ist zur Nachbearbeitung.

Der zentrale Schwachpunkt des „Entlastungspaketes“ ist ein bislang wenig diskutierter: Der Staat hat kein eigenes Geld, er kann nicht entlasten, ohne andernorts zu belasten. Im konkreten Fall heißt das: Entweder müssen Unternehmen und Bürger das Paket früher oder später direkt bezahlen, oder es wird schuldenfinanziert, was die Inflation weiter in die Höhe treibt und die Entwertung von Einkommen und Ersparnissen noch mehr beschleunigt. Dazu kommt, dass das Paket umfangrei-

che Bürokratiekosten verursachen wird, viel Geld bleibt also im Staatsapparat hängen. Unterm Strich ist es also nicht einmal „linke Tasche, rechte Tasche“, es wird sogar viel Geld verloren gehen.

Tatsächlich entlasten kann der Staat Bürger und Unternehmen nur, indem er die staatlich verursachten Kosten zurückfährt, welche das Volk zu tragen hat.

Da wäre einiges denkbar. Man könnte oben anfangen damit, endlich eine Reform zur Verkleinerung des Bundestages zu beschließen, dem umfangreichsten demokratischen Parlament des Globus, und die Zahl der Staatssekretäre verringern, statt sie immer weiter aufzublähen. Das Kanzleramt ist jetzt schon fünfmal so groß wie das Weiße Haus und soll nun auf die zehnfache Größe wachsen. Muss das sein?

Selbst bezahlte „Geschenke“

Die Rundfunkgebühren gehören abgeschafft, der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf seine Kernaufgaben reduziert. Es braucht zudem eine Einwanderungspolitik, die verhindert, dass vor allem Niedrigqualifizierte hereinkommen, die zu einem Großteil lebenslang auf Nettotransfers angewiesen sein werden und oft obendrein durch ihre Ablehnung der europäischen Kulturformen sozialen Sprengstoff ins Land tragen, der weitere Kosten für die innere Sicherheit verursacht.

Die staatliche Parteienfinanzierung muss verschwinden, auch die staatlichen

Zuschüsse für die (oft im Auftrag oder Sinne der Parteien) handelnden sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Dazu zählen auch die Parteistiftungen. Die staatlichen Aufwendungen für diesen Komplex aus Parteien, ihren Stiftungen und parteinahen NGOs geht mittlerweile in die Milliarden.

Der völlig unüberschaubare Energiesektor muss von Grund auf reformiert werden, auf dass wieder eine marktwirtschaftlich sinnvolle, stabile und kostengünstige Energieproduktion und -verteilung entstehe, wie sie dieses Land über Generationen vorweisen konnte. Die Kostenexplosion bei Staatsbauten, die bei privaten Projekten kaum je in dem Maße und schon gar nicht in der Regelmäßigkeit auftritt, gehört mittels wirksamer Sanktionen für die Verantwortlichen abgestellt.

Die uferlosen „Euro-Rettungsmaßnahmen“ sind einzustellen. Sie treiben nur die Inflation. Zerbricht die Einheitswährung ohne diese Hilfen, ist der Beweis erbracht, dass sie nicht funktioniert – nicht einmal nach zehn Jahren „Rettung“. Also muss etwas Neues her. Schließlich muss die Kalte Progression verschwinden und durch eine inflationsindexierte Anpassung der Steuersätze dauerhaft unmöglich gemacht werden.

Nur nach dem Muster solcher Maßnahmen ist echte „Entlastung“ erreichbar, nicht durch „Geschenke“ an das Volk, die es letztlich selbst bezahlen muss.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Pläne zum Umbau des rbb nach dem Skandal um Intendantin Schlesinger **Seite 5**

Kultur

Die Kritik des Deutschen Musikrats am neuen Infektionsschutzgesetz **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Polen und Ukrainer feiern den ukrainischen Tag der Unabhängigkeit in Allenstein **Seite 13**

Lebensstil

Schloss Dammsmühle bei Berlin wartet auf seine Umwandlung in ein Hotel **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

Strompreisexplosion Dafür verantwortlich sind der Ausfall französischer Atommeiler, den Deutschland mit Stromexporten kompensieren muss, und das Merit-Order-Prinzip, das den Strom- an den Gaspreis bindet

Wie Merit-Order die Preise treibt

Trotz des Preisanstiegs wollen Bundeswirtschaftsministerium und EU-Kommission am System festhalten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Europa erlebt derzeit eine Energiekrise epochalen Ausmaßes, in deren Verlauf auch die Strompreise auf astronomische Höhen steigen. Damit droht unzähligen deutschen Unternehmen und Verbrauchern der Ruin. Außerdem treiben die wachsenden Kosten für Strom die allgemeine Inflation an. Als Grund wird immer wieder auf den Ukrainekrieg, die deswegen verhängten Sanktionen gegen Russland und daraus resultierende reduzierte Erdgaslieferungen Moskaus verwiesen. Dabei hat die Strompreisexplosion zwei ganz andere Hauptgründe, nämlich die schwere strukturelle Krise der französischen Nuklearindustrie (siehe rechts) und die faktische Existenz eines legalisierten Kartells, das den Preis für den Strom immer mehr zum Nachteil der Verbraucher gestaltet.

Mittlerweile ist es nämlich so, dass der angeblich günstige Strom aus Wasserkraft-, Wind- und Solaranlagen oder Kernkraftwerken genauso viel kosten kann wie der, welcher durch die Verbrennung des immer knapper und somit auch teurer werdenden Gases produziert wird. Die Ursache hierfür sind die Mechanismen, denen die Preisbildung unterliegt im Allgemeinen und das sogenannte Merit-Order-Prinzip im Besonderen.

2002 wurde EEX in Leipzig gegründet

Großkunden wie Industriebetriebe und Stadtwerke kaufen die eine Hälfte ihres benötigten Stroms direkt bei den Erzeugern zu vertraulich gehaltenen Konditionen ein und die anderen an den beiden Strombörsen. Die eine der beiden ist die European Energy Exchange (EEX) in Leipzig. Dort kann man sogenannte Futures erwerben. Das sind Stromkontingente zur Lieferung in Zeiträumen von bis zu sechs Jahren. Weil die Abnehmer aber nicht genau wissen, wie viel Strom sie in der Zukunft brauchen, bestellen sie dort nur eine Grundmenge und kaufen dann später den Rest im Rahmen von extrem kurzfristigen Verträgen hinzu auf dem sogenannten Spot- oder Day-Ahead-Markt.

Die Abwicklung der entsprechenden Transaktionen erfolgt über die EEX-Tochter European Power Exchange (EPEX)

SPOT in Paris. Dort werden die Preise nach dem Merit-Order-Prinzip gebildet.

2008 folgte EPEX SPOT in Paris

Am Spot-Markt nennen die Stromlieferanten Menge und Preis der elektrischen Energie, die sie am Folgetag (day ahead) zur Verfügung stellen können. Entsprechend den Gesetzen des Marktes erhalten zuerst die Anbieter den Zuschlag, die ihren günstig produzierten Strom billig verkaufen wollen. Sollte der nicht ausreichen, folgen jene Produzenten, welche teurer sind, wie eben Gaskraftwerke, bis die Nachfrage gedeckt ist.

Und dann passiert etwas, was in einem funktionierenden Wettbewerb eigentlich ausgeschlossen sein sollte: Der Börsenpreis für den gesamten Strom des nächsten Tages, der von allen Bietern zu zahlen

ist, richtet sich nach dem Preis, den der teuerste gerade noch zum Zuge gekommene Anbieter genannt hat.

Die Folge hiervon ist, dass der Strompreis seit der zweiten Jahreshälfte 2021 analog zum Gaspreis steil nach oben geht, egal wie hoch die Herstellungskosten bei denen sind, die gar kein Gas benötigen. Hiervon profitieren vor allem die Anbieter von Strom aus Erneuerbaren Energien. Der wird wegen der nur schlecht vorhersehbaren Ausbeute fast ausschließlich an der EPEX SPOT gehandelt und kostet nun immer mehr. Beispielsweise lag der Marktwert von Strom aus Windkraftanlagen 2020 bei durchschnittlich drei Cent pro Kilowattstunde und stieg dann bis Juli 2022 wegen des Merit-Order-Prinzips auf 27,8 Cent. Das beschert Energiekonzernen mit einem hohen Port-

folio-Anteil an Strom aus Wind, Wasser und Sonne riesige Zusatzeinnahmen ohne jegliches eigene Zutun. So verdoppelte sich der Gewinn von RWE im ersten Halbjahr 2022 auf zwei Milliarden Euro.

Angesichts dessen monierte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Bernd Westphal: „Es kann nicht sein, dass das letzte Gaskraftwerk am Netz den Gesamtstrompreis bestimmt.“ Dem widersprach das Bundeswirtschaftsministerium am 16. August 2022: „Das Merit-Order-Prinzip sorgt ... für einen effizienten Einsatz des Kraftwerksparks, das heißt, der Strom wird im Grundsatz jederzeit von den kostengünstigsten Anbietern geliefert.“ Ebenso ist die EU-Kommission der festen Überzeugung, „dass die derzeitige Strommarktgestaltung einen effizienten ... Markt hervorbringt“.



Auch die Abschaltung französischer Atommeiler treibt die Strompreise in die Höhe: Das zwölf Kilometer von der Grenze zu Deutschland entfernte französische AKW Cattenom gilt als das marodeste Europas

Foto: Imago imagebroker

FRANKREICH

Deutschland muss Strom exportieren

Frankreich ist derzeit stärker für die hohen Strompreise in Deutschland verantwortlich als Russland. Dies liegt daran, dass lange Zeit knapp drei Viertel des von der Grande Nation benötigten Stroms aus den 18 französischen Kernkraftwerken mit ihren insgesamt 56 Reaktoren stammte, dieser Anteil allerdings während des laufenden Jahres gravierend geschrumpft ist. Bis Ende Juli gingen 26 der Atommeiler vom Netz. Damit stehen nun statt 63.000 nur noch 27.000 Megawatt Erzeugungskapazität zur Verfügung.

Ursache hierfür sind gravierende strukturelle Mängel der französischen Kernenergieerzeugung. Zum einen gibt es Korrosionsprobleme an den vielen veralteten Reaktoren, die langwierige Wartungsarbeiten nötig machen, die während der Corona-Pandemie vernachlässigt wurden. Zum anderen kommt der Bau von neuen Anlagen wie dem Block 3 im Kernkraftwerk Flamanville nicht wie erhofft voran. Und dann waren auch noch hitzebedingte Abschaltungen nötig, da die Kühlwassertemperaturen oftmals die zulässigen Werte überstiegen.

Damit in Frankreich nicht schon im Sommer dieses Jahres die Lichter ausgingen, lieferte Deutschland erhebliche Mengen an Gas und Strom über die Grenze. Das trieb die Energiekosten in Deutschland weiter nach oben, während die französischen Verbraucher aufgrund staatlicher Preisdeckelungen deutlich weniger geschröpft wurden.

Bis 2020 exportierte Frankreich zehn Milliarden Kilowattstunden Strom pro Jahr nach Deutschland, und 2021 waren es immerhin noch fünf Milliarden. Dieses Verhältnis kehrte sich im laufenden Jahr um. Bis Ende Juli beliefen sich die deutschen Stromlieferungen nach Frankreich bereits auf 3,4 Milliarden Kilowattstunden. Und daran wird sich wohl auch in absehbarer Zeit nichts ändern. Manche Experten gehen sogar davon aus, dass die Grande Nation ihren Strombedarf erst in zehn bis 20 Jahren wieder vollständig aus eigener Kraft decken kann.

W.K.

PREISKULTUR

Merit-Order-Prinzip oder Pay-as-bid-Modell?

Sechs unterschiedliche Möglichkeiten, wie der Strompreis gebildet werden könnte

Ungeachtet dessen, dass sowohl die EU-Kommission als auch das Bundeswirtschaftsministerium das Merit-Order-Prinzip bei der Preisbildung an der Strombörse weiterhin für praktikabel halten (siehe oben), wird angesichts der Strompreiskrise nun auf nationaler wie europäischer Ebene über Alternativen diskutiert. Dabei kristallisieren sich derzeit sechs mögliche Lösungen heraus.

Zum Ersten könnte das Merit-Order-Prinzip durch ein Pay-as-bid-Modell ersetzt werden. Dann bestimmt nicht der teuerste Anbieter den Börsenpreis des Tages, sondern jeder Produzent erhält für seinen Strom genau die Summe, die er zu Beginn der Auktion verlangt hat. Dagegen

wird jedoch vorgebracht, dass die Marktteilnehmer genau wüssten, zu welchem Preis die teuren Gaskraftwerke liefern. Also würden sie nur noch Gebote abgeben, die geringfügig darunter liegen.

Solche und andere Manipulationen will der zweite Vorschlag verhindern, der darauf abzielt, die Algorithmen für die Strompreisberechnungen auf der Basis des Merit-Order-Prinzips zu verändern, damit die exorbitanten Forderungen der Gaskraftwerksbetreiber nicht mehr so stark zu Buche schlagen.

In eine ähnliche Richtung ging die Anregung Griechenlands während der außerplanmäßigen Sitzung der EU-Energieminister Ende Juli: Zunächst könnte für

Anbieter mit geringen eigenen Kosten, die keine fossilen Brennstoffe benötigen, ein niedriger, aber immer noch gewinnbringender Festpreis ermittelt werden. Dann wären die übrigen Produzenten an der Reihe, Gebote nach dem Merit-Order-Prinzip abzugeben. Anschließend ließe sich aus den beiden Preisen ein Mittelwert bilden, der dann als Endpreis für alle gilt. Hierüber wollen die Energieminister bei ihrem nächsten Treffen am 25. Oktober beraten.

Eine vierte Möglichkeit zur Senkung des Strompreises ist die Deckelung des Gaspreises wie in Portugal und Spanien mit Hilfe staatlicher Zuschüsse, weil dann auch die Gaskraftwerke in der Lage sind,

In der Schweiz zahlen die Stromkunden den tatsächlichen Durchschnittspreis für den Energiemix, den die Stromversorger liefern

preiswertere elektrische Energie anzubieten. Allerdings besteht dabei die Gefahr, dass der subventionierte Strom ins Ausland abfließt, wenn dort nicht genau die gleichen Rahmenbedingungen herrschen.

Zum Fünften wird auf das Beispiel Schweiz verwiesen. Dort bezahlen die Kunden einfach den tatsächlichen Durchschnittspreis für den Energiemix, den die Stromversorger geliefert haben.

Und dann könnte der Staat den Kraftwerksbetreibern die CO₂-Zertifikate für den Ausstoß von Kohlendioxid natürlich auch eine gewisse Zeit lang gratis zuteilen. Dadurch würde der Strompreis sofort um rund einhundert Euro je Megawattstunde sinken.

W.K.

Warschau spielt mit dem Feuer

Mehr als ein Dreivierteljahrhundert nach Kriegsende beziffert Polen seine Entschädigungsforderungen an Deutschland. Aussicht auf Erfolg haben diese nicht. Dafür haben sie das Potential, den inneren Frieden Europas nachhaltig zu stören

VON RENÉ NEHRING

Die polnische Regierung gibt keinen Frieden. Nachdem in den vergangenen Jahren wiederholt Spitzenpolitiker der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) eher pauschal Entschädigungszahlungen von Deutschland wegen der durch den Zweiten Weltkrieg erlittenen Verluste gefordert hatten, stellte am Donnerstag vergangener Woche, dem symbolträchtigen 1. September, Premierminister Mateusz Morawiecki und der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński ein Gutachten vor, dass die Ansprüche Polens mit 6 Billionen, 220 Milliarden und 609 Millionen Zloty beziffert, was nach derzeitigem Kurs etwa 1,3 Billionen Euro entspricht.

Zur Begründung verwiesen die beiden nicht nur auf die durch den deutschen Angriffskrieg erlittenen menschlichen und materiellen Verluste ihres Landes, sondern auch auf die dadurch entstandenen und bis heute nachwirkenden Beeinträchtigungen. Ohne die Auswirkungen des Krieges, so die Warschauer Argumentation, stünde der polnische Staat heute in seiner zivilisatorischen Entwicklung auf einem völlig anderen Platz.

Juristisch ist die Sache erledigt

Die Antwort der Bundesregierung kam prompt. Deutschland sehe, so ein Sprecher des Auswärtigen Amtes, keine Grundlage für die polnischen Forderungen: „Die Position der Bundesregierung ist unverändert. Die Reparationsfrage ist abgeschlossen.“ Polen habe schon 1953 auf Reparationen verzichtet und diesen Verzicht mehrfach bestätigt. „Dies ist eine wesentliche Grundlage für die heutige Ordnung Europas“, so der Sprecher weiter.

Damit könnte die Sache ihr Bewenden haben. Doch angesichts der nicht ruhenden polnischen Forderungen und mit Blick auf den mit dem Gutachten verbundenen Aufwand ist davon auszugehen, dass PiS-Politiker die Reparationsfrage keineswegs ruhen lassen werden. Deshalb ist es angebracht, das Thema noch einmal umfassend zu betrachten, wozu neben Rechtsfragen auch historische Aspekte gehören und nicht zuletzt die Frage, welche politischen Folgen das Warschauer Insistieren auf Entschädigungen haben könnte.

Juristisch ist der Fall klar. Im Potsdamer Protokoll der alliierten Siegermächte von 1945, das bislang von keiner Warschauer Regierung in Zweifel gezogen wurde, weil Polen darin den historischen deutschen Osten zugesprochen bekam, heißt es unter Punkt III 2., dass sich die UdSSR dazu verpflichtet, Reparationsforderungen Polens aus ihrem eigenen Anteil an Reparationen zu begleichen. Insofern müsste Polen etwaige Ansprüche nicht an Deutschland, sondern an die Russländische Föderation als faktische Rechtsnachfolgerin der UdSSR richten. Zumal Polen 1939 nicht nur von Deutschland, sondern auch von der Sowjetunion angegriffen wurde und diese – etwa in Katyn – ebenfalls schwerste Kriegsverbrechen begangen hat.

Zudem erklärte 1953 die damalige polnische Regierung auf der Grundlage des Görlitzer Abkommens von 1950, in dem die DDR die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze anerkannte, dass Deutschland „seiner Verpflichtungen zur Zahlung von Reparationen bereits in bedeutendem Maße nachgekommen“ sei und sie deswegen auf weitere Zahlungen verzichte. Heute argumentieren die Verfechter der aktuellen polnischen Forderungen, dass ihr Land damals nicht souverän gewesen sei und der Verzicht von 1953 deshalb keine Gültigkeit besitze. In Bezug auf die Festlegung der Oder-Neiße-Grenze stört es PiS und Co. freilich nicht, dass diese beiderseits durch unsouveräne Regierungen erfolgte.

Neben der Erklärung von 1953 verwiesen alle Bundesregierungen der letzten drei Jahr-



Will die Geschichte nicht ruhen lassen: Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki bei der Vorstellung des Gutachtens zu den Reparationsforderungen seines Landes an Deutschland
Foto: imago newspix

zehnte auch darauf, dass das vereinte Deutschland und das demokratische Polen in ihrem Grenzvertrag von 1990 und im Deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag von 1991 abschließend alle noch offenen Fragen bezüglich des Zweiten Weltkriegs geregelt haben – und Polen damals keine Reparationsforderungen erhoben hat.

Und als 2004 der Sejm die eigene Regierung aufforderte, mit Deutschland Verhandlungen über Entschädigungen aufzunehmen, erklärte mit dem damaligen Warschauer Premierminister Marek Belka ein demokratisch legitimer Warschauer Kabinettschef, dass seine Regierung der Meinung sei, „dass die Angelegenheit der gegenseitigen Ansprüche zwischen Polen und Deutschland ein für alle Mal abgeschlossen ist“. Der damalige Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski äußerte sich ähnlich.

Historische Sachverhalte

Letztendlich ist der polnischen Regierung durchaus bewusst, dass ihren Forderungen die juristische Grundlage fehlt, weshalb sie denn auch überwiegend historische und moralische Motive anführt. Doch auch auf diesem Feld gibt es Punkte, die die Argumentation Warschau widerlegen.

Da ist vor allem die Behauptung, Polen sei für seine immensen Kriegsverluste – die unbestreitbar sind – nie entschädigt worden. Tatsächlich bekam Polen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs den historischen deutschen Osten zugesprochen. Zwar verlor das Land 1945 zugleich die Ostgebiete seiner Zweiten Republik, doch handelt es sich bei diesen östlichen Grenzlanden (Polnisch: Kresy) um Territorien, die Polen zum Zeitpunkt seiner staatlichen Wiedegründung 1918 gar nicht besaßen, sondern erst im Polnisch-Sowjetischen Krieg (1919–1921) erobert hatte.

Unbestreitbar ist auch, dass die neuen polnischen Westgebiete – der historische Osten Deutschlands – ungleich höher entwickelt waren als jene Territorien, die Polen mit seinen Ostgebieten verlor. Weshalb denn auch keine einzige polnische Regierung seit 1945 die „Westverschiebung Polens“ infrage stellte. Es ist somit legitim, den durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen polnischen Verlusten jene deutschen Verluste im Osten gegenüberzustellen, die Polen 1945 erhielt.

Da ist vor allem das Land selbst zu nennen. Von den 114.267 Quadratkilometern, die Deutschland infolge der alliierten Entschei-

dung 1945 im Osten verlor, bekam Polen fast 100.000 Quadratkilometer. Veranschlagt man für jeden Quadratmeter nur zehn Euro (was angesichts der horrenden Bodenpreise in Metropolen wie Danzig, Breslau und Stettin weit untertrieben ist), so macht dies allein bereits einen Wert von fast einer Billion Euro.

Einen großen Wert stellen auch die ober-schlesischen Steinkohlevorkommen dar, die Polen seit 1945 nutzen konnte. Allein im Jahr 2021 hat Polen Kohle im Wert von 40 Milliarden Euro abgebaut. Rechnet man dies auf 75 Jahre hoch, ergibt dies einen weiteren Betrag in Billionenhöhe zugunsten Polens. Auch wenn dieser Vergleich hinkt, da sowohl die Preise für Kohle als auch die Fördermengen im Laufe der Zeit Schwankungen unterlagen, zeigt diese Überschlagsrechnung doch die Dimensionen der deutschen Verluste, von denen Polen seit 1945 Jahr für Jahr profitiert.

Das Magazin „Der Spiegel“ stellte 1947 deutsche Verluste und polnische Zugewinne gegenüber und erwähnte dabei unter anderem 121 Textilfabriken, 21 Bergwerke, 89 Chemiefabriken sowie 39 Eisen- und Stahlwerke. Hinzu kamen die hochentwickelten landwirtschaftlichen Produktionsgebiete in Pommern, Ost- und Westpreußen, Schlesien sowie in der Neumark. Am Schluss des Artikels zitierte der „Spiegel“ den damaligen polnischen Industrieminister Hilary Minc mit den Worten: „Die Gewinn- und Verlustrechnung ergibt eine geradezu ideale Bilanz, so ideal, daß manchem Polen vor der Götter Neid zu grauen beginnt.“

Die vielfache Behauptung heutiger polnischer Vertreter, ihr Land habe für die erlittenen Kriegsverluste niemals eine Kompensation erhalten, ist somit falsch.

Deutsche Probleme

Allerdings können sich Warschauer Politiker diese Haltung leisten, weil sie von den führenden Repräsentanten der deutschen Politik keine Gegenwehr mehr zu erwarten haben. Diese kennen die eigene Geschichte nicht mehr – und wollen sie auch nicht mehr kennen. Stattdessen klagen sie die von Deutschen während des Zweiten Weltkriegs begangenen Verbrechen an – und blenden dabei systematisch aus, dass es eben nicht nur deutsche Täter gab, sondern auch Millionen Deutsche, die mit den Verbrechen des NS-Regimes nichts zu tun hatten, dafür jedoch während des Krieges und danach (!) Opfer russischer, tschechischer, jugoslawischer und eben auch polnischer Täter wurden.

Die vielfache Behauptung heutiger polnischer Vertreter, ihr Land habe für die erlittenen Kriegsverluste niemals eine Kompensation erhalten, ist falsch

Früheren Generationen war dies noch bewusst. Im 18. November 1965 schrieben die polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder die großen Worte: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“ Und nachdem Willy Brandt am 7. Dezember 1970 im Warschauer Vertrag die deutsche Ostgrenze anerkannt hatte, wandte er sich an seine Landsleute und sagte: „Wir dürfen nicht vergessen, dass dem polnischen Volk nach 1939 das Schlimmste zugefügt wurde, was es in seiner Geschichte hat durchmachen müssen. (...) Großes Leid traf auch unser Volk, vor allem unsere ostdeutschen Landsleute. Wir müssen gerecht sein: Das schwerste Opfer haben jene gebracht, deren Väter, Söhne oder Brüder ihr Leben verloren haben. Aber nach ihnen hat am bittersten für den Krieg bezahlt, wer seine Heimat verlassen musste.“

Von diesem Bewusstsein ist nichts mehr zu spüren. Bundespräsident Steinmeier etwa nennt in seinen erinnerungspolitischen Reden – zum Beispiel zum 80. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs in Wieluń oder im vergangenen Jahr zum Volkstrauertag – nur noch deutsche Verbrechen, deutsche Opfer kommen bei ihm nicht mehr vor.

Die politische Dimension

In der aktuellen Debatte gehört auch erwähnt, dass Deutschland nach 1990 immer wieder als Vertreter polnischer Interessen in Europa und in der Welt aufgetreten ist. So erließen die im Pariser Club vertretenen Nationen 1991 auf Betreiben der Bundesregierung Polen die Hälfte seiner fast fünfzig Milliarden D-Mark Auslandsschulden. Dieser Schuldenerlass ermöglichte dem Land einen gedeihlichen Neustart nach dem Ende des Kommunismus.

Seit Mitte der neunziger Jahre dann unterstützte niemand im Westen den polnischen Wunsch nach einem Beitritt in EU und zu NATO so entschieden wie die Bundesrepublik. Es waren weder die US-Amerikaner noch die Briten und Franzosen, sondern der deutsche Kanzler Helmut Kohl und seine Minister, die die Osterweiterung beider Bündnisse durchdrückten.

Polen und Deutsche haben in den vergangenen Jahren einen weiten gemeinsamen Weg der Versöhnung zurückgelegt. Aus einstigen Kriegsgegnern wurden Verbündete. Die Volkswirtschaften beider Länder sind eng verflochten, Millionen Menschen haben das jeweils andere Land besucht, unzählige Kriegsspuren wurden in beeindruckenden Wiederaufbauprojekten beseitigt. Nicht zuletzt sind zwischen Deutschen und Polen unzählige persönliche Freundschaften entstanden – auch und gerade zwischen Angehörigen der Kriegsgeneration.

Möglich wurde dies, weil die Verantwortlichen trotz aller historischen Wunden die Geister der Vergangenheit ruhen ließen und sie nie die Politik bestimmen ließen. Mit ihren aktuellen Forderungen rufen die PiS-Politiker nun allerdings eben jene ungueten Geister herbei. Wohin dies auf lange Sicht führen kann, zeigt sich in der Ukraine. Seit dem 24. Februar 2022 tobt dort ein Krieg, der die europäische Nachkriegsordnung infrage stellt – und der ebenfalls mit dem Verweis auf vermeintliche historische Ansprüche begründet wurde.

Falls Polen nun offiziell Entschädigungsforderungen an Deutschland richten sollte, wäre das weit mehr als ein unfriedlicher Akt gegenüber einem Verbündeten. Es wäre das Aufkündigen eines jahrzehntelangen Konsenses – und somit gleichfalls ein Angriff auf die europäische Nachkriegsordnung. Natürlich ist das Aufstellen von Entschädigungsforderungen bei Weitem nicht das Gleiche wie die Eröffnung eines Angriffskriegs. In der Wirkung freilich, im Stiften von Unfrieden und Zwiespalt zwischen befreundeten Nationen, käme eine solche Forderung, deren Erfüllung letztlich zum Ruin des Partners führen würde, dem Beginn einer neuen Eiszeit gleich.

● MELDUNGEN

Bundespolizei will mehr Geld

Potsdam – Gemäß einer Aufstellung des Bundespolizeipräsidiums in Potsdam fehlen der Bundespolizei in den Jahren 2023 bis 2026 um die 497 Millionen Euro, wenn die bisherige Haushaltsplanung nicht korrigiert wird. Als Begründung für den Mehrbedarf dient vor allem die angebliche Notwendigkeit, auf „lebensbedrohliche Einsatzlagen“ vorbereitet zu sein, denn das mache die Anschaffung von geschützten Einsatzfahrzeugen, Drohnen und Systemen zur Drohnenabwehr notwendig. Aus der Sicht des Vorsitzenden des Bezirks Bundespolizei/Zoll der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Andreas Roßkopf, wäre es „eine mittlere Katastrophe“, wenn die Ampelkoalition keine Nachbesserung der Haushaltsentwürfe vornehme. Und der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG), Heiko Teggatz, erklärte: „Die Sicherheitslage in Deutschland wird sich schon bald zuspitzen: Wenn sich die Menschen ihr Leben nicht mehr leisten können, kommen mehr als uns lieb ist auf dumme Gedanken.“ W.K.

SF₆ noch bis 2030 erlaubt

Ortskennung – Seit Jahrzehnten wird in den Schaltanlagen der Windkraft- und Photovoltaikanlagen das stärkste „Treibhausgas“, Schwefelhexafluorid (SF₆), als Lösch- und Isoliergas eingesetzt. Ein Kilogramm SF₆ hat das „Treibhauspotenzial“ von 22,8 Tonnen CO₂. Die Haltbarkeitszeit in der Atmosphäre beträgt 3200 Jahre. Innerhalb der EU ist Deutschland mit Abstand der größte Emittent. Laut dem Umweltbundesamt konnten die Emissionen bis 2019 „durch eine Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft in den letzten 20 Jahren deutlich gesenkt werden“. Ebenfalls 2019 ergab eine britische Studie, dass eine zehnmal höhere SF₆-Konzentration in der Atmosphäre vorhanden ist als von Staaten und Betreibern angegeben. Teurere Alternativen sind verfügbar, doch darf SF₆ in der Wind- und Solarindustrie gemäß EU-Verordnung noch bis 2030 verwendet werden. D.J.

Datendiebe fordern Geld

London – Laut einem Bericht der British Broadcasting Corporation (BBC) haben Hacker umfangreiche Daten des Rüstungsunternehmens MBDA Deutschland gestohlen, das vor allem Luftverteidigungs- und Lenkflugkörpersysteme herstellt. Die Kriminellen verlangen für den 80 Gigabyte großen Datensatz, den sie in einem Online-Forum anbieten, 15 Bitcoin (etwa 300.000 Euro). Dafür soll der Käufer Protokolle, GPS-Koordinaten, Konstruktionspläne, Vertragsvereinbarungen, vertrauliche Gesprächsnotizen und Dokumente erhalten, die von der NATO als „geheim“ klassifiziert wurden, darunter wohl auch detaillierte Angaben über das für Großbritannien entwickelten Luftverteidigungssystems Common Anti-Air Modular Missile (Camm), von dem inzwischen auch die Ukraine eines erhalten hat. Dennoch wiegelt die NATO ab: Die Daten seien nicht besonders sensibel und man suche nach dem Leck. W.K.

● HOLZ

Der Mangel ist hausgemacht

Bund, Länder und Kommunen behindern den Einschlag. Ein Großteil wird nach China exportiert



Auch dieser Rohstoff ist mittlerweile gesucht und teuer: Holz

Foto: imago images/imagebroker

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die deutschen Sägewerksbetreiber, Möbelhersteller und Parkettproduzenten haben ein existentielles Problem: Ihnen geht das Material aus; vor allem Laubholz fehlt. Deshalb gibt es in den Sägewerken nun verbreitet Kurzarbeit, und im Herbst drohen dann auch erste Schließungen kleiner oder mittelständischer Unternehmen.

Ebenfalls betroffen sind die Kunden der Sägewerke, die Möbel auf den Markt bringen. Diese berichten von ständigen Produktionsstörungen aufgrund stockender Lieferungen von Holz aus den heimischen Wäldern.

Dabei wächst die Nachfrage nach hochwertigen und langlebigen Möbeln aus Massivholz derzeit beständig. Das gilt analog für Parkett aus Eiche, das in

Deutschland einen Marktanteil von 90 Prozent hat. Trotzdem sind die Kapazitäten der rund 20 Hersteller im Lande mitnichten ausgelastet.

„Das ist einfach nur Wahnsinn“

Der Mangel an Holz ist hausgemacht. Zum einen behindern Bund, Länder und Kommunen den Holzeinschlag. So ging die Fällung von Laubbäumen in den Staatsforsten zwischen 2017 und 2021 um ein Viertel zurück. Als Begründung hierfür muss in aller Regel der Klimaschutz herhalten.

Dabei wird am Ende deutlich mehr Wald aufgefördert als durch Einschlag reduziert. So standen im vergangenen Jahr 83 Millionen Kubikmeter an geschlagenem Holz 120 Millionen Kubikmeter in neu entstandenen Wäldern entgegen. Hinzu kommt, dass es sich beim größten Teil des „geernteten“ Holzes im Umfang

von 50 Millionen Kubikmetern um Schadholz aus vom Borkenkäfer befallenen Fichtenbeständen handelt.

Zum anderen beliefern die privaten und staatlichen Waldeigentümer nicht mehr vorrangig ihre bisherigen deutschen Abnehmer, sondern versteigern das Holz im Rahmen von Auktionen, bei denen häufig ausländische Bieter den Zuschlag erhalten.

Dass bereits für den Export die Motorsäge angesetzt wird, verraten die allgegenwärtigen Holzstapel an den Waldrändern, bei denen jeder Stamm maximal 11,8 Meter lang ist, damit er in einen der üblichen 40-Fuss-ISO-Container zum Transport über längere Strecken beziehungsweise nach Übersee passt.

Die Gewinner bei den „Meistgebots-terminen“ sind mittlerweile oft chinesische Firmen, von denen vermutet wird, dass sie Subventionen ihres Staates erhal-

ten, um ihre ausländischen Konkurrenten ausstechen zu können. Jedenfalls wurden laut Angaben des Verbandes der Deutschen Möbelindustrie (VDM) vergangenes Jahr um die 146.000 Kubikmeter Eichenholz exportiert, von denen etwa vier Zehntel ins Reich der Mitte gingen. Bei Buchenholz waren es sogar 255.000 von 560.000 Kubikmetern, also fast 46 Prozent. Und das sind nur die direkten Ausfuhren. Hinzu kommen die nicht näher zu beziffernden indirekten über Belgien und die Niederlande.

Ahnhilfe wäre möglich

Aus all dem schließt der VDM-Hauptgeschäftsführer Jan Kurth, dass es in den heimischen Wäldern eigentlich genügend Holz gebe, man gehe nur falsch damit um. Und tatsächlich zeigt sich hier erneut die ganze Absurdität der bundesdeutschen Klima- und Wirtschaftspolitik, die Andreas Decker, der Chef des ostwestfälischen Massivholzmöbelherstellers Decker, mit deutlichen Worten geißelt: „Wir erlauben uns den Luxus, eine unserer wenigen Ressourcen zu exportieren und nach der Verarbeitung in Asien mit einem riesigen CO₂-Rucksack wieder zurückzukaufen. Das ist einfach nur Wahnsinn.“ Denn das meiste, was in China aus deutschem Holz produziert werde, lande am Ende auf dem deutschen Markt.

Wollte man das ändern, wäre manches möglich. Als Erstes könnten die Forstbetriebe, die sich in der Hand des Staates oder der Kommunen befinden, die Auflage erhalten, ein bestimmtes Quantum des Holzes für die Wertschöpfung in Deutschland zu reservieren.

Als Zweites wären Exportquoten, wie sie derzeit bereits in anderen Ländern üblich sind, ein probates Mittel, um große Abflüsse von Holz nach Asien zu verhindern. Als Drittes könnte die Politik ihren widersprüchlichen Kurs in Sachen Nachhaltigkeit und Klimaschutz aufgeben. Wenn mehr Laubholz im Lande gefällt und zu langlebigen Artikeln verarbeitet würde als bisher, dann wäre das nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ökologisch sinnvoll.

Und als Viertes könnten sich die deutschen Verbraucher bewusster für Anbieter aus dem eigenen Land entscheiden – sofern diese denn ein ausreichendes Angebot unterbreiten.

● BUNDESHAUSHALT

„Entsetzen und völliges Unverständnis“

Der Etat des Bundesinnenministeriums soll 2023 um mehr als 2,22 Milliarden Euro schrumpfen

Noch im März hatte die Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser (SPD), anlässlich einer Debatte über den Haushalt für das laufende Jahr im Bundestag erklärt, wie die innere Sicherheit in Deutschland mit zusätzlichen Mitteln und neuen Stellen gestärkt werden soll.

Ein vorliegender Entwurf für den Bundeshaushalt für das Jahr 2023 sorgt nun beim Deutschen Feuerwehrverband (DFV) und bei der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdB) allerdings für „Entsetzen und völliges Unverständnis“. Ingesamt planen die Häuserhalter, den Etat des Bundesinnenministeriums um mehr als 2,22 Milliarden Euro sinken zu lassen. Dies würde auch die Mittel für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz betreffen.

Konkret sieht der Entwurf vor, dass die Ausgaben im Katastrophenschutz

von insgesamt rund 932 Millionen Euro im laufenden Jahr auf etwa 767 Millionen zurückgehen. Wie aus einer Pressemitteilung des Bundestages hervorgeht, sollen die Ausgaben für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) im Vergleich zum Vorjahr um rund 158 Millionen Euro auf rund 386 Millionen Euro sinken.

Mehr statt weniger Geld gefordert

Deutlich fällt auch der Rückgang beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) aus. Dieses soll kommandes Jahr im Vergleich zu diesem 112 Millionen Euro weniger erhalten. Vorgesehen sind für nächstes Jahr nämlich nur noch etwa 174 Millionen Euro.

Die Kritik an der Finanzplanung der Haushaltspolitik im Bundestag fiel dementsprechend scharf aus. Dirk

Aschenbrenner, der Präsident der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes, erklärte in einer Pressemitteilung: „Wenn das Vorhaben umgesetzt werden sollte, kann der Staat wohl kaum noch seiner Verpflichtung nachkommen, die Bevölkerung zu schützen“.

Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbands ergänzte: „Die Fähigkeit, bei Katastrophen und Krisen künftig besser aufgestellt zu sein als bisher, würde damit nicht verstärkt, sondern verringert.“ Beide Verbandschefs verwiesen bei ihrer Kritik an den Kürzungen auf die aktuellen Waldbrände, die Starkregenkatastrophe im Ahrtal, die Corona-Pandemie und die Asylkrise.

Verweis auf Katastrophenlagen

Scharfe Kritik an den Finanzplanungen für den Katastrophenschutz kommt auch

von der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi). Diese forderte statt einer Senkung der Mittel, eine Aufstockung. „Wir fordern das Bundesinnenministerium auf, Einsparungen beim Katastrophenschutz zu unterlassen und stattdessen die Mittel für den Zivil- und Katastrophenschutz deutlich zu erhöhen“, so der für den Bereich Feuerwehr zuständige Verdi-Sekretär Arno Dick.

Laut dem Gewerkschafter sind die Organisationen im Zivil- und Katastrophenschutz bereits heute nicht auskömmlich finanziert, um die Anforderungen der Zukunft erfolgreich bewältigen zu können. Laut Dick erfordern die Auswirkungen von Starkregen, Überschwemmungen, langer Trockenheit, großer Hitze und Waldbränden nicht nur gut ausgebildetes Personal, sondern auch entsprechende Ausstattung. Hermann Müller

RUNDFUNK

Vom Mega-Ostfunk bis zum neuen SFB

Unter dem Eindruck der Skandalwelle gehen Pläne zur Zukunft des ÖRR nun ans Eingemachte

VON NORMAN HANERT

Auch nach dem Rücktritt der Intendantin des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) wegen Vorwürfen der Korruption und Verschwendung von Beitragsgeldern kommt die ARD nicht zur Ruhe. Mittlerweile sorgt der NDR, der zweitgrößte Sender im ARD-Verbund, ebenfalls für Schlagzeilen. Mehrere NDR-Mitarbeiter des Landesfunkhauses Kiel haben über einen „politischen Filter“ und die gezielte Verhinderung von kritischer Berichterstattung geklagt.

Konkreter Anlass ist ein Vorfall aus dem Frühjahr 2020, bei dem eine Abteilungsleiterin Druck auf zwei Journalisten ausgeübt haben soll, damit aus einem Beitrag ein Zitat des entlassenen Innenministers Hans-Joachim Grote mit scharfer Kritik an Schleswig-Holsteins Regierungschef Daniel Günther (beide CDU) entfernt wird. Das Onlinemagazin „Business Insider“ hat zudem Vorwürfe der Vetterwirtschaft gegen die Chefin des Landesfunkhauses Hamburg, Sabine Rossbach, erhoben. Laut dem Bericht sollen Rossbachs Ehemann und zwei Töchter der Funkhaus-Chefin vom NDR profitiert haben.



Brachte die Affäre ins Rollen: Ex-ARD-Vorsitzende und Ex-rbb-Intendantin Patricia Schlesinger

Foto: pa

„So kann es nicht bleiben“

Im Fall des Rundfunks Berlin-Brandenburg ist der Verlust an Ansehen und Vertrauen inzwischen so groß, dass nun schon verschiedenste Zukunftsszenarien für den Sender diskutiert werden. Die Fraktion der Linkspartei im Landtag von Sachsen-Anhalt präsentierte etwa den Vorschlag, den RBB mit dem MDR und Teilen des NDR zu einem neuen ostdeutschen Sender zusammenzulegen. In einem Diskussionspapier zu einer weitreichenden Rundfunkreform erklärte die Fraktion, der öffentlich-rechtliche Rundfunk befinde sich in einer „Akzeptanzkrise, die sich vor allem im Osten bemerkbar“ mache. Die Linke-Fraktionsvorsitzende Eva von Angern betonte, ihre Partei stehe weiterhin hinter dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sie fügte aber auch hinzu: „So, wie es ist, kann es nicht bleiben.“

Nach den Vorstellungen der sachsen-anhaltischen Linkspartei-Fraktion könnte durch den Wegfall von Verwaltungsstrukturen mehr Geld aus Rundfunkbeiträgen stärker ins Programm investiert werden, um die Berichterstattung in den Regionen

der neuen Bundesländer zu fördern. Die Umsetzung des Plans, rbb, MDR und Teile des NDR zu einem öffentlich-rechtlichen Rundfunk für die östlichen Bundesländer zusammenzulegen, könnte sich indes als extrem schwierig herausstellen.

Zustimmen müssten nämlich die Landesparlamente von Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, und Mecklenburg-Vorpommern. Gleiches gilt für die Idee, den rbb aufzulösen und auf MDR und NDR aufzuteilen. Über solche Gedankenspiele berichtete unlängst das „Handelsblatt“. Laut dem Bericht könnte der MDR die Zuständigkeit für Brandenburg übernehmen, die Versorgung für Berlin würde wiederum in die Zuständigkeit des NDR fallen. Vom eigentlichen Programm des rbb würden möglicherweise nur noch die abendlichen Nachrichtensendungen „Brandenburg aktuell“ und die Berliner „Abendschau“ übrigbleiben.

Stefan Förster, fachpolitischer Sprecher für Medien in der Berliner FDP-Ratshausfraktion, bezeichnete ein gemeinsames drittes Programm mit NDR oder MDR als eine Möglichkeit, „viel Geld“ zu

sparen. Von anderen Parteien kamen allerdings vorwiegend skeptische Töne. Die SPD-Politikerin Melanie Kühnemann-Grunow erklärte gegenüber der „BZ“, die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg mit 6,2 Millionen Einwohnern benötige „dringend einen eigenen öffentlich-rechtlichen Sender“. Die Grünen-Fraktionschefin Antje Kappek gebrauchte im Zusammenhang mit den Plänen sogar das Wort „absurd“.

Von Grund auf neugestalten

Auch Ronald Gläser, Medienexperte der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, erklärte den Aufspaltungsplänen eine Absage: „Der rbb als Ost-West-Anstalt ist wichtig für das Zusammenwachsen.“ Gläser fordert allerdings massive Sparanstrengungen beim rbb: „Stellen kürzen und alles verschlanken.“ Inzwischen steht allerdings ein Vorschlag im Raum, der auf das genaue Gegenteil zu den Fusionsideen für immer größere Sendeanstalten abzielt.

Hans-Christoph Berndt, Fraktionschef der AfD-Fraktion im brandenburgi-

schen Landtag, sagte zur PAZ: „Wir müssen auch über eine Entflechtung des rbb und eine Wiederbelebung des ORB nachdenken. Das erscheint mir weit sinnvoller als etwa eine Fusion des rbb mit dem MDR. Denn die Anstalten im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk (ÖRR) müssen schlanker, aber nicht noch fetter werden.“

Aus Sicht von Berndt zeigen die aktuellen Fälle beim MDR und NDR, dass der ganze ÖRR in Deutschland durchleuchtet und von Grund auf neugestaltet werden müsse. Ob er mit einem Zehntel der bisherigen Gebühren und/oder teilweise oder komplett über ein Abo-System weitergeführt werden sollte, kann derzeit offengelassen werden, so der Chef der größten Oppositionsfraktion im Potsdamer Landtag.

Die Idee zur Wiederbelebung des ORB für Brandenburg würde für Berlin die Chance bringen, an die Tradition des früheren Senders Freies Berlin (SFB) anzuknüpfen, und einen stark auf die Hauptstadtbefürfnisse abgestimmten Sender zu erhalten.

PROTESTE

Nervosität wegen „Wutwinter“ nimmt zu

Verfassungsschützer sind jedoch uneins, wie die erwarteten Demonstrationen einzuordnen sind

Nachdem schon Stephan Kramer, der Verfassungsschutzchef des linksregierten Freistaates Thüringen, vor Massenprotesten und Krawallen im kommenden Herbst und Winter gewarnt hat, präsentiert nun auch der Berliner Staatssekretär Torsten Akmann (SPD) eine ganz ähnliche Einschätzung. Im rot-grün-roten Berliner Senat ist Akmann für die Innenverwaltung und damit auch für den Verfassungsschutz des Lands Berlin zuständig.

Wie der Staatssekretär kürzlich erklärte, sei bereits erkennbar, „dass Verfassungsfeinde die Themen Energieversorgung und Pandemiebekämpfung für sich und ihre Ziele nutzen wollen und versuchen, gegen demokratische Institutionen zu agitieren“. Im Kontrast zu dieser Einschätzung aus Berlin hatte Thomas Hal-

denwang, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, erst vor Kurzem gesagt, er sehe im Zusammenhang mit den hohen Energiepreisen aktuell keine Anzeichen für Massenkrawalle. Bei einer Pressekonferenz am 28. August erklärte Haldenwang, der Verfassungsschutz schaue „genau hin, ob legitimer Protest von Demokratiefeinden gekapert werde“. Er bestätigte damit seine Einschätzung, die er bereit Mitte August abgegeben hatte.

Berlins Innenstaatssekretär Akmann äußerte sich im Zusammenhang mit möglichen Protesten wegen der Energiekrise auch zur linksextremistischen Szene. Seinen Angaben zufolge sei die Lage in dieser Szene weniger „dynamisch“. Am wahrscheinlichsten sei es, dass sich Anhänger der linksextremistischen Szene an Protes-

ten oder Versammlungen beteiligten, die gegen Aufmärsche von Rechtsextremen organisiert würden.

Insgesamt sind die Äußerungen des Berliner Innenpolitikers und auch des Thüringer Verfassungsschutzchefs nicht unproblematisch. Die Einschätzungen werden nämlich nicht im Nachhinein abgegeben, sondern bereits bevor überhaupt Proteste und Demonstrationen stattfinden.

AfD und Linkspartei mobilisieren

Die vorausseilende Einordnung und der Gebrauch von Begriffen wie „Verfassungsfeinde“ kann durchaus dazu führen, dass Bürger aus Angst vor Stigmatisierung auf ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit verzichten. Inzwischen deutet sich allerdings

eine Gemengelage an, bei der es vielen Politikern vermutlich schwerfallen wird, eine Protestbewegung fein säuberlich in „rechts“ und „links“ einzuordnen. Neben der AfD-Spitze ruft nämlich auch die Linkspartei inzwischen zu Montagsdemos gegen die hohen Energiepreise und die Energiepreispolitik der Bundesregierung auf. Bereits im August, im ARD-Sommerinterview, hatte Martin Schirdewan, der Co-Vorsitzende der Linkspartei, angekündigt, seine Partei werde im Herbst zu Protesten aufrufen. Laut dem 47-Jährigen ist es das Ziel seiner Partei, die Bundesregierung unter Druck zu setzen und zum Handeln zu bewegen. Die Regierung erscheine handlungsunwillig, so Schirdewan, der innerhalb der Linkspartei als Pragmatiker gilt. *Hermann Müller*

KOLUMNE

Überzogen

VON THEO MAASS

Petra Kahlfeldt ist Berlins Senatsbaudirektorin und untersteht damit inhaltlich und disziplinarrechtlich dem Bausenator Andreas Geisel (SPD). Als Beamtin unterliegt sie zudem dem „Mäßigungsgebot“ nach dem Bundesbeamtengesetz, das analog auch auf Länderebene Anwendung findet. Sie wird dieser Tage in den Medien damit zitiert, dass sie „überdimensionierte“ Straßen zurückbauen will. Auch Parkplätze will sie reduzieren: „Der Umbau ist nötig, um Berlin in eine nachhaltige Zukunft zu führen.“

Der Spittelmarkt in Berlin-Mitte ist immerhin eine Landesangelegenheit, die Parkplätze dort sind es auch. Die von Kahlfeldt überdies geforderten Rückbauten der Autobahnen A 100 und A 103 fallen jedoch gar nicht in ihren Zuständigkeitsbereich. Autobahnen unterstehen nämlich dem Bund und hier dem Bundesverkehrsminister Volker Wissing von der FDP. Der lässt gerade unter dem Gezeter der grünen Verkehrssenatorin Bettina Jarasch den Abschnitt 17 der Bundesautobahn A 100 bauen.

Als Beamtin des höheren Dienstes sollte Kahlfeldt um ihre Zuständigkeiten wissen. Ihr zuständiger Senator sollte sie wegen ihrer verbalen Eigenmächtigkeiten beamtenrechtlich zur Rechenschaft ziehen. Es sei denn, Kahlfeldt sollte – was wir nicht wissen – im Auftrag ihres Senators ihre Wortspenden abgegeben haben.

Es gibt rund 1,5 Millionen Berliner mit eigenem Auto. Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) stellte im Wahlkampf noch klar: „Nur die Tatsache, dass man Straßen sperrt oder Parkflächen nicht mehr zur Verfügung stellt, führt ja nicht dazu, dass es automatisch weniger wird.“ Höchste Zeit also, Kahlfeldt aus dem Dienst zu entfernen – oder zumindest deutlich auf die Grenzen ihrer Zuständigkeiten hinzuweisen.

MELDUNG

Klimakleber: Mildes Urteil

Berlin – Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten hat in 66 Fällen überraschend milde Geldstrafe gegen mehrere Autobahnblockierer verhängt. Die „Heranwachsenden“ erhielten jeweils Geldstrafe über 30 Tagessätze zu je 15 Euro. Die Staatsanwaltschaft hatte auch Geldstrafen wegen Nötigung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte beantragt. Der ebenfalls in Frage kommende Paragraph 315b des Strafgesetzbuches („Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr“) ließ die Staatsanwaltschaft fallen. In dem Paragraphen heißt es in Absatz 4 „Wer in den Fällen des Absatzes 1 die Gefahr fahrlässig verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“ Die Mitglieder der „Letzten Generation“ sammelten für ihre „Aktivisten“ Spenden. Bislang gingen laut deren Internetseite rund 16.700 Euro ein. Insgesamt liegen inzwischen 114 entsprechende Verfahren (Stand: 22. August) bei Gericht vor. Zusätzlich beschäftigt sich die Polizei mit Gebührenbescheiden für das Ablösen angeklebter „Aktivisten“. *F.B.*

● MELDUNGEN

Gedenkstein soll weg

Silkeborg – Im dänischen Silkeborg, einer Kleinstadt in der Mitte der Region Mitteljütland, steht auf privatem Grund ein Gedenkstein für rund vier-tausend Dänen, die im Zweiten Weltkrieg im Kampf gegen die Sowjetunion fielen. Dem Vizebürgermeister Johan Brødsgaard von der linksliberalen Kleinpartei Radikale Venstre (Radikale Linke) missfällt das: „Ich finde nicht, dass wir in unserer Kommune einen Gedenkstein für Personen haben sollten, die auf der Seite der Deutschen gekämpft haben. Das ist meiner Meinung nach nicht in Ordnung, weder moralisch noch geschichtlich.“ Bürgermeister Steen Vindum von der rechtsliberalen Partei Venstre hat sich dazu bislang nicht geäußert. Wie viele Dänen genau am Kampf gegen die Rote Armee teilgenommen haben, ist „umstritten“. Die Zahlen schwanken zwischen Acht- und Zwölf-tausend. Der Gedenkstein war 1971 aufgestellt worden. Die Freiwilligen hatten alle eine entsprechende Genehmigung der dänischen Regierung. F.B.

„Klimaschutz“-Polizei geplant

Paris – Der Innenminister der Französischen Republik und Parteifreund von Staatspräsident Emmanuel Macron, Gérald Moussa Darmanin, hat gegenüber der Wochenzeitung „Le Journal du Dimanche“ angekündigt, dass die Polizei seines Landes demnächst um eine bewaffnete Spezialtruppe zum Schutz des Klimas verstärkt werde. Die solle dem Zentralamt für die Bekämpfung von Angriffen auf die Umwelt und die öffentliche Gesundheit der Gendarmerie Nationale unterstehen. Darmanin bezeichnete die Schaffung der neuen Einheit als „Revolution“ und meinte: „Wir müssen gegenüber der Minderheit der Störenfriede hart sein.“ Die EU-Kommission begrüßt das Vorhaben und hofft, dass andere Länder nachziehen. In diesem Fall fordert Brüssel das Oberkommando über eine multinationale „Zentralisierte Katastrophenschutztruppe zur Bekämpfung des Klimawandels“ für sich. W.K.

Häufung von Attentaten

Kiew – Der Ukrainer Ivan Sushko, der in der russisch besetzten Region Saporischschja arbeitete, wurde bei einem Attentat mit einer Autobombe getötet. Sushko war erst im vergangenen Mai durch die russischen Streitkräfte als Verwalter der Gemeinde Mikhalovka eingesetzt worden. Die ukrainische Führung in Kiew hat das Attentat bisher nicht kommentiert. Wie russische Ermittlungsbehörden mitteilten, ist auch der ukrainische Abgeordnete Olexij Kowaljow ermordet worden. Kowaljows Freundin soll infolge einer Messerverletzung ebenfalls verstorben sein. Kowaljow, der Wolodymyr Selenskyjs Regierungspartei „Sluha narodu“ (Diener des Volkes) angehört hatte, amtierte unter der russischen Besatzungsbehörde des Gebiets Cherson als Vizegebietschef und Landwirtschaftsminister. Im Juli war bereits ein Sprengstoffanschlag auf ihn verübt worden, das er überlebt hatte (siehe Seite 8). N.H.

PARLAMENTSWAHLEN

Brisante Mitte-Rechts-Koalitionen

In Italien und in Schweden haben dezidiert rechte Parteien gute Chancen auf die Regierungsübernahme

VON ROBERT MÜHLBAUER

Zwei Wahlen in diesem Monat könnten an einem Tabu rütteln, das besonders in Deutschland hochgehalten wird. Sowohl in Italien als auch in Schweden deutet vieles auf künftige Regierungskoalitionen aus Rechten und bürgerlicher Mitte hin. Wenige Tage vor der Wahl zum Riksdag am 11. September sind die nationalkonservativen Schwedendemokraten (SD) im Höhenflug. Mehrere Umfrageinstitute melden, dass die rechte Partei mit gut 20 Prozent Stimmenanteil zweitstärkste Kraft werden dürfte.

Es gibt ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen rechtem und linkem Lager. Der Wahlkampf wird vor allem durch das Thema Bandenkriminalität geprägt, dies hilft offenbar den Schwedendemokraten. Die regierenden Sozialdemokraten von Ministerpräsidentin Magdalena Andersson liegen zwar auf dem ersten Platz, doch sinken die Werte. Mit nur 27 Prozent in der neuesten Novus-Umfrage könnten die Sozialdemokraten ihr Ergebnis von 2018, das schlechteste seit mehr als hundert Jahren, nochmal unterbieten. Die Grünen, ihr früherer Koalitionspartner, kommen nur auf knapp über fünf Prozent. Daher könnte es für ein Rechts-Bündnis aus Schwedendemokraten, der konservativen Moderaten Sammlungspartei (etwa 19 Prozent) und kleinen bürgerlich-liberalen Parteien knapp reichen.

Für Schweden wäre dies eine kleine Revolution. Aber es würde weit über das skandinavische Land hinaus für Aufsehen sorgen. Von einem Tabubruch ist die Rede. „Rechtsextreme Partei könnte bald mitregieren“, titelte die „Frankfurter Rundschau“ alarmiert. Dabei stellte etwa die „Neue Zürcher Zeitung“ schon vor Monaten fest: „Rechtsnationale Schwedendemokraten werden salonfähig“. Die SD haben sich unter ihrem jugendlich und smart wirkenden Parteichef Jimmie Åkesson gewandelt und gemäßigt. Bei ihrer Gründung 1988 hatten die Schwedendemokraten tatsächlich neonazistische Wurzeln, doch hat Åkesson diese gekappt und Extremisten aus der Partei geworfen. 2010 gelang der Partei erstmals mit knapp sechs Prozent der Sprung in den Stockholmer Reichstag. Sie profilier-

te sich mit konsequenter Kritik an Missständen wie der Gewalt migrantischer Banden und Drogenhändler, welche die Sozialdemokraten lange leugnen wollten. In diesem Jahr gab es schon wieder mehr als 230 Schießereien in dem Land, das einst als Bullerbü-Idylle gefeiert wurde.

CDU-Schwesterparteien machen mit

Die Schwedendemokraten wurden lange von den anderen Parteien ausgegrenzt, diese zogen einen „Cordon Sanitaire“ (Seuchengürtel) um sie, doch dieser löst sich nun auf. Die Moderaten um Parteichef Ulf Kristersson, immerhin Schwesterpartei der CDU in der Europäischen Volkspartei (EVP), sind zur Zusammenarbeit bereit, wollen Regierungspartei werden. Auf deutsche Verhältnisse übertragen entspräche

dies einer Koalition zwischen Union und AfD. Der SD-Europaabgeordnete Charlie Weimer nannte dem Magazin „Euractiv“ gegenüber die schwedischen Wahlen als positives Beispiel „für die breitere Rechte in Europa, was wir erreichen können, wenn wir zusammenarbeiten“. Es würde „vielen Politikern auf dem Kontinent die Augen öffnen“.

Für großes Zittern in Brüssel sorgt indes die Wahl in Italien am 25. September, die nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Mario Draghi, des Ex-EZB-Präsidenten, nötig wurde. Umfragen zeigen seit Wochen eine stabile Mehrheit für die Rechtskoalition. Die Fratelli d'Italia (FdI, Brüder Italiens) von Giorgia Meloni liegen mit etwa 24 Prozent vorne, gefolgt von der schwächelnden Lega von Matteo Salvini mit aktuell 13 Prozent und Silvio

Berlusconi Forza Italia, die zur EVP gehört, mit etwa sieben Prozent. Die linken Parteien sind zerstritten, während die Rechte geeint auftritt. Die 45-jährige ehemalige Jugendministerin Meloni hat ihre „Brüder“ in der Opposition gegen Draghis Corona-Maßnahmen und den Parteienklüngel stark gemacht hat. Gegenüber dem Wahlergebnis von 2018, 4,4 Prozent, dürfte sie ihren Stimmenanteil vervielfachen.

Während im Ausland noch ermüdend diskutiert wird, ob Melonis Partei „postfaschistisch“ zu nennen sei, schadet ihr dies in Italien kaum noch. Sie betont, dass die FdI eine konservativ-patriotische, marktwirtschaftliche Partei seien, die für individuelle Freiheit und die klassische Vater-Mutter-Kind-Familie eintrete. Die Gender-Ideologie lehnt sie entschieden ab. „Ich bin eine Frau, eine Mutter, eine Italienerin, eine Christin. Das werdet ihr mir nicht nehmen“, donnerte sie in einer Rede, die zwei linke DJs lächerlich machen wollten, dabei aber einen Disco-Hit schufen. Die eloquente, zierliche Blondine mit rauchiger Stimme und römischem Akzent kommt bei den Wählern gut an.

Die FdI haben sich klar zur NATO bekannt, sind zwar EU-kritisch aber nicht-feindlich. Traditionell sind die italienischen „Postfaschisten“ Israel-freundlich eingestellt. Angesichts von Russlands Aggression in der Ukraine steht Meloni klar zur Ukraine und unterstützt Waffenlieferungen. Das trug ihr Attacken aus Moskau ein. Alarmiert sind die europäischen Linken, weil Meloni – mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán befreundet ist und mit ihm gegen unkontrollierte Massenimmigration eintritt.

Schon warnen Sozialdemokraten und Sozialisten wie Udo Bullmann im EU-Parlament vor einer „Orbanisierung“ Italiens. Aufhorchen ließ die Wortmeldung von Manfred Weber (CSU), des EVP-Fraktionsvorsitzenden. Er sagte, er sei „vom Entwurf und dem endgültigen Programm der Mitte-Rechts-Koalition positiv überrascht“ gewesen. Der einflussreiche Unionsmann hat damit grünes Licht für eine Rechtsregierung im EU-Gründungsstaat Italien gegeben. Was in Deutschland verdammt wird, scheint dort durchaus akzeptabel.



Seine Wortmeldung ließ aufhorchen: Der deutsche Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei Manfred Weber Foto: imago images/Chromorange

UKRAINEKRIEG

„Die Ukraine hat diesen Krieg im Mai verloren“

Mit dem Fall von Mariupol ist nach Ansicht des US-Offiziers Scott Ritter bereits die Entscheidung gefallen

Die russischen Truppen kommen bei ihrem Angriff in der Ukraine kaum von der Stelle. So lautet der Tenor in der Berichterstattung vieler westlicher Medien. Ein Autor im Fachblatt „US Marine Corps Gazette“ sowie Scott Ritter, ein ehemaliger Nachrichtendienstler der US Marines und Inspektor der Vereinten Nationen für die UNSCOM-Mission im Irak, haben nun jedoch ein völlig anderes Bild von der Kriegsführung der Russen entworfen.

Ritter sprach in einem Interview des norwegischen Politikwissenschaftlers Glenn Diesen mit ihm und Alexander Mercouris zunächst die Stärke der ukrainischen Streitkräfte an. Laut Ritter ging die Ukraine in den Krieg mit einer der am besten ausgebildeten, ausgerüsteten und geführten sowie – wegen des anhaltenden Konflikts in der Ostukraine – kampferfahrensten Armeen in Europa.

Die Vorstellung, dass Russland in die Ukraine einmarschieren und diese sehr fähigen Streitkräfte einfach beiseite fegen würde, sei absurd, so Ritter. Auch er ist der Ansicht, dass das russische Militär die Fähigkeiten der Ukraine unterschätzt und grobe Fehler gemacht habe: „Wir haben gesehen, wie Russland fliegende Kolonnen nach vorne schickte, ohne sich um die Sicherheit der Flanken und der Rückseite zu kümmern. Und den Ukrainern gelang es, viele dieser Kolonnen in einen Hinterhalt zu locken und den Russen schwere Verluste zuzufügen.“

Der Ex-Marine bescheinigt allerdings dem russischen Offizierskorps, dem seines Erachtens „am besten ausgebildeten Offizierskorps der Welt“, die Fähigkeit, sich unter widrigen Umständen gut anzupassen: „Die Russen gingen mit einer bestimmten Vorgehensweise in den Kampf und merkten schnell, dass sie sich

anpassen mussten, dass die Ukrainer sehr kompetent waren und dass Russland seine Methodik ändern musste.“ Das Resultat dieser Anpassung markiert nach Ansicht Ritters eine neue Etappe in der Geschichte der Kriegsführung. Vor allem auch wegen der stark befestigten ukrainischen Verteidigungsanlagen im Donbass haben die Russen eine in der Militärgeschichte ziemlich einzigartige Konfliktmethodik entwickelt: „Die Russen haben den Kalender aus der Gleichung entfernt. Sie kümmern sich nicht um die Zeit. Alles, was ihnen wichtig ist, ist das Erreichen des Ziels, nämlich den Ukrainern ein Maximum an Verlusten zuzufügen, bei einem Minimum an Verlusten auf Seiten Russlands.“ Für diese Kriegsführung nutzen die Russen ihre „überwältigende Überlegenheit, ich würde sogar sagen, ihre Vorherrschaft bei der Artillerie“, so Ritter.

Seine Einschätzungen werden unterstützt durch einen Artikel, der im „US Marine Corps Gazette“ erschienen ist. Der Autor, ein Offizier der US Marines, berichtet darin unter anderem von Beobachtungen auf dem Schlachtfeld, dass russische Truppen auf die Eroberung von sturmreif geschossenen ukrainischen Stellungen verzichteten, um erst die Heranführung ukrainischer Reservekräfte abzuwarten, die dann ebenfalls mit massivem Artilleriebeschuss belegt werden.

Den Ausgang des Krieges sieht Scott Ritter bereits entschieden, auch wenn die Kämpfe noch Monate oder Jahre andauern: „Die Ukraine hat diesen Krieg im Mai verloren. Sie verlor ihn, als Mariupol fiel, denn als Mariupol fiel, hatten die Russen die Formel perfektioniert, die auf dem Schlachtfeld wiederholbar ist, und es gibt nichts, was dieses Ergebnis ändern würde.“ Norman Hanert

VON NORMAN HANERT

Derzeit versucht der grüne Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck den Anschein zu erwecken, als wenn es Russlands Staatspräsident Wladimir Putin wäre, der Schritt für Schritt die Gaslieferungen nach Deutschland zurückfährt. Unlängst aufgetaucht ist allerdings ein Video einer Rede Robert Habecks aus dem Jahr 2016, in dem der Grüne gegenüber „Herrn Putin“ ankündigte: „Ich bin gerade Spitzenkandidat meiner Partei geworden. Geben Sie mir noch ein oder zwei Monate, dann regieren wir diese Republik. Dann wird sich Folgendes ändern. Wir werden erstens Nord Stream nicht bauen und die Handelsbeziehungen des Gastransfers zu Russland sukzessive abbauen, weil wir ein Energiewendeland sind.“ So wies denn auch das Schweizer Projekt „Swiss Policy Research“ unlängst darauf hin, dass ein beachtlicher Teil der Pipeline-Kapazitäten für russische Gaslieferungen nicht aufgrund sinistrierender Vergeltungsabsichten des Kremls, sondern wegen Sanktionen oder politischer Entscheidungen westlicher Länder nicht mehr zur Verfügung stehen.

Theoretisch kann russisches Gas über fünf Pipelines geliefert werden: Nord Stream 1, Nord Stream 2, die Jamal-Leitung über Weißrussland und Polen, die Transgas-Pipeline über die Ukraine, die Slowakei, Tschechien bis nach Österreich und seit 2014 auch über Turkstream.

Berlins Rolle bei Nord Stream 2

Nord Stream 2 ist fertiggestellt. Die Bundesregierung hat allerdings am 22. Februar das Genehmigungsverfahren für Nord Stream 2 gestoppt, zwei Tage vor dem russischen Angriff auf die Ukraine.

Auch durch Nord Stream 1 fließt derzeit kein Erdgas mehr. Laut Gazprom sind bei Wartungsarbeiten an der letzten noch funktionierenden Turbine in der Verdichterstation Portowaja Fehlfunktionen und Öllecks festgestellt worden. Ob dies die Einstellung des Betriebes rechtfertigt, ist umstritten. Der Umstand, dass sich die westlichen Sanktionen auch auf Technik wie die Turbinen erstrecken, liefert Russland in dieser Diskussion allerdings ein Argument. Die „Berliner Zeitung“ berichtete Anfang September zudem, dass sich im kanadischen Wartungszentrum von Siemens möglicherweise noch fünf weitere Turbinen der Pipeline befinden. Trifft dies zu, dann könnte der technische Zustand der Leitung mittlerweile kritischer sein, als dies Medienberichte über „angebliche Wartungsarbeiten“ suggerieren.

Der Umstand, dass sich Nord Stream 1 überhaupt zu einem Nadelöhr entwickeln konnte, ist sehr stark auf Entscheidungen Polens und der Ukraine zurückzuführen. Polen hat am 13. Mai seinen seit 1993 gel-



Zumindest teilweise ursprünglich für Deutschland vorgesehen: An der Verdichterstation Portowaja verbrennt Russland jeden Tag Gas im Wert von fast zehn Millionen Euro
Foto: imago/Lehtikuva

WIRTSCHAFTS- UND PROPAGANDAKRIEG

Wer wirklich schuld ist am Gasmangel der Deutschen

Der grüne Bundeswirtschaftsminister weint Krokodilstränen. Der Kreml wird zum Sündenbock gemacht. Und über die Schuld im Westen redet kaum einer

tenden Gaslieferungsvertrag mit Russland gekündigt.

Kanadas Rolle bei Nord Stream 1

Der damalige Staatssekretär in der Kanzlei des Ministerpräsidenten und Regierungsbevollmächtigter für strategische Energieinfrastruktur, Piotr Naimski, erklärte im Mai dieses Jahres: „Nach fast 30 Jahren kann man sagen, dass die Gasbeziehungen zwischen Polen und Russland aufgehört haben zu existieren.“ Die polnische Führung sperrte Jamal allerdings auch noch für Transitlieferungen von russischem Gas nach Deutschland. Wenn seitdem Erdgas über Jamal fließt, dann nur noch im Reverse-Modus: von Deutschland nach Polen. Durch die Kündigung des Liefervertrages tritt Polen zudem auch noch preistreibend als Käufer auf dem Gasmarkt auf.

Zwei Tage vor der polnischen Sperrung von Jamal hatte bereits die Ukraine am 11. Mai verkündet, den Gastransit über die Pipeline Sojus, eine von drei Zu-

lieferleitungen für die Transgas-Pipeline in Richtung Mitteleuropa, einschränken zu müssen. Kiew führte dabei Aktivitäten russischer Truppen in der Region Lugansk an. Gazprom widersprach dieser Darstellung.

Polens Rolle bei Jamal

Insgesamt läuft damit lediglich nur noch die Erdgaslieferung über Turkstream ohne Einschränkungen. Über die Turkstream-Pipeline hatte Gazprom bereits Mitte August seine Lieferungen an Ungarn erhöht. Bis vor wenigen Monaten wurde auch Bulgarien über Turkstream mit russischem Erdgas versorgt. Im April hatte die seinerzeit regierende Koalition von Regierungschef Kiril Petkow die von Russland geforderte Eröffnung von Rubelkonten bei der Gazprom-Bank verweigert. Gazprom stellte daraufhin die Belieferung von Bulgarien ein. Noch im Juni kündigte Assen Vassilev, der zu diesem Zeitpunkt amtierende stellvertretende Ministerpräsident, an: „Bulgarien

wird nie wieder mit Gazprom über Lieferungen verhandeln.“

Die Rolle der Ukraine bei Sojus

Nach dem Scheitern der Pro-EU-Regierung Petkows amtiert in Sofia nun eine Übergangsregierung. Diese kündigte an, mit Gazprom über die Wiederaufnahme von Gaslieferungen verhandeln zu wollen.

Noch offen ist, wie die polnische Regierung das Land durch den Winter bringen will. Polen steht nach der Kündigung des Gazprom-Vertrages im Mai nun nämlich mit ziemlich schlechten Karten da. Die Baltic-Pipe, die norwegisches Gas nach Polen bringen soll, ist zwar fertig, allerdings hat Polen keine langfristige Liefervereinbarung mit Norwegen abgeschlossen. Als Folge wollen die Skandinavier den Polen die jeweils aktuellen Spotmarktpreise berechnen. Premier Mateusz Morawiecki kommentierte diese Aussichten: „Sollen wir Norwegen 110 Euro pro Megawattstunde für Gas zahlen? Vier- oder fünfmal mehr als vor einem Jahr? Das ist doch krank.“

ROHSTOFFE

Neue Gasvorkommen vor Zypern entdeckt

Kaum Hoffnung auf einen nachhaltigen Beitrag zu Energiesicherheit in Deutschland oder Europa

Angesichts des Gasmangels aufgrund der reduzierten russischen Lieferungen richtet sich das Augenmerk der deutschen Verantwortlichen verstärkt auf alternative Förderländer. Hierbei geriet nun auch das EU-Mitglied Zypern in den Fokus. Vor den Küsten des Inselstaates liegen drei große Erdgasfelder: Aphrodite mit wahrscheinlich 130 Milliarden Kubikmetern Gas, Calypso mit einem geschätzten Volumen von 180 Milliarden Kubikmetern und Glaucus, wo weitere 200 Milliarden Kubikmeter vermutet werden. Die Bohrrechte hier haben sich bereits der US-Energiekonzern Chevron, das britisch-niederländische Unternehmen Shell und die israelische Firma NewMed Energy gesichert. Bis Ende 2022 soll nun ein Entwicklungs- und Erschließungskonzept ausgearbeitet werden,

das auch der Klärung dient, ob und wie Erdgas aus dem Meeresgrund vor Zypern in die Bundesrepublik geliefert werden könnte. Wie die zypriotische Ministerin für Energie, Handel und Industrie, Natasa Pilides, mitteilte, brauche ihr Land relativ wenig Erdgas und wolle daher große Mengen davon exportieren, am liebsten nach Europa und Asien. Allerdings würden die Lieferungen erst ab 2027 möglich sein.

Aber dies ist nicht das einzige Problem im Zusammenhang mit dem Erdgas aus dem östlichen Mittelmeer. So steht die Frage im Raum, wie wirtschaftlich die bereits geplante 1900 Kilometer lange und geschätzte sechs Milliarden Euro teure Mittelmeer-Gaspipeline EastMed nach Europa wäre. Zwar haben Griechenland, Zypern und Israel im Januar 2020 ein

Grundsatzabkommen über deren Bau unterschrieben, doch sind US-Experten mittlerweile zu der Ansicht gekommen, dass das Projekt keinen Gewinn verspreche. Deshalb hat die Regierung in Washington auch ihre Unterstützung zurückgezogen. Die Skepsis resultiert nicht zuletzt aus den Klimaschutzplänen der Europäischen Union. Wenn in der EU 2030 nur noch 22 Prozent des Energieverbrauchs auf Erdgas entfallen, dann lohnt der Bau einer Pipeline nicht, die sich erst nach etwa 20 Jahren amortisiert.

Und dann wäre da noch die Haltung der Türkei. Zypern ist seit der türkischen Invasion im Sommer 1974 zweigeteilt. Der zur EU gehörigen Republik Zypern steht die Türkische Republik Nordzypern (TRNC) gegenüber, die bislang nur von

Ankara anerkannt wurde. Die Erdoğan-Regierung vertritt die Ansicht, dass die Republik Zypern keine Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) in den Gewässern rund um die Insel beanspruchen könne, weil die Führung der TRNC dem nicht zustimme. Deshalb opponiert Ankara sowohl gegen das EastMed-Projekt als auch gegen Gasbohrungen auf dem Festlandsockel vor Zypern und entsendet immer wieder Kriegsschiffe in die Region, um ausländische Erkundungs- und Bohrtürps zu vertreiben, obwohl die über gültige Lizenzen der zypriotischen Regierung verfügen. Vor diesem Hintergrund taugen die drei Erdgasfelder vor Zypern wohl kaum dazu, die Energiesicherheit in Deutschland oder Europa auf nachhaltige Weise zu verbessern. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

Warnungen aus der Wirtschaft

Berlin – Die Gas-Umlage vergrößert nach Angaben der Wirtschaftsvereinigung Stahl den bereits durch die extremen Preissteigerungen auf den Energiemärkten bestehenden Kostendruck auf die Stahlindustrie erheblich. Nach Angaben des Verbandes entstehen für die Unternehmen der Stahlindustrie in Deutschland allein durch die Energiepreissteigerungen Mehrkosten von rund sieben Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr. Mit der Gas-Umlage kommt nach derzeitigen Berechnungen jährlich rund eine halbe Milliarde Euro hinzu. Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, sprach angesichts der Energiekosten die Warnung aus: „Die Substanz der Industrie ist bedroht.“ Nach Angaben seines Verbandes lag der Gasverbrauch der deutschen Industrie im Juli um 21 Prozent unter dem Verbrauch des Vorjahresmonats. „Dahinter stehen oft keine Effizienzgewinne, sondern ein dramatischer Produktionsrückgang“, so der BDI. *N.H.*

Russland hilft Ungarn

Budapest – Die Föderale Agentur für Atomenergie Russlands (Rosatom) will in den nächsten Wochen mit dem Bau zweier neuer Reaktorblöcke für das ungarische Kernkraftwerk Paksch beginnen. Die Anlage mit ihren bislang vier Atommeilern sowie einer Bruttoleistung von insgesamt 2000 Megawatt wurde zwischen 1974 und 1987 errichtet und deckt derzeit vier Zehntel des ungarischen Strombedarfs. Die beiden zusätzlichen Reaktoren sollen weitere 2400 Megawatt produzieren. Der entsprechende Vertrag mit Rosatom war schon 2014 unterzeichnet worden, doch gab es zunächst erheblichen Widerstand vonseiten der EU-Kommission und auch Probleme mit der Finanzierung des Vorhabens. Letztere wird nun durch russische Staatskredite in Höhe von umgerechnet zehn Milliarden Euro abgesichert. Dadurch muss Ungarn selbst nur noch zweieinhalb Milliarden Euro aufbringen. *W.K.*

„Nord Stream 2 aufdrehen“

Lubmin – Eine Gruppe von etwa 15 Personen um den Sprecher der Identitären Bewegung (IB) Martin Sellner hat vorletzten Montag das Gelände des Terminals der Ostseepipeline Nord Stream 2 im vorpommerschen Lubmin besetzt. Ein Video, das auf Twitter veröffentlicht wurde, zeigt Sellner vor dem Terminal. Hinter ihm stehen mehrere Personen mit einem Plakat mit der Aufschrift „Nord Stream 2 aufdrehen“. In einem weiteren Video, das Sellner auf seinem Telegram-Kanal veröffentlichte, forderte er die sofortige Öffnung von Nord Stream 2 und einen Volksentscheid zur Energie- und Sanktionspolitik der Bundesrepublik. Sellner kündigte an, die Pipeline notfalls selbst in Betrieb nehmen zu wollen: „Wenn sie nicht Gas geben, dann geben wir Gas. Wir sind heute hier, um Nord Stream 2 aufzudrehen.“ Die Polizei nahm laut einem Bericht der „Schweriner Volkszeitung“ die Aktivisten fest. *N.H.*

KOMMENTARE

Ukrainische Todesliste?

NORMAN HANERT

„Schwarze Listen“ mit den Namen von Kritikern, Gegnern oder ganz einfach unliebsamen Personen sind für Staaten offenbar bis heute ein unverzichtbares Herrschaftsinstrument. Wie im Mai bekannt wurde, hat der Kreml eine Einreiseverbotsliste erstellt, auf der mehrere Hunderte Personen aus westlichen Ländern stehen. Zu den „unerwünschten Personen“ gehören auch Deutsche, darunter der CSU-Politiker Bernd Posselt oder die grüne Europapolitikerin Rebecca Harms. Ganz frisch den Zorn des Kremls auf sich gezogen haben nun die US-Schauspieler Ben Stiller und Sean Penn. Beide Hollywoodprominente hatten sich mit der ukrainischen Regierung solidarisch erklärt. Allerdings kursieren auch in Kiew, zum Teil schon seit 2014, diverse Feindeslisten.

Als politisch besonders heikel muss eine im Juli im Internet veröffentlichte Aufstellung des „Zentrums für Desinformationsbekämpfung“ von Personen gelten, die aus Sicht Kiews russische Propaganda verbreiten. Zu den 70 Per-

sonen, die aufgeführt wurden, zählt neben dem ehemaligen slowakischen Regierungschef Robert Fico und Marine Le Pen aus Frankreich auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich.

Angebunden ist das „Zentrum für Desinformationsbekämpfung“ an den Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine. Damit handelt es sich um eine Institution unter der Kontrolle des Staates. Das öffentliche Kursieren solcher „schwarzen Listen“, inklusive persönlicher Daten und Fotos, stellt die Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine und damit auch die EU-Reife des Landes ernsthaft in Frage. Mittlerweile sind aber auch schon Personen wie die Russin Daria Dugina, der frühere ukrainische Abgeordnete Olexij Kowaljow und der prorussischen Regionalverwalter Ivan Sushko Opfer von Sprengstoffanschlägen geworden (siehe Seite 6). Alle drei Opfer standen auf Listen von „Feinden der Ukraine“. Mit den Attentaten wurde die Linie überschritten, die eine mitunter auch scharf geführte politische Auseinandersetzung vom Terrorismus trennt.

Die zweite Thatcher?

CLAUDIA HANSEN

In Großbritannien beginnt die Regierung von Liz Truss die Arbeit. Sie steht vor einem Berg von Problemen. Hohe Inflation, explodierende Energiepreise, eine Streikwelle der Gewerkschaften, vermutlich bald eine Rezession – all das wird Truss den Start als Premier des Vereinigten Königreichs belasten.

Die 47-Jährige ist der dritte weibliche Premierminister in der Downing Street, ihr erklärtes Vorbild ist die erste: Margaret Thatcher. Unter Verweis auf die Rezepte der Eisernen Lady will sie die Steuern senken und die Wirtschaft deregulieren. Das linke Magazin „The New Statesman“ fürchtet schon „die rechteste Regierung unserer Lebenszeit“, weil eine Gruppe von Konservativen ins Kabinett von Truss kommt, die weit entfernt sind von Labours Ideen. Truss steht tatsächlich etwas rechts von Johnson, der Hassfigur der EU-Linken.

Diese Konservativen wollen niedrigere Steuern, sind erklärte Brexit-Hardliner, streben einen schlanken, aber starken Staat an. Truss wird mit Brüssel vermutlich bald wieder Konflikte über das Nordirland-Brexit-Protokoll ausfechten. Sie wird die Linken in Rage bringen durch den Versuch, illegale Immigranten am Ärmelkanal abzufangen und nach Ruanda abzuschleppen. Die Ex-Außenministerin wird weiterhin eine harte Linie gegen Russland verfolgen und die Ukraine mit Waffen und Diplomatie unterstützen. Schon Monate vor dem Ukrainekrieg ließ sie sich in einem Panzer in Estland fotografieren, was an Thatchers berühmtes Bild im Kalten Krieg erinnerte.

Mit einem solchen Image und besonders dem Versprechen auf Steuer-senkungen hat Truss die Parteibasis für sich gewonnen. Aber die Umstände sind verteuert schwierig. Truss hat nur zwei Jahre bis zur nächsten Parlamentswahl, um eine Wende für die Konservative Partei einzuleiten.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Ein Höhepunkt deutsch-russischer Beziehungen: Das Treffen von Bundeskanzler Helmut Kohl (re.) und Außenminister Hans-Dietrich Genscher (li.) mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow (M.) und dessen Außenminister Edward Schewardnadse

Foto: Ullstein

NACHRUF AUF MICHAIL GORBATSCHOW

Liebling der Deutschen

RENÉ NEHRING

Der Tod Michail Gorbatschows am 30. August ist eine historische Zäsur. Mit ihm starb der letzte Gestalter jener historischen Umwälzungen der Jahre 1989/91, die den Ost-West-Konflikt beendeten.

In den wenigen Jahren seiner Zeit auf der großen Bühne der Weltpolitik legte Gorbatschow einen weiten Weg zurück. Angefangen hatte er als Hoffnungsträger der Kommunisten. Nach dem Tod des KPdSU-Chefs Leonid Breschnew 1982 lotste ihn dessen Nachfolger und vormalige KGB-Chef Jurij Andropow ins Politbüro. Im März 1985 dann wählte die greise Garde der Apparatschiks den mit 54 Jahren jungen Gorbatschow zu ihrem neuen Anführer, verbunden mit der Hoffnung, dass er den kriselnden Sowjetkommunismus noch retten könne.

Doch war dieser zu jener Zeit bereits verloren. Zwar versuchte Gorbatschow, unter den Schlagwörtern „Glasnost“ und „Perestroika“ neue Kräfte freizusetzen, doch war die östliche Supermacht durch jahrzehntelange Unterdrückung und Misswirtschaft innerlich morsch sowie durch das jahrelange Wettrüsten mit den USA und einen niedrigen Ölpreis auf den Weltmärkten finanziell am Ende. Bürgerkriege wie der um Bergkarabach zeigten zudem, dass Moskau über Teile seines riesigen Reiches längst die Kontrolle verloren hatte. Der von Gorbatschow eingeleitete Abzug aus Afghanistan im Februar 1989 belegte, dass die einstige Supermacht Sowjetunion am Ende war.

Zum Hoffnungsträger all jener, die im kommunistischen Weltreich gefangen waren, wurde Gorbatschow, als er bereits während der Beisetzungsfestlichkeiten für seinen Vorgänger Tschernenko die „Breschnew-Doktrin“ von der „begrenzten Souveränität“ der Ostblock-Staaten für beendet erklärte.

Zweierlei Deutungen

Während Gorbatschow im Westen als Hoffnungsträger für eine Beendigung des Kalten Krieges galt, war er für die meisten Menschen zuhause der Verantwortliche für einen Niedergang, der nicht nur zu einer immer größer werdenden Wirtschafts- und Versorgungsnot führte, sondern letztlich zur Auflösung jeglicher staatlichen Ordnung.

Ein besonderes Verhältnis pflegte Gorbatschow zu den Deutschen. Im Juni

1989, also vor dem Zusammenbruch des Kommunismus, besuchte er die Bundesrepublik und wurde von Hunderttausenden stürmisch empfangen. Ein abendlicher Spaziergang am Rhein mit Kanzler Helmut Kohl schuf ein vertrauensvolles Verhältnis, das für die folgenden Monate von unermesslichem Wert war.

Als der sowjetische Staats- und Parteichef im Oktober 1989 die deutschen Genossen zum 40. Jahrestag der Gründung ihres Satellitenstaates besuchte, war die Ost-Berliner Führung in Panik – und die regimiekritischen Demonstranten jubelten ihm mit „Gorbi! Gorbi!“-Rufen zu. Die während seines Besuchs ausgesprochene Mahnung an die deutschen Genossen, die verkürzt mit „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ wiedergegeben wurde, gilt längst als eine der wichtigsten Initialzündungen für den Untergang der DDR.

Der Weg zur deutschen Einheit

Getreu der Ankündigung über den Verzicht auf eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der verbündeten Staaten hielt Gorbatschow denn auch still, als überall im Ostblock die Umwälzungen einsetzten. Als die Mauer fiel, griff die Sowjetmacht ebenso wenig ein wie beim Zusammenbruch der anderen politischen Systeme ihrer Satellitenstaaten.

Völlig unerwartet war die sowjetische Führung sogar bereit, in einem ungeheuren Tempo über die deutsche Einheit zu verhandeln. Vom Rücktritt des SED-Chefs Erich Honecker am 18. Oktober 1989 bis zum 3. Oktober 1990 dauerte es weniger als ein Jahr. Ein Ergebnis der damaligen Verhandlungen war auch, dass hunderttausende Ostpreußen ab 1991 erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in das Königsberger Gebiet, die sowjetische Oblast Kaliningrad, reisen und ihre Heimat wiedersehen konnten.

Zur historischen Wahrheit gehört freilich auch, dass Gorbatschow seinen Weg der Reformen keineswegs freiwillig ging, sondern unter dem Druck des totalen Zusammenbruchs seines politischen Systems. Der Ostblock insgesamt war schlichtweg so pleite, dass es nichts mehr gab, wofür sich zu kämpfen gelohnt hätte.

Dass Gorbatschow in seinem Inneren noch immer ein Sowjetfunktionär war, zeigte er an anderer Stelle. Die Grenze des Nachgebens zog er dort, wo es um den Bestand der Sowjetunion ging. Als auch die Balten ihre Unabhängigkeit anstrebten, sandte er im Januar 1991 Spezialeinheiten

nach Litauen, Lettland und Estland. Beim „Blutsonntag von Vilnius“ kamen Dutzende Menschen zu Tode, mehr als tausend wurden verletzt.

Zur tragischen Figur wurde Gorbatschow im August 1991, als Steinzeitkommunisten versuchten, den Lauf der Geschichte noch einmal zurückzudrehen. Der Präsident der Sowjetunion, so inzwischen sein offizieller Titel, wurde während seines Urlaubs auf der Krim unter Arrest gestellt. Da waren jedoch die deutsche Einheit und das Ende des Warschauer Vertrags bereits vollzogen, und auch in der Sowjetunion hatten die Menschen längst den Geschmack der Freiheit gekostet und keine Lust mehr auf ein Wiederaufleben der kommunistischen Diktatur. Mit dem Scheitern des Putsches zerfiel die Sowjetunion endgültig, nur wenige Monate später war sie auch offiziell Geschichte.

Fortan war Michail Gorbatschow Politrentner und wurde zu einem Inbegriff des „Elder Statesman“, vor allem im Westen. Im vereinigten Deutschland wurde und wird er als derjenige verehrt, der den Deutschen „die Wiedervereinigung schenkte“. Was nicht ganz korrekt ist, da die US-Präsidenten Ronald Reagan (1987 in seiner Forderung „Mr. Gorbatschow, öffnen Sie dieses Tor! Reißen Sie diese Mauer nieder!“ am Brandenburger Tor) und George Bush (mit seiner frühen Unterstützung für den Einigungsprozess) deutlich vor Gorbatschow die Deutschen zur Einheit ermutigten und die Bundesrepublik immerhin etliche Milliarden D-Mark für die Zustimmung zur Aufgabe der DDR an Moskau zahlte. Doch immerhin bleibt es Gorbatschows Verdienst, im entscheidenden Moment die Waffen in den Depots gelassen zu haben.

Letzte Tragik

Zur letzten großen Tragik in Gorbatschows Leben wurde der Zeitpunkt seines Todes. Während die anderen großen Gestalter der Jahre 1989/91 zu Zeiten starben, in denen die Russen und die westlichen Nationen in friedlicher Koexistenz lebten, schied Gorbatschow inmitten eines neuen Krieges aus dem Leben. Als vor fünf Jahren Helmut Kohl das Zeitliche segnete, gehörte beim Festakt in Straßburg auch der damalige russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew zu den Trauerrednern. Zur Beisetzung Michail Gorbatschows, dem unser Land so viel verdankt, erschien aus Deutschland kein hochrangiger Vertreter.

Ideengeber für Marx und Freud

Vor 150 Jahren starb der Philosoph Ludwig Feuerbach – In mancherlei Hinsicht war er einer der Wegbereiter des Sozialismus

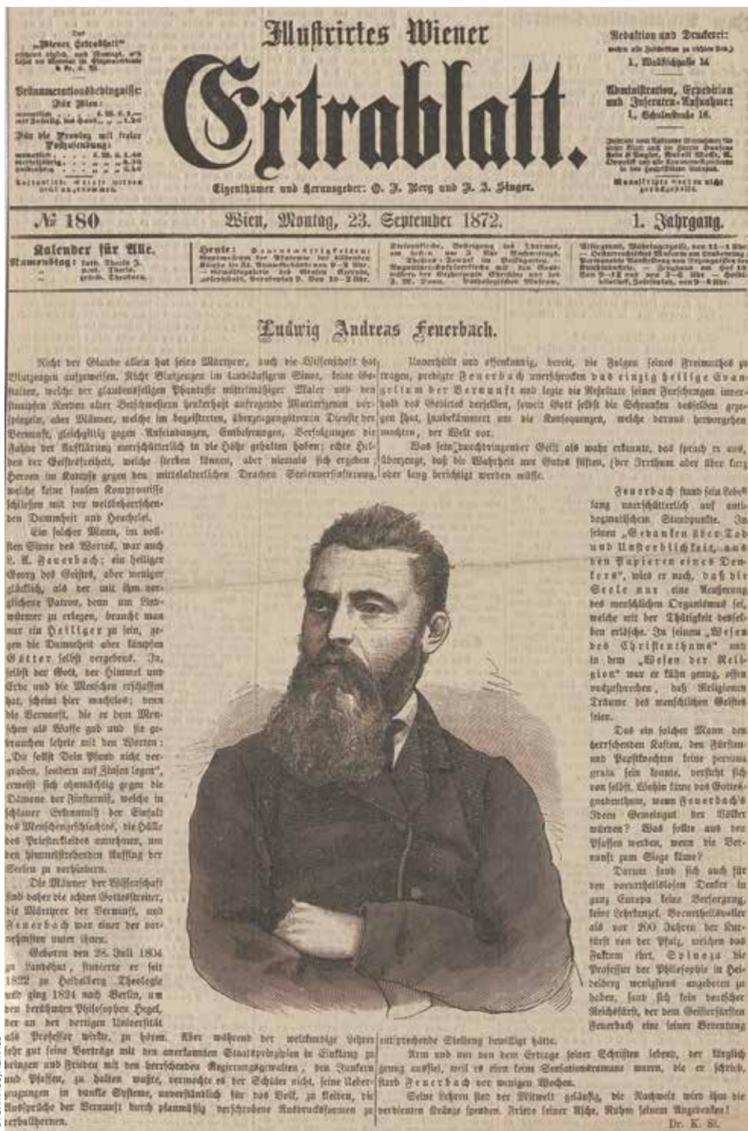
VON H. TEWS/M. STOLZENU

Im Jahr 1841 ist ein epochemachendes philosophisches Werk erschienen, das nicht von Hegel, Marx oder Schopenhauer stammte. Mit seinem religionskritischen Buch „Das Wesen des Christentums“ schuf Ludwig Feuerbach ein Werk, das im Vormärz auf fruchtbaren Boden stieß. In Zeiten, als man gegen Restauration und Katholizismus aufbegehrte, schienen Feuerbachs Ideen von einer Trennung von Religion und menschlicher Natur geradezu revolutionär.

In „Das Wesen des Christentums“ kommt Feuerbach zu dem Schluss, dass sich die Religion vom Menschen abgespalten und in einem Götzendienst mit leeren Gottesdienstformeln verwandelt hat. Zugleich erkennt er, dass das Religiöse in der Natur des Menschen liege, es mache sein Wesen aus. Dass der Mensch seine Wünsche, Träume und Sehnsüchte außerhalb seiner selbst in eine Gottheit projiziere, wie Feuerbach darlegt, wird man ein halbes Jahrhundert später bei Sigmund Freud, der „Das Wesen des Christentums“ genau studiert hat, nachlesen können. Ohne dass bei Feuerbach das Wort „Psyche“ auftaucht, hat er dennoch einen enormen Einfluss auf die moderne Psychologie gehabt.

Feuerbach war zunächst Hegelianer, ehe er die Grundlagen des Idealismus und der Religion einer scharfen Kritik unterwarf und in Umwandlung eines Goetheworts aus den „Xenien“ zu der Erkenntnis gelangte: „Wer Wissenschaft hat, braucht die Religion nicht.“ Daraus resultierte seine programmatische Hauptforderung: „Nicht die Menschen religiös machen, sondern zu bilden, Bildung durch alle Klassen und Stände zu verbreiten, das ist ... die Aufgabe der Zeit.“

Mit seiner Kritik an den dunklen Seiten der deutschen Wirklichkeit, am Despotismus und an dessen Hang zur Mystik beförderte er die Aufklärung und den



Sein Tod füllte ganze Zeitungsseiten: Nachruf auf Feuerbach in einer Wiener Zeitung

Kampf für Demokratie sowie sozialen Fortschritt. Nach Kant, Hegel und Fichte war es Feuerbach, der die klassische deut-

sche Philosophie weiterentwickelte, ohne allerdings ein philosophisches System zu entwerfen. Es war ein Denker wie Marx,

der mit seinen „Thesen über Feuerbach“ eine materialistische Geschichtsauffassung auf Grundlage des Feuerbachschen Denkens konstruierte.

Der am 28. Juli 1804 in Landshut geborene Sohn einer hessischen Pfarrer- und Beamtenfamilie besuchte in Berlin die Vorlesungen Hegels und wurde neben David Friedrich Strauß, dem späteren Autor des monumentalen Werks „Das Leben Jesu“, zu einem der führenden Köpfe der Junghegelianer. Doch je tiefer Feuerbach in Hegels Überlegungen eindrang, umso kritischer reagierte er. Noch während seiner Dozententätigkeit an der Universität Erlangen veröffentlichte er mit „Gedanken über Tod und Unsterblichkeit“ ein Hegel-kritisches Werk.

Führender Kopf der Junghegelianer

Wegen seiner Religionskritik wurde Feuerbach von den Theologen rundum abgestraft und in Erlangen entlassen. Alle weiteren Bewerbungen um eine Universitätsanstellung wie in Paris, Bern und Bonn scheiterten. Er wurde ins gesellschaftliche Abseits gestellt und heiratete die Mitbesitzerin einer Porzellanfabrik in Bruckberg bei Ansbach. Mit ihr zog sich der gemäßigte Philosoph auf Schloss Bruckberg zurück, wo er fortan ein zurückgezogenes Leben führte, das er nur im Revolutionsjahr 1848/49 unterbrach.

Auf Einladung von Studenten hielt er im Rathaus von Heidelberg öffentliche Vorlesungen. Zu seinen Zuhörern zählte auch der Dichter Gottfried Keller, der Feuerbachs Gedanken in seinen Roman „Der grüne Heinrich“ einfließen ließ. Ansonsten hielt sich Feuerbach in Bruckberg von der Tagespolitik fern. Eine Kandidatur zur Frankfurter Nationalversammlung lehnte er ab. Er pflegte lediglich losen Kontakt zu den Junghegelianern und zu einigen Revolutionären wie Georg Herwegh und Karl Marx.

Neben seinem Hauptwerk „Das Wesen des Christentums“ erschienen in die-

ser Zeit von ihm die anfangs von der Zensur behinderten „Vorläufigen Thesen zur Reform der Philosophie“, „Grundsätze der Philosophie der Zukunft“ und „Das Wesen der Religion“. Darin ersetzte Feuerbach „die trübe Spekulation ... durch die nüchterne Philosophie“. Er sah in der Bildung nicht nur ein Mittel gegen den religiösen Aberglauben, sondern auch den Schlüssel zur Freiheit. Als Materialist existierte für ihn die Natur unabhängig vom Bewusstsein. Indem er die Abhängigkeit des Psychischen von der Körperlichkeit des Menschen ergründete, fasste er die Grundfrage nach dem Verhältnis von Sein und Bewusstsein als Frage nach dem Verhältnis von Körper und Seele auf.

Indem er sich auf die Materialisten des 17. und 18. Jahrhunderts berief, schrieb er, dass sein erster Gedanke Gott war, sein zweiter die Vernunft und der dritte die des Menschen, der in das Zentrum allen Seins rückt. In diesem Zusammenhang kam Feuerbach zur Erkenntnis, dass die „materielle Welt nicht nur objektiv existiert, sondern dass sie auch prinzipiell erkennbar ist, dass die Menschen in der Lage sind, die Wirklichkeit richtig zu verstehen, dass Philosophie und Wissenschaft von der Anerkennung der objektiven Wahrheit ausgehen müssen“. Daraus leitete er die Notwendigkeit einer Reform der Philosophie ab.

Das übernahmen Marx und Engels für ihn, die auf Grundlage des Feuerbachschen Denkens den dialektischen Materialismus entwickelten und die Philosophie in sozialistische Bahnen lenkten. In seinen letzten Lebensjahren las Feuerbach „Das Kapital“ von Marx und trat in die Sozialdemokratische Partei ein. Darüber starb Feuerbach in zuletzt ärmlichen Verhältnissen am 13. September 1872 auf dem Rechenberg in Nürnberg. Seit dem Jahr 2001 pflegt der in Augsburg beheimatete Bund für Geistesfreiheit die Erinnerung an den Philosophen mit dem „Ludwig-Feuerbach-Preis“.

BESUCHERSCHWUND

„Long-COVID“ an deutschen Bühnen

Der Deutsche Musikrat kritisiert, dass das neue Infektionsschutzgesetz „weit über das Ziel hinausschießt“

Wer denkt, nach dem Ende der Pandemie-Beschränkungen laufe im Kulturbetrieb alles wieder normal, sieht sich getäuscht. Theater, Konzerthäuser, Museen und Kinos beklagen einen rapiden Besucherschwund. War laut Werkstatistik des Deutschen Bühnenvereins für die von Corona stark betroffene Spielzeit 2020/21 die Zahl der Zuschauer gegenüber der letzten Corona-freien Saison 2018/19 um 86 Prozent zurückgegangen, so leiden die Bühnen aktuell unter einer Art Long-COVID.

Inzwischen kämpfen die Kulturveranstalter mit einem Besucherverlust von 20 Prozent. Mancherorts wird sogar nur vor halbleeren Sälen gespielt. Vor allem das ältere, zahlungskräftige Stammpublikum wagt sich noch nicht in Veranstaltungen mit größerem Zulauf. So sind der Oper in Frankfurt am Main 5000 von 12.000 Abonnenten abgesprungen. An anderen Orten sieht es ähnlich düster aus.

Beim jüngst verkündeten Entlastungspaket der Bundesregierung bleibt die Kultur außen vor. Und das neue Infektionsschutzgesetz für den Herbst und Winter, über das am Donnerstag im Bundesparla-

ment abgestimmt wurde, ist für die Kultur ein weiterer Klotz am Bein. Dieses enthält Regelungen zu einer bundesweiten Maskenpflicht und delegiert an die Länder ein hohes Maß an Eigenverantwortung bei der Umsetzung weiterer Maßnahmen auch im Kulturleben.

So kritisiert Christian Höppner, Generalsekretär des Deutschen Musikrates, dass der Änderungsentwurf weit über das Ziel hinausschieße, weil er in unverhältnismäßiger Weise dezentrale Einschränkungen ermögliche, die weder die wissenschaftliche Erkenntnislage, die medizinischen Fortschritte, den Grad der bereits erreichten Durchseuchung noch die kurz- und mittelfristigen Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben angemessen berücksichtige. „Die Pandemie“, so Höppner, „kennt aber keine Grenzen, wie der Blick in die europäischen Nachbarländer zeigt, die die pandemische Vorsorge weit weniger restriktiv anlegen.“

So sei das Kulturleben wie der Sport in den letzten zweieinhalb Jahren personell wie strukturell stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Diese nachhaltige

Schwächung, zusätzlich belastet durch hohe Energiekosten, Inflation und Zuschauerschwund, bedürfe der Ermöglichung kultureller Begegnungen. „Der jetzt vorherrschbare föderale Flickenteppich Pandemie-bedingter Restriktionen würde die Planung sowohl von Tourneen als auch von vielen Veranstaltungen verhindern“, sagt Höppner voraus.

Mit Blick auf den Herbst und damit auf die absehbare Verschärfung von Corona-Maßnahmen und einer Zuspitzung der Energiekrise fordern der Deutsche Musikrat, zehn Landesmusikräte und der Bundesmusikverband Chor & Orchester die Politik zum Handeln auf. Ein Fünf-Punkte-Plan stellt jetzt Maßnahmen vor, um die Kultur gut durch den Winter zu bringen und dabei auch das Musikleben in seiner ganzen Vielfalt aufrechtzuerhalten.

Dieser Plan enthält Forderungen wie die Wiedereinführung kostenloser Corona-Tests für den Kulturbereich sowie die Aufhebung der Maskenpflicht für Musiker bei Kultur- und Musikveranstaltungen. Damit solle der Eigenverantwortlichkeit der Künstler Rechnung getragen werden.

Außerdem sollen Schulen, Vereine und Kommunen öffentliche Räume für Musikproben zur Verfügung stellen. Geeignete „Kulturorte“ zu nutzen, sei eine Grundlage dafür, den Menschen weiterhin Zugang zum Musikleben zu garantieren.

Ferner fordert der Musikrat einheitliche Corona-Verordnungen in allen Städten und Gemeinden, über die sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund abstimmt. Damit werde die Planungssicherheit sowohl für die Organisation von Tourneen als auch die von Veranstaltungen vor Ort gewährleistet. Und schließlich wird ein anteiliger Energiekostenschuss – die Rede ist von 80 Prozent der zusätzlichen Energiekosten – für Musikveranstalter und Musikvereine verlangt, damit das öffentliche Musikleben trotz der im Herbst und Winter zu erwartenden, drastischen Anstiege der Energiekosten wirtschaftlich gesichert bleibt.

Manche dieser Forderungen werden Wunschdenken bleiben, aber wenn nicht ein Teil davon erfüllt wird, dann wird in vielen Bühnen womöglich bald dauerhaft das Licht ausgehen. Harald Tews

WIELAND-AUSSTELLUNG

Der erste Klassiker

Vor 250 Jahren zog Deutschlands damals populärster Schriftsteller Christoph Martin Wieland nach Weimar. Hier gründete der Aufklärer unter anderem die Zeitschrift „Der Teutsche Merkur“ – und setzte die Residenzstadt noch vor der Ankunft Goethes auf die kulturelle Landkarte. Dieses Jubiläum würdigt die Klassik Stiftung Weimar mit der neuen Dauerausstellung „Der erste Schriftsteller Deutschlands“, die jetzt auf dem Wielandgut in Oßmannstedt, Wielandstraße 16 in 99510 Ilmtal-Weinstraße, mit einem Festakt in Anwesenheit von Kulturstaaatsministerin Claudia Roth eröffnet wurde. Die für Besucher kostenlose Ausstellung, an der der Literaturwissenschaftler und Mäzen Jan Philipp Reemtsma als Kurator mitbeteiligt ist, zeigt die Bedeutung Wielands für die deutsche Literatur, begann doch mit ihm eine Schaffensperiode, die heute unter dem Begriff Weimarer Klassik zusammengefasst wird. tws

FREISTAAT TRIEST

Ein Opfer des Kalten Krieges

Nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg musste Italien auf einen Teil seiner Gebietsgewinne nach dem gewonnenen Ersten Weltkrieg verzichten. Dieses betraf auch das Territorium des sogenannten Freien Territoriums von Triest. Am 10. Januar 1947 beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Schaffung dieses Pufferstaates zwischen Italien und Jugoslawien. Nulens volens stimmte der Kriegsverlierer Italien auf der Pariser Friedenskonferenz dem in einem Monat später unterzeichneten Friedensvertrag zu.

Vor 75 Jahren, am 15. September 1947, trat der Vertrag in Kraft, und das ist auch der Geburtstag des Freistaates. An jenem Tag wurde er vom britischen Gouverneur der sogenannten Zone A, Terence Sydney Airey, feierlich proklamiert.

Der Freistaat war in zwei Zonen geteilt. Die nördlich Zone A war von britischen und US-amerikanischen Truppen besetzt, war 222,5 Quadratkilometer groß und zählte 1949 302.000 Einwohner. Die südliche Zone B war von jugoslawischen Truppen besetzt und mit 515,5 Quadratkilometern viel größer, aber mit 1947 71.000 Einwohnern ungleich bevölkerungsärmer.

Der Freistaat scheiterte abgesehen vom Nationalismus in Italien und Jugoslawien an dieser Teilung in eine von den westlichen, kapitalistischen Anglo-Amerikanern dominierten Nord- und einen von den sozialistischen Jugoslawen beherrschten Südtel. Ähnlich wie in Deutschland war es auch im Freistaat so, dass mit der zunehmenden Bedeutung des Kalten Krieges die Zonen an Bedeutung gewannen.

Es fing schon damit an, dass sich die UdSSR und die Westalliierten nicht auf einen die Staatsregierung führenden Gouverneur einigen konnten, so



Der Freistaat mit seinen beiden Zonen

dass die Regierungsgewalt faktisch bei den Militärgouverneuren der Zonen landete. Ähnlich wie in Deutschland banden diese sukzessive Zivilisten aus ihrer Zone in die Regierungsarbeit ein. Auch wurde die Währungseinheit durch die Einführung zweier weiterer Währungen neben der Triestiner Lira zumindest relativiert. Die Wahlen für die Volksversammlung, das Parlament des Freistaates, fanden 1949 und 1952 nur in der Nordzone statt.

1954 wurde das Experiment in London aufgegeben. Dort einigten sich die Anglo-Amerikaner und die beiden Nachbarn des Freistaates auf ein Memorandum, dem zufolge Italien die Nord- und Jugoslawien die Südzone erhielt. Diese vorerst provisorische Lösung wurde 1975 mit dem Vertrag von Osimo offiziell. Manuel Ruoff



Bei der Rettung der Schiffbrüchigen des britischen Truppentransporters „Laconia“: U 156 (vorne) und U 507 (hinten)

Foto: Oblt. z. S. Leopold Schuhmacher

ZWEITER WELTKRIEG

Wie es zu Karl Dönitz' Laconia-Befehl kam

Vor 80 Jahren griffen US-Bomber U-Boote der Achsenmächte an, während diese versuchten, alliierte und italienische Schiffbrüchige zu retten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Um den alliierten Schiffsverkehr vor Kapstadt zu stören, entsandte der Befehlshaber der Unterseeboote (BdU), Admiral Karl Dönitz, im August 1942 vier große U-Boote in den Südatlantik. Darunter befand sich U 156 unter dem Kommando von Korvettenkapitän Werner Hartenstein. Während des Anmarsches torpedierte das U-Boot am späten Abend des 12. September 1942 den britischen Truppentransporter „Laconia“. Zu diesem Zeitpunkt wusste Hartenstein noch nicht, dass der mit acht Geschützen und Wasserbomben bewaffnete Dampfer auch um die 80 britische Zivilisten sowie etwa 1800 italienische Kriegsgefangene an Bord hatte. Das erkannte er erst nach dem Auftauchen an der Untergangsstelle 360 Seemeilen nordöstlich der Insel Ascension.

Angesichts der zahlreichen Frauen und Kinder sowie Militärangehörigen eines verbündeten Staates, die im Wasser um ihr Leben kämpften, traf Hartenstein die Entscheidung, so viele von diesen wie möglich an Bord seines Bootes zu holen. Anschließend informierte er den BdU, der das Handeln des Kommandanten billigte sowie U 506, U 507 und das italienische U-Boot „Cappellini“ zu Hilfe schickte, wohl wissend, dass zu Rettungseinsätzen aufgetauchte U-Boote ein leichtes Ziel darstellen. Außerdem informierte Dönitz die deutsche Regierung, auf deren Ersuchen hin die Kriegsschiffe des Französischen Staates „Gloire“, „Dumont d'Urville“ und „Annamite“ aus ihren westafrikanischen Stützpunkten ausliefen, um die Schiffbrüchigen an Land zu bringen.

Am Morgen des 13. September setzte Hartenstein zusätzlich noch einen un-

„Jegliche Rettungsversuche von Angehörigen versenkter Schiffe ... haben zu unterbleiben“

aus dem Laconia-Befehl

verschlüsselten Funkspruch auf der internationalen Notrufwelle ab, in dem er seine Position mitteilte und zusicherte, keine etwaigen Rettungsschiffe des Gegners anzugreifen. Anschließend hisste U 156 eine vier Quadratmeter große Rot-Kreuz-Flagge.

Zu Kriegsbeginn erteilte Nimitz einen vergleichbaren Befehl

Zwei Tage später trafen die drei anderen U-Boote vor Ort ein und nahmen die Rettungsboote der „Laconia“ in Schlepp oder fischten weitere Menschen aus dem Ozean. Während des Wartens auf die französischen Einheiten überflog am 16. und 17. September ein viermotoriger US-amerikanischer Bomber vom Typ Consolidated B-24 „Liberator“ unter dem Kommando von Lieutenant James Harden wiederholt die Untergangsstelle und warf mehrere Bomben ab, die einige der Rettungsboote beschädigten und deren Insassen töteten. Dennoch gelang es letztlich, 425 italienische Kriegsgefangene sowie 668 alliierte Schiffbrüchige zu retten. Allerdings gab es beim Untergang des Truppentransporters und infolge der rück-

sichtslosen US-Luftangriffe in der Zeit danach auch 1658 Tote.

Als Konsequenz aus dem Vorfall erließ Dönitz am 17. September 1942 den sogenannten Laconia-Befehl, in dem es hieß: „Jegliche Rettungsversuche von Angehörigen versenkter Schiffe ... haben zu unterbleiben.“ Darin sah der britische Ankläger im Nürnberger Prozess, David Maxwell Fyfe, eine verkleinerte Anweisung zur Tötung der gegnerischen Besatzungen. Dönitz' Verteidiger Otto Kranzbühler rief daraufhin den Oberkommandierenden der US-Pazifikflotte, Chester W. Nimitz, in den Zeugenstand, in dem der Fleet Admiral aussagte, dass er den U-Booten der Vereinigten Staaten zu Kriegsbeginn genau den gleichen Befehl gegeben habe.

Das rettete Dönitz vor dem Strang, war aber nur die halbe Wahrheit. Vielmehr deckten beziehungsweise dekorierten die Briten und Amerikaner ihre U-Boot-Fahrer sogar, wenn sie Schiffbrüchige ermordeten.

Zu den alliierten Kriegsverbrechern zur See zählte Commander Dudley W. Morton von der United States Navy, zweiter und letzter Kommandant des U-Bootes „Wahoo“ (SS-238). Das versenkte unter seinem Kommando am 26. Januar 1943 bei einer Aufklärungsmission vor Papua-Neuguinea die japanischen Truppentransporter „Buyo Maru“ und „Fukuei Maru No. 2“. Anschließend ließ Morton auftauchen und die Überlebenden in den Rettungsbooten eine Stunde lang beschießen. Dabei starben rund 100 Menschen, darunter viele indische Soldaten des 16. Punjab-Regiments, die bei Singapur in japanische Kriegsgefangenschaft geraten waren. Morton, der den Vorgang ganz ungeniert im Logbuch seines Bootes dokumentiert hatte, wurde nach dem Einlaufen in Pearl

Harbor zum Helden hochgejubelt und mit dem Navy Cross, der höchsten Auszeichnung, die vom Department of the Navy vergeben wird, ausgezeichnet.

Anglo-amerikanische U-Boot-Fahrer ermordeten sogar Schiffbrüchige

Ein Mann ähnlichen Kalibers war Lieutenant Commander Charles W. Wilkins. Dessen U-Boot „Narwhal“ (SS-167) operierte im Sommer 1942 vor den Kurilen. Dabei versenkte es am 24. Juli das japanische Vorpostenboot „Shinsei Maru No. 83“ sowie die beiden Inselversorger „Kofuji Maru“ und „Nissho Maru“. Wie aus späteren glaubwürdigen Aussagen von Seeleuten der kaiserlichen Marine hervorgeht, feuerte die Besatzung des US-amerikanischen U-Bootes mit Maschinengewehren auf die im Wasser schwimmenden Schiffbrüchigen der „Nissho Maru“, was zu einer unbekannt Anzahl von Toten führte. Wilkins erhielt danach ebenfalls das Navy Cross.

Die Kommandanten der britischen U-Boote verstießen vor allem im Mittelmeer gegen das Seekriegsrecht. Der erste bekannt gewordene Fall ereignete sich am 12. Mai 1941 in der nördlichen Ägäis zwischen Limnos und Kavala. An diesem Tag wurde der griechische Motorsegler „Osia Paraskevi“ mit vier deutschen Soldaten und sieben griechischen Besatzungsmitgliedern an Bord von dem Minenleger-U-Boot „Rorqual“ versenkt. Im Anschluss daran gab dessen Kommandant Lieutenant Commander Ronald H. Dewhurst den Befehl, die im Wasser treibenden Deutschen zu erschießen.

Ähnliches passierte am 9. Juli 1941. Nachdem das britische U-Boot „Torbay“ unter Lieutenant Commander Anthony C. Miers nördlich von Andikythira die Motorsegler „L V“, „L VI“ und „L XII“ attackiert hatte, ließ der Kommandant des Bootes sieben überlebende deutsche Gebirgsjäger töten. Gegen den entsprechenden Befehl gab es anfangs Widerstand in den Reihen der eigenen Besatzung, bis Miers einem seiner Matrosen mit der Erschießung drohte. Auch dieser alliierte Offizier musste sich nie vor Gericht verantworten. Stattdessen erhielt er 1942 das Victoria Cross, die höchste britische Auszeichnung für Tapferkeit vor dem Feind, und avancierte dann im Januar 1956 zum Rear Admiral.

ERSTE POLNISCHE TEILUNG 1772

Als die Provinz Westpreußen entstand

Vor einem Vierteljahrtausend gelang Friedrich dem Großen der Brückenschlag von Brandenburg nach (Ost-)Preußen

VON MANUEL RUOFF

Die erste Teilung Polens im Jahre 1772 war für Preußen so bedeutend, dass manche erst an ihr und nicht schon am Sieg im Siebenjährigen Krieg den Beginn seines Großmachtstatus festmachen. Für das Opfer, die erste Polnische Republik, bedeutete diese den Anfang vom Ende.

Die Teilung hatte externe, aber auch interne Ursachen. Fangen wir mit den externen Gründen an. Die erste Polnische Republik hatte seit dem Siebenjährigen Krieg das Schicksal, gleich drei Großmächte zu Nachbarn zu haben. Da waren Preußen im Westen, Österreich im Süden und Russland im Osten. Begünstigt, wenn nicht ermöglicht wurden die polnischen Teilungen auch dadurch, dass die Westmächte zu jener Zeit mit Rivalitäten beschäftigt waren, zu denen es im Zuge des Auf- und Ausbaus ihrer Weltreiche in Übersee kam.

Der Stärke der genannten drei Nachbarn stand die eigene Schwäche Polens gegenüber. Während Preußen, Österreich und Russland absolutistisch regiert wurden, war die Polnische Republik rückständig im feudalistischen Vorabsolutismus verharret. Den für den Absolutismus so typischen Ausbau effizienter Staatsstrukturen, mit denen der Monarch sein Land beherrschte, gab es in Polen nicht. Daher auch das Wort von der polnischen Anarchie. Im Gegensatz zu den absolutistischen Nachbarstaaten war der Monarch schwach und der Adel stark. Festzumachen ist diese Schwäche der Zentralgewalt vor allem am Einstimmigkeitsprinzip („Liberum Veto“) im Sejm (Reichstag) und an dessen Wahl des Monarchen. Durch Einflussnahme auf einzelne Sejm-Mitglieder konnte das Ausland also nicht nur auf die Bestimmung des nächsten Königs Einfluss nehmen, sondern diesen auch per Liberum Veto im Reichstag nach Belieben ausbremsen lassen. Polens Rückständigkeit gegenüber seinen europäischen Nachbarn war so frappierend, dass Aufklärer wie Voltaire Polens Teilung sogar begrüßten: Zu Recht gehe ein mehr oder weniger verrottetes Staatswesen an aufgeklärte Herrscher über.

Anachronistisches Regime in Polen

Diese Schwäche allein führte aber noch nicht zur Teilung, solange Polen seinen Nachbarn als Pufferstaat gute Dienste leistete. Diese Eigenschaft setzte jedoch Unabhängigkeit voraus und letztere drohte Polen im 18. Jahrhundert zusehends an Russland zu verlieren. Nicht umsonst begann die Vorgeschichte der polnischen Teilungen mit dem Großen Nordischen

Krieg (1700–1721), als dessen Folge Russland Schweden als Großmacht ablöst.

Zur nun wachsenden Einflussnahme Russlands auf Polen hat auch Preußen sein Scherflein beigetragen. Am 5. Oktober 1763 starb der polnische König August III., der in Personalunion als Kurfürst auch Sachsen regierte. Die Wahl eines neuen Königs stand an. Zarin Katharina die Große unterstützte ihren Liebhaber Stanislaw August Poniatowski, das von Frankreich unterstützte Österreich hingegen dessen Gegenkandidaten Jan Klemens Branicki. Friedrich der Große hatte nun die Wahl, mit welchem der Gegner des Siebenjährigen Krieges (1756–1763) er ein Bündnis einging. Angesichts der größeren militärischen Potenz Russlands und der Tatsache, dass Maria Theresia die Hoffnung auf eine Rückgewinnung Schlesiens noch nicht aufgegeben hatte, entschied er sich mit dem Traktat vom 11. April 1764 für die Zarin. Der preußische König stimmte der Kandidatur Poniatowskis zu. Beide Herrscher garantierten die sogenannten Kardinalrechte, sprich das Vetorecht jedes Sejm-Mitgliedes, das Recht des Sejms, den König zu wählen, sowie die Minderheitenrechte der Nicht-Katholiken (Dissidenten). Des Weiteren verpflichteten sich beide zu militärischem Beistand im Falle eines Angriffs Österreichs oder einer anderen Macht. Im Falle eines österreichischen Einmarsches in Polen sollte auch Preußen einmarschieren und Russland unterstützen.

Reformen wie der Einschränkung des Einstimmigkeitsprinzips im Sejm voranzubringen. Eine derartige Aufholjagd des zurückgebliebenen Nachbarn war jedoch nicht das, was die Zarin wollte. Und so intervenierte sie 1767 militärisch, wobei nicht-katholische Adlige und katholische Reformgegner sie unterstützten und ihre Intervention ein Stück weit legitimieren halfen. Angesichts der russischen militärischen Präsenz sah sich der Sejm gezwungen, am 5. März 1768 einem bilateralen „Ewigen Vertrag“ zuzustimmen. Darin verpflichtete sich die polnische Seite, die Reformen zurückzunehmen sowie das Einstimmigkeitsprinzip und die Rechte der religiösen Minderheiten zu achten.

Vasall unter Russland

Derart militärisch abgesichert, marschierten am 7. Mai 1764 rund 20.000 Russen in Polen ein, wo aus den Zeiten des Siebenjährigen Krieges ohnehin noch ein russisches Korps stand. Angesichts dieser militärischen Präsenz Russlands und großzügiger russischer „Wahlgelder“ wählte der Sejm am 6./7. September 1764 den russischen Kandidaten zum König.

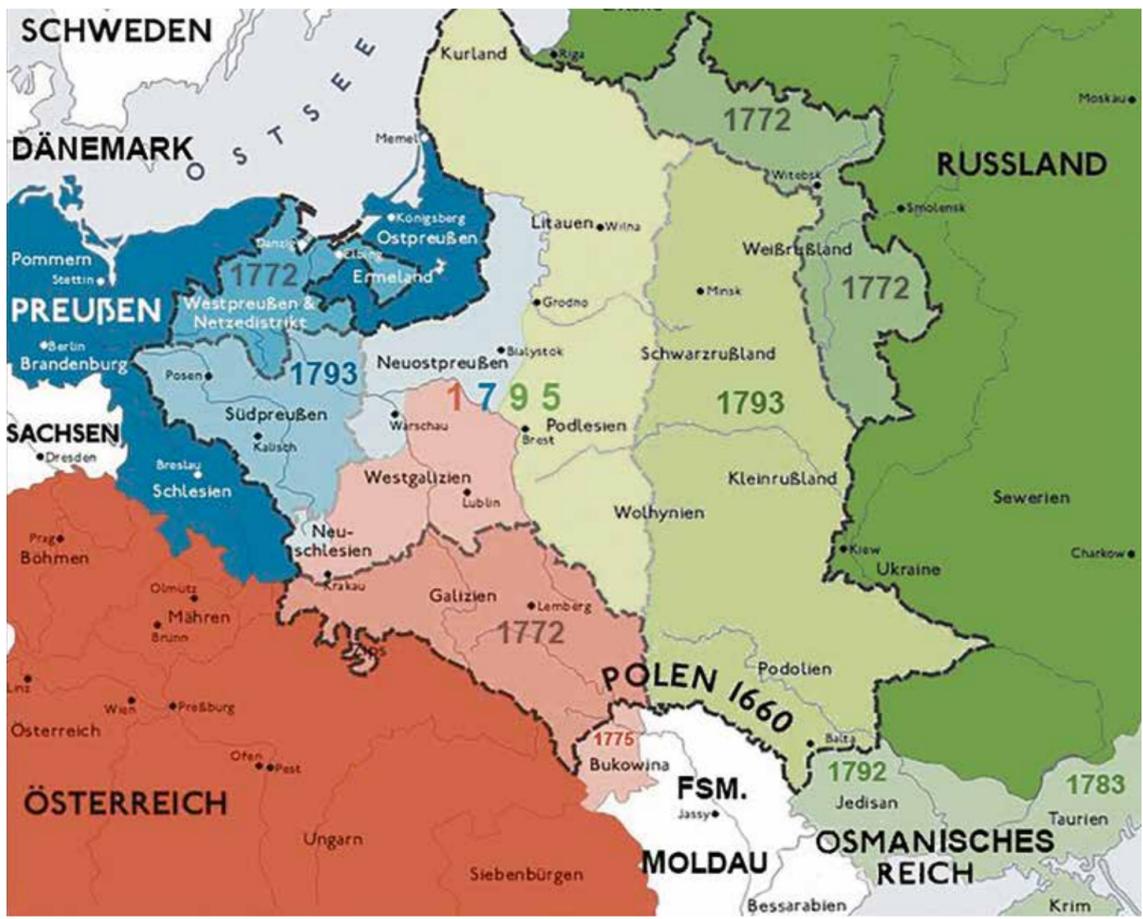
Poniatowski, der sich nun Stanislaus II. August nannte, erwies sich jedoch nicht als die von der Zarin erhoffte Marionette. Vielmehr versuchte der vielseitig gebildete und intelligente Verehrer George Washingtons, Polen ein guter König zu sein und es mit

bündete unter Russlands traditionellen Gegnern. Sie fand sie in den Osmanen. Gerne nutzte die Hohe Pforte die Gelegenheit, mit polnischer Unterstützung gegen den russischen Erzrivalen Krieg zu führen. Als russische Truppen polnische Oppositionelle bis auf osmanischen Boden verfolgten, nahm der Sultan das zum Anlass, der Zarin am 25. September 1768 den Krieg zu erklären.

Europäische Gleichgewichtspolitik

Im Kampfe gegen Osmanen und polnische Oppositionelle erwiesen sich die russischen Streitkräfte nun als derart erfolgreich, dass eine ernsthafte Bedrohung des Gleichgewichtes drohte. Bevor Polen nun gänzlich russisch wurde, sollten die beiden deutschen Nachbarn, so Friedrichs Vorschlag an die Österreicher, durch Annexion polnischen Territoriums wenigstens einen Teil des Landes dem russischen Zugriff entziehen. Dem Alten Fritz ging es dabei außer um Gleichgewichtspolitik auch um den Gewinn einer Landbrücke zwischen Brandenburg und (Ost-)Preußen. Österreich reagierte ambivalent und widersprüchlich. Maria Theresias Gedanken kreisten um eine Rückgewinnung Schlesiens – und einer Teilung der „katholischen Schwester Österreichs“ stand die Katholiken ablehnend gegenüber. Ihr Sohn und Mitregent Joseph II. hingegen schuf jedoch gleich Fakten im Sinne von Friedrichs Vorschlag. Er ließ 1769 die 1412 von Ungarn an Polen verpfändete Grafschaft Zips besetzen, diese am 27. Juli 1770 ohne Gegenleistung „reincorporieren“ und anschließend österreichische Truppen in Richtung Lemberg und Krakau marschieren. Nun konnte auch Friedrich entsprechend dem Traktat mit Elisabeth vom 11. April 1764 in Polen einmarschieren.

Die Zarin zierte sich anfänglich, auf Friedrichs Teilungsvorschlag einzugehen, hoffte sie doch, ein ungeteiltes Polen unter ihren Einfluss bringen zu können. Mit der Drohung konfrontiert, ohne preußischen Beistand Osmanischem Reich und Österreich gegenüberzustehen, war sie jedoch schließlich bereit, den von Preußen geforderten Preis für dessen Wohlwollen zu zahlen. Am 5. August 1772 beschlossen Preußen, Russland und Österreich die Erste Teilung Polens, denen das Opfer am 30. September 1773 nolens volens zustimmte. Friedrich brachte sie den Brückenschlag von Brandenburg nach (Ost-)Preußen. Vor 250 Jahren, am 13. September 1772 erließ der Kurfürst und König für diese Landbrücke ein entsprechendes Besitzergreifungspatent. Ihr Territorium entspricht größtenteils dem der nun neu geschaffenen Provinz Westpreußen.



Gebietserwerbungen der drei Ostmächte bei den drei polnischen Teilungen: Die mittleren, helleren und ganz hellen Farbtöne markieren die Erwerbungen von 1772, 1793 beziehungsweise 1794
Karte: Wikimedia

BILANZ

Wer wie viele Quadratkilometer und Seelen gewann

Preußen erhielt den an Fläche wie Einwohnern kleinsten Anteil, gilt aber trotzdem als der eigentliche Gewinner

Der Begriff Teilung ist insoweit irreführend, als die Ostmächte zunächst nicht Polen in seiner Gesamtheit, sondern „nur“ 30 Prozent seines Territoriums mit 35 Prozent seiner Bevölkerung unter sich aufteilten. Den flächenmäßig größten Teil nahm sich Polens De-facto-Protectoratsmacht Russland mit rund 84.000 Quadratkilometern und 1.256.000 Einwohnern. Russisch wurden nun die Woiwodschaften Polock, Mstislav und Polnisch Livland. Das Zarenreich erreichte damit endlich seine bereits mehr als ein Jahrhundert zuvor geforderte „natürliche Grenze“ Düna.

Den volkreichsten Anteil bekam Österreich mit dem südlich der oberen Weichsel gelegenen Teil Kleinpolens sowie fast ganz Rotruthenien und Teilen Wolhyniens wie Podoliens. 2,67 Millionen Einwohner und damit mehr als doppelt so viele Menschen wie im russischen Teil lebten auf dem mit 839.00 Quadratkilometern nur unwesentlich kleineren österreichischen Erwerbungen. Mit ihnen war die Donaumonarchie in den Besitz des am dichtesten besiedelten Agrargebiets Europas gelangt. Da die ungarischen Könige sich seit dem Mittelalter auch Könige von Galizien

und Lodomerien nannten, machten die Habsburger ihre polnische Erwerbung zum „Königreich Galizien und Lodomerien“, um ihre dortige Herrschaft zu legitimieren. Der Zusatz „und Lodomerien“ geriet dabei mit der Zeit außer Gebrauch, sodass „Galizien“ als Bezeichnung blieb.

Den sowohl an Quadratkilometern als auch Einwohnern kleinsten Anteil erhielt Preußen, das zudem auf den Gewinn Thorns und Danzigs verzichten musste. Es erhielt mit dem Ermland, Westpreußen, dem Netzedistrikt und dem Kulmerland „nur“ 34.900 Quadratkilometer mit

356.000 Einwohnern. Trotzdem gilt es als der eigentliche Gewinner der ersten Teilung Polens. Erstmals waren die beiden Kerngebiete des Hohenzollernstaates, Brandenburg im Reich und Preußen außerhalb, durch eine Landbrücke vereint. Und endlich konnten sich die Hohenzollern dank der Erwerbung des Ermlands und Westpreußens, nicht mehr nur verkrampft König „in“ Preußen, sondern wie „normale“ Herrscher König „von“ Preußen nennen. Für die Finanz- und Wirtschaftskraft und damit auch für die militärische Leistungsfähigkeit wichtiger war

für den Hohenzollernstaat, dass nun vier Fünftel des polnischen Außenhandels fortan über sein Territorium verliefen. Abgesehen von der daraus resultierenden wirtschaftlichen Abhängigkeit Polens zog Friedrich allein aus den Zöllen auf den polnischen Weichseltransit mehr Einkünfte als der Nachbarstaat aus allen seinen Einnahmequellen zusammen. Und das war nicht wenig, war Polen doch nach der ersten Teilung mit sieben Millionen Einwohnern auf 527.000 Quadratkilometern immerhin so volkreich wie England mit Wales und so groß wie Frankreich. M.R.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Derzeit wird viel Geld investiert, damit die Menschheit rechtzeitig und adäquat auf globale Bedrohungen wie neue Pandemien oder den drohenden Einschlag kosmischer Geschosse reagieren kann. So soll die Raumsonde DART im Oktober mit dem Asteroiden Dimorphos kollidieren, um dessen Flugbahn zu verändern. Wenn das Experiment gelingt, wäre es ein Meilenstein auf dem Gebiet der „Planetaren Abwehr“.

Indes drohen andere Ereignisse mit möglichen, ähnlich gravierenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft wie der Einschlag eines großen Asteroiden, deren Auftreten zudem hundert Mal wahrscheinlicher ist, ohne dass die Welt vergleichbare Vorkehrungen zu treffen versucht. Die Rede ist von Vulkanausbrüchen der Stärke 7 oder mehr. Hierauf weisen die Vulkanologen Laura Mani vom Centre for the Study of Existential Risk (CSER) an der Universität Cambridge und Michael Cassidy von der Universität Birmingham in einem alarmierenden Artikel hin, der im August in der führenden Wissenschaftszeitschrift „Nature“ erschienen ist und den Titel „Huge volcanic eruptions: time to prepare“ (Riesige Vulkanausbrüche: Es ist an der Zeit, sich vorzubereiten) trägt.

Die beiden Forscher meinen, die Wahrscheinlichkeit solcher Naturkatastrophen werde sträflich unterschätzt, woraus ein „kläglicher Mangel an Investitionen, Planungen und Ressourcen“ resultiere. Wie Untersuchungen von Eisbohrkernen aus Grönland und der Antarktis zeigten, seien Ereignisse der Stärke 7 in den vergangenen 60.000 Jahren im Durchschnitt aller 625 Jahre aufgetreten. Und Super-Eruptionen der höchsten Stufe 8 immerhin auch noch aller 14.300 Jahre.

Menschheit wurde fast ausgerottet

Zur Verdeutlichung: Infolge der Stärke-8-Eruption des Toba auf der indonesischen Insel Sumatra vor knapp 74.000 Jahren wäre es fast zum Aussterben des Homo sapiens gekommen, wovon noch heute der sogenannte genetische Flaschenhals in der Entwicklung unserer Art kündet. Ebenso hatte der Ausbruch des gleichermaßen in Indonesien liegenden Tambora der Stärke 7 im Jahre 1815 dramatischen Folgen: Die ausgestoßenen Aschewolken verdunkelten den Himmel, wodurch 1816 auf der Nordhalbkugel der Erde der Sommer ausfiel, was zur schwersten Hungersnot des 19. Jahrhunderts mit Hunderttausenden von Toten führte.

Dabei müssen der Menschheit keine 418 Jahre mehr bleiben, bis es wieder ähnlich schlimm kommt wie 1815/16. Darauf deutet der Ausbruch des unterseeischen Vulkans Hunga Tonga-Hunga Ha'apai im Pazifik am 14./15. Januar dieses Jahres hin:



1980 explodiert: Der Mount St. Helens im Nordwesten der USA tötete 57 Menschen und zerstörte ein 20 mal 32 Kilometer großes Gebiet völlig

Foto: Okapia

VULKANAUSBRÜCHE

Die unterschätzte Gefahr

Während große Summen für die Abwehr von Asteroiden aufgewendet werden, spielt die Bedrohung aus dem Erdinneren nur eine Nebenrolle – Dabei schlummert dort unten eine mögliche Weltkatastrophe

Dieser erreichte zwar nur eine Stärke von knapp 6, hätte aber trotzdem fatale Auswirkungen gehabt, wenn er nicht glücklicherweise schon nach elf Stunden beendet gewesen wäre. Das schnelle Ende begrenzte die Freisetzung von Asche und Gas. Die Welt ist nicht mehr die des Jahres 1815/16 – sie ist sehr viel verwundbarer: Es gibt inzwischen acht Mal mehr Menschen auf unserem Planeten als damals, und die Warenproduktion wuchs seither um das Tausendfache.

Insofern könnten auch die materiellen und sozialen Kosten einer Stufe-6-Eruption wie die im Bereich der Tonga-Inseln bei längerer Dauer schnell Größenordnungen erreichen, die jener der Corona-Pandemie entsprechen. Das nahmen Mani und Cassidy zum Anlass, um mehrere Forderungen an Regierungen und Wissenschaftler rund um den Globus zu richten.

Zum Ersten mahnen sie, man müsse nun endlich damit beginnen, alle potentiell

gefährlichen Vulkane zu identifizieren. Und tatsächlich ließen sich von den 97 größten Eruptionen der Vergangenheit, von denen die Eisbohrkerne zeugen, bislang nur eine Handvoll konkreten Vulkanen zuschreiben. Dabei gibt es 1300 aktive Vulkane, die als Verursacher in Frage kommen – und auf dem Meeresgrund existieren garantiert noch viele weitere, von denen niemand etwas weiß. Insofern besteht vor allem Bedarf an der Untersuchung verdächtiger unterseeischer Strukturen.

Moderne Methoden sind nötig

Zum Zweiten halten die beiden es für unerlässlich, alle Risikokandidaten kontinuierlich vom Boden und aus dem Weltraum zu überwachen. In diesem Zusammenhang könnte ein spezieller Satellit zur Vulkanbeobachtung, wie er aber nach wie vor nicht existiert, wertvolle Dienste leisten und beispielsweise Bodendeformationen über sich aufwölbenden Magmakammern erfassen oder die Menge des ausge-

worfenen Materials zeitnah ermitteln. Wenn man dafür Satelliten für die allgemeine Erdbeobachtung nutzt, benötigt dies zu viel Zeit.

Zum Dritten sehen Mani und Cassidy die dringende Notwendigkeit, sowohl die Lebensmittelproduktion und -verteilung als auch kritische Infrastrukturen wie Kommunikations- und Energienetze gegen die Auswirkungen von Vulkanausbrüchen zu immunisieren.

Zum Vierten verweisen die Vulkanologen auf die klimatischen Folgen des Aufsteigens großer Mengen von Sulfat-Aerosolen bei Eruptionen: Dies habe in der Vergangenheit stets ein Absinken der globalen Durchschnittstemperatur durch das Absorbieren von Sonnenlicht bewirkt. Also brauche es Mittel und Wege, um den sogenannten vulkanischen Winter auf chemischem Wege zu verhindern. Dazu zähle die Freisetzung ungiftiger Substanzen zur Bindung der Aerosole sowie kurzlebiger teilfluorierter Kohlenwasserstoffe

zwecks Wiedererwärmung der Erdatmosphäre.

Und zum Fünften empfehlen die Autoren auch Methoden des Geo-Engineerings in der direkten Gefahrenzone: Wenn man es schaffe, in die Magmakammer eines vor dem Ausbruch stehenden Vulkans bestimmte Substanzen zu injizieren, welche die Eruptionsexplosivität verringern, wäre das Ergebnis unter Umständen eine deutliche Reduzierung der Schäden. „Das mag unvorstellbar erscheinen, aber das war die Ablenkung von Asteroiden bis zur Gründung des Planetary Defense Coordination Office der US-Weltraumbehörde NASA im Jahre 2016 auch.“

Damit haben die beiden britischen Vulkanologen zweifellos Recht. Deshalb finanziert der Europäische Forschungsrat inzwischen ein entsprechendes Projekt. Allerdings sollten die Wissenschaftler stets auch die möglichen Risiken und Nebenwirkungen solcher brandneuer Verfahren bedenken.

CORONA

Paris erklärt die Pandemie offiziell für beendet

Präsident Macron macht Schluss mit dem Maßnahmen-Karussell – Wohl auch, weil ihm Le Pen im Nacken sitzt

Wer im Südwesten Deutschlands in einen Zug einsteigt, um mit dem TGV die französische Hauptstadt Paris zu besuchen, darf nach dem Erreichen der Grenze des Nachbarlands künftig die FFP2-Maske ablegen. Denn der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat die Corona-Pandemie für beendet erklärt.

Der Leiter der zuständigen Gesundheitsbehörde hat sich in den vergangenen Tagen sogar für die harten Lockdown-Maßnahmen entschuldigt und erklärt, man habe „die Gesundheit über die Menschlichkeit“ gestellt. Nun, nachdem der nationale Gesundheitsnotstand offiziell aufgehoben wurde, kann die Regie-

rung allein keine weiteren Anti-Corona-Maßnahmen verabschieden. Dafür benötigte Macron künftig die Mehrheit im Parlament – und die hat er nicht.

Zudem hat der Präsident andere, größere Baustellen, seit er bei den vergangenen Parlamentswahlen die Mehrheit im Abgeordnetenhaus verlor. Die Verabschiedung des neuen Haushalts? Ungewiss. Die konservativen Republikaner, die bisher einige Male mit Macrons Partei abgestimmt haben, winkten bereits ab. Um einen öffentlichen Stillstand bei den Finanzen zu vermeiden, bietet die französische Verfassung zwar die Möglichkeit, einen Nothaushalt zu verabschieden, doch Kommunisten und Links-

populisten haben bereits einen „heißen Herbst“ für diesen Fall angekündigt. Wortführer Jean-Luc Mélenchon, Chef des Linksbündnisses Nupes, plant Massendemonstrationen und Streiks, mit denen mittlerweile 68 Prozent der Franzosen rechnen.

RN gibt sich kooperationsbereit

Macron hatte unlängst seine Landsleute auf harte Zeiten eingeschworen und „das Ende des Überflusses“ verkündet. Die Arbeitslosenhilfe soll künftig an die Konjunktur gekoppelt werden. Dagegen laufen nicht nur die Linken Sturm. Marine Le Pen, strahlende Siegerin der Parlamentswahlen vom Juni, als ihre Partei

fast 90 Direktmandate erringen konnte, erklärte bereits, sie habe kein Problem, ihren Anhängern eine Teilnahme an den geplanten Demos zu empfehlen.

Die Fraktionsvorsitzende der Rechtspartei Rassemblement National (RN) genießt ihre neue Rolle. Plötzlich ist sie eine angesehene Person des politischen Frankreichs. Knapp zwei Jahre lang trommelte Le Pen mit ihren Truppen gegen die Corona-Maßnahmen. Dass Macron nun das Ende der Pandemie verkündete, werten Beobachter auch als Entgegenkommen gegenüber der erstarkten Le Pen. Denn die fährt zweigleisig. Zwar äußerte sie sich ebenfalls kritisch zu den Reformplänen des Präsidenten, aber nicht in der Radika-

lität wie Mélenchon. Und während dieser auf eine Radikal-Opposition setzt, deutete Le Pen an, in gewissen Punkten im Parlament mit der Partei des Präsidenten zu stimmen.

Viel zu verlieren hat Macron ohnehin nicht mehr, eine erneute Wiederwahl sieht die Verfassung nicht vor. In seiner Partei, die nach wie vor kaum mehr als ein Fanklub des Präsidenten ist, gibt es niemanden, der seine Nachfolge wird antreten können. Konservative und Sozialisten sind zerstritten, Polit-Rabauke Mélenchon ist in fünf Jahren bereits 76. Da bietet es sich für Le Pen an, sich bereits jetzt als Staatsfrau von Format zu inszenieren.

Peter Entinger



UKRAINISCHER UNABHÄNGIGKEITSTAG

Polen und Ukrainer feierten gemeinsam

Traditionelle Speisen, Aufführungen und offizielle Ansprachen – Solidarität mit Soldaten und Flüchtlingen

VON DAWID KAZANSKI

Am 24. August fanden in vielen Städten der Republik Polen, darunter auch in Allenstein, Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag der Ukraine statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung in Allenstein stand die Bühne am ehemaligen O-Bus-Depot und in der direkten Nähe des Museums der Moderne.

Die Stadtbehörden feierten gemeinsam mit dem Verband Zwei Flügel (Dwa Skrzydła) den Jahrestag der Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung mit Aufführungen, Gastvorträgen, Handwerksarbeitsgruppen und einer Kunstausstellung. Die Feierlichkeiten begannen mit Ansprachen. Zu den Rednern gehörten der Stadtpräsident von Allenstein, Piotr Grzymowicz, der stellvertretende Marschall der Woiwodschaft Ermland und Masuren, Miron Sycz, der Vorsitzende der Allensteiner Abteilung des Verbandes der Ukrainer in Polen, Stefan Migus, der Vorsitzende des Ausschusses für nationale und ethnische Minderheiten des Woiwodschaftssekretariats, Jarosław Sloma, der Bischof der griechisch-katholischen Kirche, Arkadiusz Trochanowski, sowie die Organisatorinnen der Veranstaltung vom Verband Zwei Flügel, Tatjana Rewienko und Ludmila Jaszenko.

Worte gegen den Krieg

„Wir sehen, dass die ukrainischen und die polnischen Völker in der Lage sind, zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen. Wir alle wollen, dass dieser schreckliche, vom russischen Aggressor verursachte Krieg, ein blutiger und zerstörerischer Krieg, der auch die Zivilbevölkerung nicht verschont, so schnell wie möglich beendet wird“, sagte Stadtpräsident Grzymowicz. „Ich möchte Ihnen aufrichtig für die Haltung Ihres Volkes, für Ihren Heldennut, für die Verteidigung Ihres Landes und ganz Mittel- sowie Westeuropas danken. Ich wünsche Ihnen, dass Sie diese sowjetische Barbarei so schnell wie möglich besiegen und nach Hause zurückkehren, in ein bereits befreites Land“, wandte sich



Nahe dem Museum der Moderne: Zahlreiche Besucher nahmen an dem Fest teil

Foto: J.T.

Grzymowicz an die ukrainischen Kriegsflüchtlinge. Anschließend ergriff Sycz das Wort.

„Am 24. Juli 1991 war ich in Kiew. Ich habe an allen wichtigen Ereignissen teilgenommen, zum Beispiel an der Orangen Revolution. Ich hätte nie gedacht, dass wir den Unabhängigkeitstag der Ukraine unter solch tragischen Umständen begehen würden. Heute findet in Kiew keine Parade der ukrainischen Truppen statt. Stattdessen sind es zertrümmerte russische Panzer, die ihre totale Niederlage demonstrieren.“

Es folgte eine Rede von Migus, der über die Wohltätigkeitsarbeit sprach, an der er sich beteiligte. „Als wir vor ein paar Wochen in der Ukraine waren, um Wohltätigkeitsarbeit zu leisten, sagte einer der dortigen Dichter Folgendes: ‚Zwischen

Polen und Ukrainern gibt es seit Jahrhunderten Unterschiede. Wir müssen uns daran erinnern, wie die Geschichte war, aber wir dürfen sie nicht als Geisel wahrnehmen. Man muss in die Zukunft blicken. Unsere Nationen waren früher wie zwei Ströme, aber diese letzten Monate, diese Zeit der Grausamkeit, diese Zeit der Solidarität zwischen uns, haben dazu geführt, dass unsere Nationen wie ein großer, reißender Fluss geworden sind. Wünschen wir der Ukraine und Polen, dass beide Länder in einem freien, geeinten Europa ihren Platz mit Würde einnehmen“, sagte der Vorsitzende der Allensteiner Abteilung des Verbandes der Ukrainer in Polen.

Das anschließende Konzert ukrainischer Künstler wurde von Filmvorführungen über die Ukraine, ihre Natur und ihre Denkmäler sowie von einer Ausstellung

ukrainischer Künstler begleitet, die die Kultur ihres Landes präsentierten.

Traditionelles und Unterhaltendes

Darüber hinaus konnte man an eigens dafür eingerichteten Ständen traditionell handgefertigte Hemden, Fahnen und Andenken kaufen. Die Kinder nahmen an einer Werkgruppe teil, in der sie lernten, wie man die ukrainischen Tuchpuppen herstellt. Auch für die Kleinen gab es Attraktionen in Form von Gesichtsbemalung und Seifenblasen. Außerdem konnte man gegen eine Spende Süßigkeiten und ukrainische Piroggen probieren.

Organisationen, die sich für die Soldaten in der Ukraine und für die Flüchtlinge einsetzen, riefen dazu auf, nicht zu vergessen, dass noch immer Hilfe benötigt werde und baten um Geld- und Sachspenden.

ALLENSTEIN

Regenbogenfarben auf den Straßen der „Stadt der Toleranz“

600 Menschen nahmen am Gleichstellungsmarsch „Wir sind eins“ teil – Gegner der LGBT-Lobby standen am Rathaus

Eine „Bunte Parade“ sei eine Gelegenheit, den Menschen Gehör zu schenken, die in der Republik Polen tagtäglich mit Diskriminierung und Ausgrenzung konfrontiert seien, erklärten die Organisatoren des Allensteiner Gleichstellungsmarsches und fügten hinzu, dass sie mit ihrer Teilnahme an der farbenfrohen Demonstration die Gleichstellung aller Menschen fordern, unabhängig von sexueller Orientierung, Geschlecht, Behinderung, Aussehen, Herkunft, Vermögen oder Alter.

Rund 600 Menschen nahmen am zweiten Gleichstellungsmarsch unter dem Motto „Wir sind eins“ teil, der am dritten August-Wochenende durch Allenstein führte. Der Marsch begann am Moltkeplatz, wo die Teilnehmer mehreren Reden zuhörten. Wie die Mitorganisatorin des Treffens, Emilia Bartkowska-Młynek, sagte, sollte das diesjährige Motto zeigen, dass sich die Menschen trotz ihrer Anschau-

ungsunterschiede zusammenschließen müssten. Sie forderte dazu auf, angesichts von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine

und einer Situation, in der Politiker gegen weitere gesellschaftliche Gruppen hetzten, Einigkeit zu zeigen. Der Marsch führte

unter Musikbegleitung durch die Kopernikusstraße, die Kleebergerstraße und die Wilhelmstraße in die Altstadt. Die Teilnehmer skandierten Sprüche wie „Liebe, Gleichheit, Toleranz“, „Mein Körper, meine Sache“ und „Allenstein – eine Stadt der Toleranz“. Viele der originell und bunt gekleideten Teilnehmer trugen Regenbogenflaggen und Transparente mit Parolen zur Gleichberechtigung: „Liebe ist keine Sünde“, „Ich liebe es, wer ich bin“ oder „Schluss mit der Intoleranz“. Der Marsch wurde von der Polizei gesichert.

Rosenkranz gegen LGBT

Die Teilnehmer zogen am Allensteiner Rathaus vorbei, wo mehrere Personen mit Transparenten gegen die „LGBT-Lobby“ und mit Transparenten gegen Abtreibung standen. Andere Personen beteten den Rosenkranz. Die Polizei berichtete, dass es zwischen den gegnerischen Gruppen zu

keinen Zwischenfällen gekommen sei. Die Beteiligten sind der Überzeugung, dass die Schaffung einer gemeinsamen Stimme bei aller Unterschiedlichkeit ein echter Schritt zur Verwirklichung der Gleichstellung in der Republik Polen sein wird. Sie bemühen sich um mehr Akzeptanz in den lokalen Gemeinschaften und betonen, dass das Zusammenleben in der Gesellschaft auf der Vielfalt aller Menschen, ihren unterschiedlichen Fähigkeiten, Erfahrungen und Identitäten beruht.

Aus diesem Grund setzt sich die Bewegung der marschierenden Städte, an der sich mehrere polnische Metropolen beteiligen, für eine stärkere Beteiligung nicht heteronormativer Menschen an der Mehrheitsgesellschaft ein, ungeachtet der Tatsache, dass die angeschlossenen Menschen nicht den konservativen, von der Öffentlichkeit allgemein anerkannten Gesellschaftsmodellen entsprechen. D.K.



Im Zentrum von Allenstein: Teilnehmer des Gleichstellungsmarschs

Foto: D.K.

MELDUNGEN

Historische Pfeifen

Preußisch Holland – Gebaut wurde sie vor über 300 Jahren, von 1717 bis 1719, doch ihr ungewöhnlicher Klang bezaubert bis heute. Die Rede ist von der Orgel in der Bartholomäus-Kirche in Preußisch Holland. Sie ist ein Werk der Danziger Schule und die einzige aus der Barockzeit, die sich der Originalpfeifen und eines originalen Mechanismus rühmen kann. Seit der Restaurierung des Instruments in den Jahren 2010 bis 2013 durch die Dresdner Orgelwerkstatt Wegscheider findet jährlich der nach dem Erbauer des Werks Andreas Hildebrandt benannte Orgelwettbewerb statt, an dem Künstler aus aller Welt teilnehmen. Zum diesjährigen 10. Preußisch Holländischen Festival der Orgelmusik waren in einer Orgelnacht die Preisträger der letztjährigen Ausgabe des Wettbewerbs zu hören. Das letzte Konzert des Festivals findet am 10. September zur 725-Jahr-Feier der Verleihung der Stadtrechte an Preußisch Holland statt. U.H.

Grundsteine entdeckt

Königsberg – Bei der Renovierung des ehemaligen jüdischen Waisenhauses in der Lindenstraße in Königsberg wurden Grundsteine aus den Jahren 1761 und 1763 gefunden. Wie Gouverneur Anton Alichanow mitteilte, wurde das ehemalige Waisenhaus auf alten Fundamenten eines Lagerhauses errichtet. Das dreistöckige Gebäude des jüdischen Waisenhauses mit Abendschule entwarf der Architekt Friedrich Heitmann. Es wurde in den Jahren 1904 und 1905 erbaut. In der „Reichskristallnacht“ von 1938 und später im Zweiten Weltkrieg wurde das Gebäude beschädigt. Heute ist es als Kulturdenkmal von regionaler Bedeutung anerkannt. Im vergangenen Jahr wurde beschlossen, das Äußere des ehemaligen Waisenhauses seinem historischen Aussehen anzunähern. MRK

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Wunderlich, Hedwig, geb. **Baginski**, aus Willuhnen, Kreis Neidenburg, am 14. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Krause, Hans, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 13. September
Meyhöfer, Prof. Wolfgang, aus Wehlau, am 13. September
Wiele, Ida, geb. **Klein**, aus Mohrunen, am 11. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kraft, Elsa, geb. **Prenzel**, aus Tapi-
 au, Kreis Wehlau, am 12. September
Plewka, Elfriede, geb. **Sczech**, aus
 Stettenbach, Kreis Lyck, am 9. Sep-
 tember
Schmitt, Gerda, geb. **Brodowski**,
 aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am
 10. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bokemeyer, Marianne, geb.
Wolff, aus Paterswalde, Kreis
 Wehlau, am 15. September
Kobbe, Ruth, geb. **Ruppenstein**,
 aus Noiken, Kreis Elchniederung,
 am 14. September
Münter, Ruth, geb. **Naujokat**, aus
 Lyck, am 11. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brunswick, Bruno, aus Langhei-
 de, Kreis Lyck, am 11. September
Gierke, Ruth, geb. **Möller**, aus
 Wehlau, am 9. September
Wlost, Herta, aus Plötzendorf,
 Kreis Lyck, am 9. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kownatzki, Willi, aus Dreimühl-
 len, Kreis Lyck, am 15. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bandlow, Meta, geb. **Hensel**,
 Kreisgemeinschaft Wehlau, am
 11. September
Brandt, Gisela, geb. **Böttcher**, aus
 Mohrunen, am 9. September

Hinweis

**Alle auf den Seiten
 „Glückwünsche“ und
 „Heimat“** abgedruckten
 Glückwünsche, Berichte
 und Ankündigungen werden
 auch ins Internet gestellt.
 Der Veröffentlichung kön-
 nen Sie jederzeit widerspre-
 chen.
 Landsmannschaft Ostpreu-
 ßen e.V., Buchtstraße 4,
 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinkle, Lore, geb. **Szeimies**, aus
 Inse, Kreis Elchniederung, am
 15. September

Hobrack, Ilse, geb. **Neumann**, aus
 Reimannswalde, Kreis Treuburg,
 am 10. September

Pfeffer, Fritz, aus Klein Nuhr,
 Kreis Wehlau, am 11. September
Slaby, Annemarie, geb. **Kastell**,
 aus Rumeiken, Kreis Lyck, am
 9. September
Wrage, Eva, geb. **Jakubzig**, aus
 Lyck, Bismarckstraße 19, am
 11. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bleck, Hanna, aus Lyck, am
 14. September

Dabow, Waltraud, aus Rostken,
 Kreis Lyck, am 15. September

Dudda, Gert, aus Tapi-
 au, Kreis Wehlau, am 14. September

Gritzka, Waldemar, aus Lyck, Bis-
 marckstraße 15, am 12. September

Kensy, Artur, aus Eckwald, Kreis
 Ortelsburg, am 10. September

Krause, Hedwig, geb. **Janzick**,
 aus Lyck, am 10. September

Sawatzki, Adele, geb. **Richter**, aus
 Seebrücken, Kreis Lyck, am 13. Sep-
 tember

Schütt, Paul, aus Ortelsburg, am
 10. September

Vogt, Ruth, geb. **Wallesch**, aus
 Mensguth, Kreis Ortelsburg, am
 13. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Göbel, Manfred, aus Adlig Lin-
 kuhnen, Kreis Elchniederung, am
 15. September

Hoffmann, Erika, geb. **Tarnow-
 sky**, aus Friedrichsdorf, Kreis
 Wehlau, am 15. September

Holstein, Margarete, geb. **Re-
 kindt**, aus Craam, Kreis Fischhau-
 sen, am 15. September

Kolberg, Alfred, aus Blumstein,
 Kreis Preußisch Eylau, am 10. Sep-
 tember

Nielsen, Brunhilde, aus Neuen-
 dorf, Kreis Lyck, am 14. September

Poguntke, Irmgard, geb. **Lel-
 lesch**, aus Neidenburg, am 11. Sep-
 tember

Rinio, Heinz, aus Rogallen, Kreis
 Lyck, am 15. September

Salamon, Günter, aus Kölmers-
 dorf, Kreis Lyck, am 12. September

Uhlich, Elisabeth, geb. **Sender**,
 aus Paterschobensee, Kreis Ortels-
 burg, am 14. September

Winkler, Sigrid, aus Finsterdame-
 rau, Kreis Ortelsburg, am 10. Sep-
 tember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bartsch, Siegmund, aus Danzig
 und Blumstein, Kreis Preußisch
 Eylau, am 13. September

Eckweiler, Lisbeth, geb. **Voß**, aus
 Liska-Schaaken, Kreis Fischhau-
 sen, am 10. September

Gayk, Erich, aus Großseedorf, Kreis
 Neidenburg, am 15. September

Holzwarth, Else, geb. **Heise**, aus
 Dankfelde, Kreis Lötzen, am
 10. September

Müller, Anneliese, geb. **Barwig**,
 aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am
 12. September

Plickat, Erwin, aus Ebenrode, am
 14. September

Rößling, Gerda, geb. **Marr**, aus
 Leißnien, Kreis Wehlau, am
 13. September

Sadlowski, Helmut, aus Fried-
 richshof, Kreis Ortelsburg, am
 13. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Braun, Günter, aus Lötzen, am
 13. September

Brettschneider, Herta, geb. **Som-
 mer**, aus Canditten, Kreis Preu-
 ßisch Eylau, am 14. September

Dopp, Brigitte, geb. **Denzer**, aus
 Dreimühlen, Kreis Lyck, am
 14. September

Eckerth, Gerda, geb. **Kristandt**,
 aus Kalaushöfen, Kreis Fischhau-
 sen, am 9. September

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Zusendungen für die Ausgabe 38/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der
 Ausgabe 38/2022 (Erstverkaufstag 23. September) **bis spätes-
 tens Dienstag, den 13. September**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **star-
 ke Gemeinschaft**, jetzt und
 auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder
 kommen wenigstens alle drei
 Jahre zur **Wahl eines Dele-
 gierten** zur Ostpreußischen
 Landesvertretung (OLV), der
 Mitgliederversammlung der
 Landsmannschaft Ostpreußen,
 zusammen. Jedes Mitglied hat
 das Recht, die **Einrichtungen**
 der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu
 nehmen.
 Sie werden regelmäßig über die
 Aktivitäten der Landsmann-
 schaft Ostpreußen e.V. **infor-
 miert** und erhalten **Einladun-
 gen** zu Veranstaltungen und Se-
 minaren der LO. Ihre Betreuung
 erfolgt direkt durch die Bundes-
 geschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zur-
 zeit 60,- Euro. Den Aufnahme-
 antrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Lands-
 mannschaft – www.ostpreu-
 sen.de – heruntergeladen. Bitte
 schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter
 Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

ANZEIGEN

Ostpreußen

Jubiläum

25. Landestreffen
Mecklenburg-Vorpommern

in

Schwerin



Sonnabend, 24. September 2022

10 bis 17 Uhr

Sport- und Kongresshalle

19059 Schwerin, Wittenburger Str. 118

Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind an Extra-Tischen ausgeschildert.
 Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliche Wohl
 und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Ihre Verwandten und Freunde
 informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto bei:

**Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe M-V
 Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam**

Elbe, Werner, aus Klemenswalde,
 Kreis Elchniederung, am 13. Sep-
 tember

Gehrmann, Alfred, aus Boyden,
 Kreis Mohrunen, am 15. Sep-
 tember

Jacobi, Irmgard, geb. **Peter**, aus
 Tapi-
 au, Kreis Wehlau, am 9. Sep-
 tember

Kasperowitz, Ruth, geb. **Waschk**,
 aus Freiort, Kreis Lötzen, am
 14. September

Kraschner, Lothar, aus Pregels-
 walde, Kreis Wehlau, am 9. Sep-
 tember

Ledergerber, Elly, geb. **Brenk**,
 aus Leißnien, Kreis Wehlau, am
 12. September

Piesker, Waltraut, geb. **Wittrien**,
 aus Groß Hubnicken, Kreis Fisch-
 hausen, am 14. September

Rogge, Annemarie, geb. **Babrow-
 ski**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am
 13. September

Rosemeier, Lucie, geb. **Haus-
 mann**, aus Eydtkau, Kreis Ebenro-
 de, am 10. September

Ruge, Elfriede, geb. **Muschlien**,
 aus Rauschen, Kreis Fischhausen,
 am 15. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Beling, Traute, geb. **Crispin**, aus
 Auerbach, Kreis Wehlau, am
 9. September

Bluschke, Hubert, aus Kucker-
 neese, Kreis Elchniederung, am
 12. September

Brüggemann, Ursula, geb. **Stob-
 be**, aus Schwanensee, Kreis Elch-
 niederung, am 13. September

Dorin, Grete, geb. **Werner**, aus
 Seubersdorf, Kreis Mohrunen, am
 14. September

Ekruth, Horst, aus Gerswalde,
 Kreis Mohrunen, am 14. September

Flügel, Anneliese, geb. **Loeffler**,
 aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am
 9. September

Herrmann, Rudi, aus Königsberg/
 Ponarth, am 7. September

Kanak, Gerda, geb. **Zirkel**, aus
 Magdalenz, Kreis Neidenburg, am
 10. September

Kupczyk, Emmie, geb. **Stadie**, aus
 Dorschen, Kreis Lyck, am 13. Sep-
 tember

Link, Erna, geb. **Kalinski**, aus
 Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am
 12. September

Plotz, Waltraut, geb. **Bogdan**, aus
 Bartendorf, Kreis Lyck, am 13. Sep-
 tember

Saunus, Werner, aus Schornin-
 gen, Kreis Elchniederung, am
 13. September

Scheuer, Ingrid, geb. **Erdmann**,
 aus Trankwitz, Kreis Fischhausen,
 am 13. September

Schwarz, Eva, geb. **Salomon**, aus
 Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. Sep-
 tember

Sebode, Irmgard, geb. **Przetak**,
 aus Mohrunen, am 9. September

Willamowski, Klaus, aus Kleinko-
 sel, Kreis Neidenburg, am 14. Sep-
 tember

ZUM 85. GEBURTSTAG
Hellmick, Walter, aus Groß Pon-
 nau, Kreis Wehlau, am 12. Sep-
 tember

Lehmann, Margot, geb. **Staffaldt**,
 aus Knäblacken, Kreis Wehlau, am
 11. September

Nowotsch, Waldemar, aus Wal-
 lenrode, Kreis Treuburg, am
 14. September

Preuss, Günter, aus Kolteney, Kreis
 Mohrunen, am 10. September

Schon, Jörg, aus Stadtfelde, Kreis
 Ebenrode, am 12. September

Schulz, Hildegard, aus Lenzen-
 dorf, Kreis Lyck, am 14. September

Schwarz, Bruno, aus Groß Hans-
 walde, Kreis Mohrunen, am
 15. September

Schwarz, Werner, aus Blumental,
 Kreis Lyck, am 13. September

Wachnowski, Heinz, aus Königs-
 dorf, Kreis Mohrunen, am 12. Sep-
 tember

Woweries, Uwe, aus Reimannswal-
 de, Kreis Treuburg, am 13. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Fricke, Barbara, geb. **Zipprich**,
 aus Tapi-
 au, Kreis Wehlau, am
 12. September

Holtz, Doris, geb. **Preiß**, aus Tapi-
 au, Kreis Wehlau, am 12. September

ZUM 75. GEBURTSTAG
Brüning, Waltraud, geb. **Schmelz**,
 aus Hainau, Kreis Ebenrode, am
 12. September

Lossow, Peter von, Landsmann-
 schaft, Kreisgruppe Hof, am 6. Sep-
 tember

Tuschewski, Wilfried, aus Moti-
 ten, Kreis Mohrunen, am 13. Sep-
 tember

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

23. bis 25. September: Ge-
 schichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestref-
 fen Mecklenburg-Vorpommern
 der LO-LG M-V in Schwerin
10. bis 16. Oktober: Werkwo-
 che in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung
 der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis)
 in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreu-
 ßische Landesvertretung (ge-
 schlossener Teilnehmerkreis) in
 Wuppertal

5. bis 8. November: Kulturhis-
 torisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der
 Bundesgeschäftsstelle der
 Landsmannschaft Ostpreußen,
 Buchtstraße 4,
 22087 Hamburg
 Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de,
 Internet: www.ostpreussen.de/
 lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Historisches Seminar über Ostpreußen in Helmstedt

Stationen der ostpreußischen Geschichte, Teil 7

lautet das Thema des diesjährigen Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen vom 23. bis zum 25. September in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt.

Auf dem Programm des Wochenendseminars stehen Vorträge über archäologische Bodenfunde in Ostpreußen, über die Außenpolitik des Deutschen Ordens, über die Lebenswelten der Grafen von Lehndorff, über die

Entwicklung Königsbergs zur Großstadt, über Agnes Miegels Salzburger Vorfahren, über das Attentat auf den polnischen Vizekonsul Ripa in Allenstein und über das Königsberger Diakonissenmutterhaus der Barmherzigkeit in Wetzlar.

Referenten sind Dr. Andreas Borm, Dr. Gaby Huch, Dr. Christoph Jahn, Dr. Marianne Kopp, Dr. Sebastian Kubon, Henriette Piper und Dr. Jürgen W. Schmidt.

Die Seminargebühr beträgt 90,- Euro bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Für Einzelzimmer ist ein Zuschlag von 10,- Euro pro Nacht zu entrichten.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen bei der Landsmannschaft Ostpreußen Dr. Sebastian Husen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg oder unter Telefon (040) 414008-23; Fax (040) 414008-48; E-Mail: husen@ostpreussen.de



der Poesie (1605 in Memel – 1659 in Königsberg)“. Gemeinsames Mittagessen um 12.30 Uhr. Die Tagung endet nach dem gemeinsamen Abendessen gegen 18 Uhr.

Tagung der Landesfrauen

Stuttgart – Sonntag, 18. September, 9.30 Uhr, Hotel Wartburg, Stuttgart, Langestraße 49: Landesfrauen Tagung. Nach dem „Wort zum Sonntag“ von Irma Barraud folgen die Berichte der kulturellen Frauenarbeit in Baden-Württemberg. Anschließend folgt ein Vortrag von Uta Lüttich „Käthe Kruse – die Puppenmutter der Nation. Gemeinsames Mittagessen um 12.30 Uhr.

Tag der Heimat

Stuttgart – Sonntag, 18. September, 14 Uhr, Liederhalle: Tag der Heimat mit reichhaltigem Programm, Festredner Rainer Wieland MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Treffen und Mauerbau

Hof – Sonnabend, 10. September, 15 Uhr, Jahnheim: Treffen zum Thema „Wie man in Ostpreußen schabbert“.

Auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 wurde von den „Großen Drei“, vertreten durch den britischen Premier Winston Churchill, den US-Präsidenten Harry S. Truman und den sowjetischen Diktator Josef Stalin, beschlossen, das besiegte Deutsche Reich gemeinsam zu verwalten. Das Land wurde in Besatzungszonen und seine Hauptstadt Berlin in Sektoren aufgeteilt. Die Siegermächte

sollten ihre Territorien eigenständig verwalten und übergeordnete Fragen gemeinsam in einem Kontrollrat in Berlin entscheiden. Durch die unterschiedlichen Weltanschauungen zerfiel das Bündnis rasch und Deutschland besser: Europa wurde, wie Churchill formulierte, durch den Eisernen Vorhang in Ost und West geteilt. Die ehemalige Reichshauptstadt war in vier Sektoren aufgeteilt. Hier waren die drei Siegermächte sowie Frankreich gezwungen, besonders eng zusammenzuarbeiten. Doch schon bald kam es zu Konflikten. Die Freizügigkeit des Personenverkehrs innerhalb der Stadt wurde von der Teilung Berlins in einen West- und Ostteil 1948 nicht berührt, jedoch verbot die DDR-Regierung 1952 den Bewohnern Westberlins das Betreten des Staatsgebietes der DDR. Immer wieder versuchte die Sowjetunion, den Viermächtestatus von Berlin in Frage zu stellen, das aber außerhalb des Staatsgebietes der DDR lag. Schon 1946 bei den ersten freien Wahlen in Berlin zeigte sich deutlich die Haltung der Sowjets. Sie verweigerten dem gewählten Oberbürgermeister Ernst Reuter die Bestätigung. Ein Jahr später widersetzten sie sich der Lösung des Währungsproblems in Berlin und reagierten mit einer totalen Blockade der Stadt. Durch die Versorgung der Bevölkerung durch die Luftbrücke wurden die Sowjets im Mai 1946 zum Einlenken gezwungen. Auch in der zweiten Berlinkrise zwischen 1958 und 1961, die durch die verstärkte Zunahme der Fluchtbewegung aus der sowjetischen Besatzungszone verursacht wurde, hielten die drei Westmächte am Viermächtestatus Berlins fest. In der Nacht vom 12. zum 13. August 1961 war es dann soweit: Das Brandenburger Tor, Symbol der offenen deutschen Frage, lag schlagartig im Dunkeln. Um die drei westlichen Sektoren Berlins marschierten in diesen Minuten bewaffnete DDR-Kräfte auf. Sie sperrten die etwa 80 offiziellen Übergänge und zogen über Stra-

ßen, durch Ruinengrundstücke und Parks Stacheldraht. Eine Dreiviertelstunde später war ganz West-Berlin abgesperrt. Der Westen wurde durch den Mauerbau überrumpelt. Die drei Schutzmächte sahen in der Abriegelung lediglich eine Festschreibung der politischen Realität. Allerdings achteten die USA peinlich genau darauf, dass ihre Rechte nicht angetastet wurden. Unabdingbar waren die Präsenz der Alliierten in West-Berlin, freie Zugangswege von und nach West-Berlin sowie die Selbstbestimmung der West-Berliner. Die Deutschen aber waren nicht bereit, die Absperrung zu akzeptieren. Durch Intervention des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt verstärkten die Alliierten ihre militärischen Kräfte und zeigten auch durch Panzer ihre Präsenz. Aber die Mauer blieb. Offiziell geregelt wurde der durch den Mauerbau radikal veränderte Status von Berlin erst 1972 im Viermächteabkommen.

Der Bau der Mauer spaltete nicht nur Berlin, er trennte auch Familien und Freunde. In den ersten Tagen hatte die Absperrung der Demarkationslinie noch Lücken. Tausende Ost-Berliner nutzten diese Chance. Viel schwieriger wurde die Flucht, als vom 15. August 1961 an eine Sperre aus Beton- und Ziegelsteinen die Stacheldrahtverhaue in der Innenstadt ersetzte. Bis zum 23. August 1961 durften West-Berliner mit ihren Personalausweisen in den Ost-Teil fahren. Danach unterband das SED-Politbüro diese Möglichkeit, weil viele Ostdeutsche mit geschmuggelten Ausweisen die DDR verließen. In den nächsten zweieinhalb Jahren war die Trennung der Menschen fast total. Nur Briefe und Telegramme kamen noch durch, stets streng kontrolliert und oft mit tagelanger Verspätung. Bis zum Herbst 1961 gab es noch erfolgreiche Fluchtbewegungen durch Abwasserkanäle und gut koordinierte Massenflucht-

Fortsetzung auf Seite 16



Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luetlich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

Historiker-Workshop

Landesgruppe – Am Freitag, den 19. August haben sich die neuen Mitglieder der mittleren Generation zum wiederholten Mal virtuell zusammengefunden. Geschichtliche und familiäre Bindungen sind der Beweggrund der meisten Teilnehmer gewesen, sich für Ostpreußen zu engagieren. Es wurden weitere Treffen geplant, unter anderem wird die Gruppe am Historiker-Workshop „Ostpreußen – nach 1945?“ in Stuttgart vom 21. bis 23. Oktober teilnehmen. Langfristig ist auch eine Fahrt nach Ostpreußen geplant. Wer Lust hat sich der jungen Ostpreußengruppe anzuschließen meldet sich einfach per E-Mail: a.borm@low-bw.de. Jeder ist herzlich willkommen.

Vortrag

Stuttgart – Sonnabend, 10. September, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Vortrag von Andreas Borm: „Königsberg i.Pr. – eine moderne Großstadt in der Weimarer Republik“. Wir laden Sie herzlich zur zweiten Veranstaltung unserer diesjährigen Vortragsreihe ein.

Die innerhalb des Kaiserreiches geographisch etwas abgelegene ostpreußische Provinzialhauptstadt Königsberg erfuhr in den Jahren der Weimarer Republik plötzlich eine neue Aufmerksamkeit durch die Reichsregierung in Berlin und damit auch eine enorme Entwicklung. Neue Stadtviertel im Norden entstanden, der Fremdenverkehr wurde entwickelt, ein Zivilflughafen gebaut, die Hafenanlagen vollständig erneuert und mit dem Hansaplatz ein neues, zweites Stadtzentrum errichtet. Etliche architektonische Zeugnisse aus dieser Zeit werden auch heute noch in Königsberg (Kaliningrad) entsprechend genutzt. Viele Erneuerungen, auch der 1924 gegründete Ostmarkenrundfunk, wurden unter dem Dach der Deutschen Ostmesse zusammengefasst, die dem Bestreben Ausdruck verlieh, wieder an den alten deutsch-russischen Handels-

beziehungen anzuknüpfen und die Wirtschaftskraft Königsbergs und Ostpreußens zu stärken.

Der Vortrag diskutiert diese Entwicklungen unter der Fragestellung, inwiefern Königsberg hierbei als eine moderne Großstadt in der Weimarer Republik bezeichnet werden kann.

Der Eintritt ist frei, über eine Spende freuen wir uns.

Landesdelegiertentagung

Stuttgart – Sonnabend, 17. September, 10 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart: Landesdelegiertentagung mit Berichten aus der Arbeit des Landesvorstands, Kassenbericht, Entlastung und Wahl. Ein wichtiger TOP ist die Satzungsänderung. Nach dem gemeinsamen Mittagessen findet die Landeskulturtagung statt.

Landeskulturtagung

Stuttgart – Sonnabend, 17. September, 14.30 Uhr, Hotel Wartburg, Stuttgart, Langestraße 49: Landeskulturtagung mit einem Vortrag des Bundesvorsitzenden der AdM Uwe Jurgsties „770 Jahre Memel“. Ab 16 Uhr folgt ein Vortrag von Uta Lüttich „Simon Dach – Ein Leben

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

LANDESGRUPPEN

Fortsetzung von Seite 15

ten durch zuvor zerschnittene Drahtverhaue. In den folgenden Jahren wurden die Grenzabsper- rungen perfektioniert. In Berlin Mitte entstanden erste massive Mauern. Die Gebäude entlang der Mauer wurden geräumt und später abgerissen, um freies Schussfeld zu schaffen. Ausreisearträge für eine Übersiedlung wurden häufig abge- lehnt und hatten Nachteile im Be- ruf sowie Repressionen durch die Stasi zur Folge. So blieb für viele nur die Flucht. Die Gründe waren vielfältig: politische Unterdrückung und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, aber auch der Wunsch nach Familienzusammenführung gehörten dazu. Mannigfaltig waren auch die Fluchtwege. Sie führten mit schweren Fahrzeugen direkt durch die Sperranlagen, durch Tunnel, über die Ostsee oder durch die Luft mit Heißluftballon oder Flugzeug. Viele setzten sich mit gefälschten Pässen über das benachbarte sozialistische Ausland ab oder wurden in Kofferräumen über die Grenze geschmuggelt. Die Mehrheit der Republikflüchtigen bildeten jedoch die Verbleiber, die- jenigen, die von einem West-Besuch nicht zurückkehrten. Die Zahl der gescheiterten Fluchtversuche ungleich höher als die der Erfolge.

Christian Joachims interessante Ausführungen wurden durch private Erlebnisse des Vorsitzen- den und der Anwesenden mit der persönlich erlebten Geschichte verknüpft und dadurch intensiv erlebbar gemacht. Noch lange saßen die Mitglieder zusammen und tauschten sich zum Thema aus.



Brandenburg

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebe-ner Chaussee-straße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

Gemeinsam mit TOLKEMITIA

Potsdam – Sonnabend, 17. September, 14 Uhr, Kleiner Sitzungs- raum, Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (HBPG), Am Neuen Markt 9, 14467 Pots- dam: Der Vorstand der LO-Landes- gruppe Brandenburg lädt zu Vor- trägen in einer Gemeinschafts- veranstaltung mit der Prußen-Stif- tung TOLKEMITA sowie Mitglie- der zur Mitgliederversammlung ein mit folgender Tagesordnung:

- 13.30 Uhr: Öffnung der Räumlichkeiten, 14 Uhr: Mitgliederver- sammlung der LO-Landesgruppe Brandenburg e.V., 1. Begrüßung, 2. Beschlussfähigkeit, Annahme der Tagesordnung, 3. Vorträge, 3.1 Das Hauptgestüt Trakehnen im Kreis Ebenrode (Stallupönen) in Ostpreußen, 3.2 Filmvorführung „Verlorene Heimat im Gepäck“, 4. Gedankenaustausch bei Kaffee und Kuchen, 5. Feststellung der Anwesenden und Beschlussfähig- keit, 6. Tätigkeitsbericht des Vor- stands, 7. Bericht des Schatzmeis- ters, Jahresrechnungen 2020 und 2021, 8. Berichte der Rechnungs- prüferin, 9. Aussprache, Entlas- tung des Vorstands, 10. Wahlen, 10.1 Wahlleiter und Wahlhelfer, 10.2 Vorstand (Vorsitzender, stell- vertretender Vorsitzender, Schatz-

meister, Schriftführer), 10.3 Kas- senprüfer, 11. Vorhaben der Lan- desgruppe, 12. Verschiedenes, En- de der Veranstaltung gegen 17 Uhr. Anträge an die Mitgliederver- sammlung sind bis zum 13. Sep- tember dem Vorstand zu übersen- den.

Vor Beginn der Versammlung wird der Besuch der „Ausstellung Garnisonkirche Potsdam“ in der nahegelegenen Nagelkreuzkapelle (fußläufig etwa drei Minuten) empfohlen. Verschaffen Sie sich selbst ein Bild über den Wieder- aufbau, eine Baustellenführung ist nicht möglich.

Im Anschluss an die Versamm- lung kann kostenfrei die Branden- burg Ausstellung im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Ge- schichte als dem zentralen Ort für brandenburgische Kultur und Ge- schichte besichtigt werden.



Nordrhein- Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzende: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schuma- cher Schriftführerin: Elke Ruhn- ke, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ost- preussen-NRW.de, Internet: Ost- preussen-NRW.de

Treffen

Essen – Freitag, 16. September, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfs-straße 51, 45144 Essen: Wie war die Sommerpause? Was ist in der Welt geschehen?



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz- agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Hoyerswerda – Sonntag, 11. Sep- tember, 11 Uhr, außerschulische Bildungs- und Begegnungsstätte „Transferraum Heimat“, Werming- hoffs-straße 11, 02977 Hoyerswerda / OT Knappenrode: Sächsischer Ge- denktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Zwangsumsied- lung. Die Festrede wird die Sächsi- sche Sozialministerin, Petra Köp- ping, halten. In diesem Rahmen erfolgt auch die feierliche Überga- be des von der sächsischen Stif- tung „Erinnerung Begegnung Inte- gration“ jährlich ausgelobten „Zu- kunftErbe-Preis“ gemeinsam mit dem Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für Vertriebene und Spätaussiedler, Jens Baumann.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Monatstreffen

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 13. September, 15 Uhr, Haus im Stadtpark, Burg: Monatstreff der Landsmannschaft „Ost-, West- preußen und Danzig“ nach der Sommerpause.

Michael Kirchner aus Burg wird an diesem Nachmittag aus seiner erweiterten Neuausgabe „Fast al- les über Fehmarn – ein charmantes Sammelsurium“ den Mitgliedern und Gästen, alle sind herzlich ein- geladen, daraus vorlesen.

Brigitte Christensen

Vereinigte Landsmannschaf- ten Flensburg e.V.

Flensburg – Mittwoch, 14. Septem- ber, 15 Uhr, TSB-Heim: Kaffeetafel, anschließend geänderter Vortrag von Landsmann Hermann Welk über „Patientenverfügung und Vor- sorgevollmacht“.

Michael Weber

Musealisierung von Heimatstuben und Heimat- sammlungen – Tagung des MVNB in Kooperati- on mit dem BKGE

Oldenburg – Mittwoch, 21. September, bis Freitag, 23. September, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE), Johann-Justus- Weg 147a (3. Etage), 26127 Oldenburg. Die Veranstaltung wird im Live-Stream übertragen. Die Zugangsdaten werden rechtzeit- ig unter www.mvnb.de veröf- fentlicht.

Heimatstuben sind Sammlungs- und Begegnungsstätten mit Be- zug zur Lokalgeschichte. Die Heimatsammlungen der Flücht- linge, Vertriebenen und Aus- siedler*innen stellen eine Son- derform der Heimatstube dar, die in der BRD seit den 1950er Jahren entstanden ist. Im Zuge des demographischen Wandels nimmt der Anteil jener, die diese Heimatstuben aktiv nutzen, stetig ab, während sich auf der anderen Seite die Sammlungen zunehmend durch die Abgabe von Nachlässen vergrößern. Viele können den Betrieb ihrer

Heimatstuben nicht mehr auf- rechterhalten.

Die Abschluss- tagung des vom Museumsverband für Nieder- sachsen und Bremen e. V. (MVNB) getragenen Projekts „Herkunft.Heimat.Heute“ fragt nach den Transformationspoten- tialen dieser Erinnerungsins- titutionen.

Wie kann es gelingen, ihre kul- turhistorisch bedeutsamen Ob- jekte als Teil des kollektiven Ge- dächtnisses an andere Institutio- nen zu überführen? Wie lassen sich Flucht und Vertreibung in Folge des Zweiten Weltkrieges in Ausstellungen darstellen? Wie kann ein historisch angemesse- ner, gesellschaftlich akzeptabler Konsens zwischen verschiede- nen Narrativen gefunden wer- den? Ist eine Erinnerung an das Schicksal der deutschen Flücht- linge, Vertriebenen und Aus- siedler*innen auch auf transna- tionaler und europäischer Ebe- ne möglich?

Rätsel

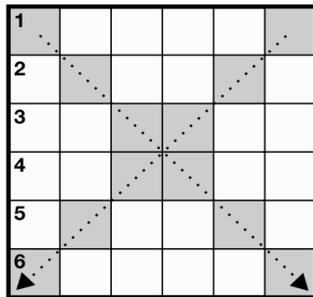
Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 9x9 Sudoku puzzle and a 6x6 Kreiskette puzzle.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



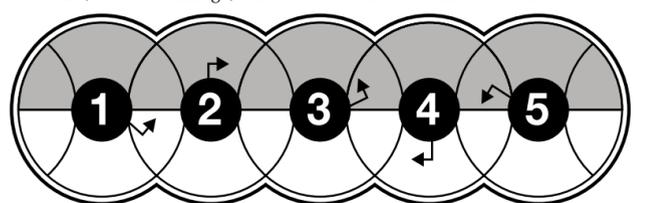
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Kleidungsstücke.

- 1 Stadt an der Peene, 2 einzige Ausfertigung, 3 Kupferlegierung, 4 Gesuch, schriftliche Bitte, 5 Name Griechenlands, 6 eine der Kleinen Sundainseln

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für gespartes Geld für schlechte Zeiten.

- 1 an keine Tonart gebunden, 2 Schmuckstein, 3 die zweite Frau des Schahs, 4 Metall-, Gewebeschnur, 5 fromme Gestalt bei Wilhelm Busch



Heimatkreisgemeinschaften



Altenstein-Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach **Gst.:** Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, StadtAllenstein@t-online.de www.heimatsammlungen.de

Allensteiner „auf Schalke“

Gelsenkirchen – Freitag, 16. September, bis Sonnabend, 17. September, Hotel St. Petrus, Propsteikirche und (neu) Bistro AufSchalke: Jahrestreffen.

Nachdem unser 65. Jahrestreffen in den letzten zwei Jahren nicht stattfinden konnte, wollen wir in diesem Jahr gemeinsam mit der Kreisgemeinschaft am Sonnabend, 17. September, ein frohes Wiedersehen feiern. Allerdings werden wir uns nicht wie gewohnt im Schloss Horst treffen, da immer noch kein Pächter für die Gastronomie gefunden wurde und mehrere Versuche unsererseits, einen Caterer für die gastronomische Betreuung zu finden, wegen des logistischen Aufwands scheiterten.

Aber es ist uns gelungen, einen anderen Veranstaltungsort zu finden, der für unsere Zwecke bestens geeignet ist: das Bistro AufSchalke, Parkallee 1, 45891 Gelsenkirchen, das zum Sozialwerk St. Georg gehört. Es liegt in der Nähe der VELTINS-Arena und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Auto gut zu erreichen. Parkplätze sind ausreichend vorhanden. Gastronomisch erwartet uns ein reichhaltiges und preiswertes Angebot an Speisen und Getränken, sodass wir uns dort sicher wohlfühlen werden.

Der Ablauf unseres Jahrestreffens bleibt unverändert. Am Freitag, 16. September, findet um 16 Uhr unsere Stadtversammlung im Hotel St. Petrus statt, der sich ein geselliges Beisammensein anschließt, am Sonnabend, 10. September, Gottesdienst in der Propsteikirche mit Kranzniederlegung an der Allensteiner Gedenktafel und anschließend Besuch unseres Heimatmuseums „Treudank“. Ab 13 Uhr treffen wir uns dann „auf Schalke“, wie man in Gelsenkirchen zu sagen pflegt. Um 15 Uhr versammeln wir uns zur Feierstunde, und anschließend erfreut uns ein Musikus mit Unterhaltungs- und Tanzmusik. Die Veranstaltung endet um 20 Uhr.

Der Vorstand bittet, auch Freunde und Bekannte, welche die PAZ nicht beziehen, über die Änderung des Veranstaltungsortes zu informieren. *Gottfried Hufenbach*



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** C. Bierwirth, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

68. Angerburger Tage

Rotenburg (Wümme) – Freitag, 9. September, 19 Uhr, bis Sonnabend, 10. September, 15 Uhr: Angerburger Tage. Ihre Anmeldung richten Sie bitte an die Geschäftsstelle (Kontaktangaben siehe oben). Änderungen bleiben vorbehalten!



Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Mitglieder- und Delegiertenversammlung

Bad Nenndorf – Von Freitag, 9. September, bis Sonntag, 11. September, Hotel Esplanade, Bad Nenndorf: Mitglieder- und Delegiertenversammlung/Kreistagssitzung. Die Delegierten treffen sich schon am Freitag, 9. September, zur Kreistagssitzung/Delegiertenversammlung. Am Sonnabend, 10. September, haben die Besucher Gelegenheit, Filmvorträge aus der Heimat zu sehen. Um 12 Uhr beginnt das Mittagessen im Restaurant, um 14 Uhr ist Eröffnung der Mitgliederversammlung. Am Sonntag, 11. September, ist Gottesdienst in der Kirche Steinhude sowie Ausklang im Hotel Esplanade. *Manfred Romeike*



Fischhausen

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. **Stellvertretender Vorsitzender:** Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. **Familienf.:** Heidrun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, H.Meller@t-online.de, www.kreis-fischhausen.de. **Gst.:** Fahltkamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746

Treffen Seestadt Pillau e.V.

Eckernförde – Sonnabend, 10. September, bis Sonntag, 11. September, Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 3: 68. Pillauer Treffen in der Patenstadt Eckernförde.

Das Treffen beginnt am Sonnabend, 10. September, um 16 Uhr, mit der Sitzung der Gemeinschaftsvertretung in der Bürgerbegegnungsstätte, Gäste sind willkommen. Zum gemeinsamen Abendessen, Gedankenaustausch oder einfach Klönen haben wir einen separaten Raum im Restaurant Montenegro, Jungfernstieg 135 (am Innenhafen), ab 18 Uhr gebucht. Der Festakt am Denkmal des Großen Kurfürsten findet wie gewohnt am Sonntag um 12 Uhr statt. Ab 13.30 Uhr treffen wir uns im Montenegro zum Mittagessen, auch Kaffeetrinken und Abendessen bis 20 Uhr sind vor Ort möglich. *Christina Ziegler*



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, **Gst.:** Doris Biewald, Blümlerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen mit Kreistagssitzung

Bad Nenndorf – Sonnabend, 1., bis Sonntag, 2. Oktober, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkreistreffen, Sonnabend, 1. Okto-

ber, ab 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Esplanade und Kreistagssitzung. Sonntag, 2. Oktober, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Esplanade, 11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungsraum des Hotels Esplanade. *Walter Mogk*



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Heimattreffen und Kreistagssitzung

Stade/Hollern/Agathenburg – Freitag, 9. September, ab 11.30 Uhr, bis Sonntag, 11. September, Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a, Stade; Landgasthaus „Hollerner Hof“, Hollernstraße 91, 21723 Hollern-Twielenfleth; Pferdestall des Schlosses Agathenburg, Hauptstraße, 21684 Agathenburg: Goldaper Heimattreffen.

Freitag, 9. September, 11.30 bis 17 Uhr: Das Patenschaftsmuseum ist geöffnet. Sonnabend, 10. September, 10 Uhr, Hollerner Hof: Kreistagssitzung nur für Mitglieder des Kreistages und gewählte Ortsvertreter; 11.30: Saaleinlass; 12 Uhr: gemeinsames Mittagessen für Mitglieder und Gäste der Kreisgemeinschaft (KG); 13 Uhr: Kreisversammlung nur für Mitglieder der KG; 17 Uhr: Festveranstaltung im Pferdestall Agathenburg (Begrüßung durch Landrat Kai Seefried und Kreisvertreter Stephan Grigat, Grußwort von Oliver Grundmann MdB, Festrede von Christopher Spatz „Aus der Fremde wurde Heimat“, Vortrag von Lena Hamann „Deine Heimat verstehen und für mich neu entdecken – Mein Weg zu Ostpreußen“, Empfang durch den Landkreis Stade). Sonntag, 11. September, 10 Uhr, Kirche St. Wilhaldi: Gottesdienst mit Pastorin Schulze; 11.30 Uhr: Feierstunde am Mahnmahl in den Wallanlagen in Stade (Begrüßung durch Stephan Grigat, Grußwort des Patenschaftsträgers: Sönke Hartlef, Bürgermeister der Hansestadt Stade, Gedichtvortrag „Es war ein Land“ von Ulrich Wiegandt, Totenehrung durch Stephan Grigat, Ansprache von René Nehring); 13 bis 17 Uhr: Hauptkreistreffen im Patenschaftsmuseum, das bereits ab 10 Uhr geöffnet ist.



Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@do-kom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de;

Kreistreffen

Burgdorf – Sonnabend, 10., 9 Uhr, bis Sonntag, 11. September, 16 Uhr, Hotel Haase, Lehrter Straße 12,

31303 Burgdorf bei Hannover: Kreistreffen. Bereits am Freitag, 9. September, 19 Uhr: Matjessessen.



Königsberg-Stadt

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Albertstraße 11, 93047 Regensburg. **Patenschaftsbüro:** Stadtverwaltung, Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151

Patenschaftsjubiläum

Duisburg – Freitag, 14. Oktober, 14 bis 18 Uhr, früheres Museum Stadt Königsberg und Duisburger Stadtmuseum: Festveranstaltung zum 70-jährigen Patenschafts-Jubiläum Duisburg-Königsberg mit folgenden Programmpunkten: Verleihung von zwei Königsberger Bürgermedaillen, Vorträge von Hans-Dieter Meyer (Königsberger Theater- und Musikleben) und Professor Steffen Dietzsch (Immanuel Kant), Verabschiedung des langjährigen Leiters des Museums Stadt Königsberg, Lorenz Grimoni. *Klaus Weigelt, Vorsitzender*

Mitgliederversammlung

Duisburg – Sonnabend, 15. Oktober, 11 bis 15 Uhr, früheres Museum Stadt Königsberg: Satzungsmäßige Mitgliederversammlung mit Neuwahlen zum Vorstand, siehe auch Königsberger Bürgerbrief 99, Sommer 2022, Seite 60. *Klaus Weigelt, Vorsitzender*



Labiau

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, www.labiau.de

Hauptkreistreffen

Otterndorf – Freitag, 9., bis Sonntag, 11. September, ab 9 Uhr, Stadthalle in Otterndorf/Niederelbe, Fröbelweg im Patenkreis Landkreis Cuxhaven: Hauptkreistreffen mit Jubiläum.



Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. **Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Memelländer in Berlin

Berlin – Mittwoch, 21. September, 13 Uhr, Restaurant Ännchen von Tharau, Rolandufer 6: Herbsttreffen. Im Mittelpunkt stehen wieder aktuelle Berichte aus Memel: Meerfest, 770-Jahr-Veranstaltungen, Eröffnung der Ausstellung „Stadtsymbole von Memel/Klaipeda“ und erfolgreiche Aktivitäten des Vereins der Deutschen in Klaipeda. Zu diesem Treffen lade ich Sie wieder ganz herzlich ein! Aus organisatorischen Gründen ist eine kurze Anmeldung auf dem Anrufbeantworter unter Telefon (030) 40100473 oder per E-Mail: hjm.berlin@t-online bis zum 17. September erforderlich. *Hans-Jürgen Müller*



Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. **Stellv. Kreisvertreterin:** Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Kassenprüfung und Kreisausschusssitzung

Bad Nenndorf – Freitag, 16. September, 17 Uhr, Sitzungsraum „Luzern“, Grandhotel Esplanade, Bad Nenndorf: Kassenprüfung für das Geschäftsjahr 2021 und im Anschluss die Kreis Ausschuss-Sitzung, diese wird am Sonnabend, 17. September, ab 10 Uhr, fortgesetzt.

Heimatkreistreffen

Bad Nenndorf – Sonnabend, 17., ab 15 Uhr, bis Sonntag, 18. September, ab 10 Uhr, Grandhotel Esplanade L'Orangerie, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Heimatkreistreffen. Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, uns Ihre Teilnahme per E-Mail: tkacz@alice-dsl.net mitzuteilen. *I. Tkacz*



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Hauptkreistreffen

Herne – Sonntag, 18. September, ab 9 Uhr, Kulturzentrum: Hauptkreistreffen. Der Saal ist ab 9 Uhr geöffnet, die Feierstunde beginnt um 11.30 Uhr.

Reise der Kreisgemeinschaft

Für das nächste Jahr ist die Reise vom 25. Juni bis 4. Juli geplant und führt über Breslau und Warschau. Änderungen vorbehalten. Bei Interesse melden Sie sich bei Christel Sender per E-Mail: ch.sender@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de oder unter Telefon (0209) 207614.



Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. **Geschäftsstelle:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Mitgliederversammlung

Lüneburg – Freitag, 16. September, 15.30 bis 17 Uhr, Bergström Hotel Lüneburg, Raum „Ravel“: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V.

Jahrestreffen

Lüneburg – Freitag, 16., bis Sonnabend, 17. September, Hotel Berg-

ström und Ostpreußisches Landesmuseum: Jahrestreffen.

Feierstunde

Lüneburg – Sonnabend, 17. September, ab 12.30 Uhr, Raum „Lagerfeld“, Hotel Bergström: Feierstunde.



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Vorstandssitzung

Verden – Sonnabend, 24. September, Kreishaus, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller: Gesamt-Vorstandssitzung.

Kreistreffen

Verden – Sonnabend, 24., bis Sonntag, 25. September, Kreishaus, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller: Kreistreffen.



Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Sonntag, 11. September, 10 bis 18 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung + Brauereimuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg: Tag des offenen Denkmals, Eintritt frei.

MWK Niedersachsen

Hannover – Dienstag, 13. September, 11 bis 15 Uhr, Tagungshaus St. Clemens, Platz an der Basilika 3, 30169 Hannover: Informationsveranstaltung zu Pro*Niedersachsen: Kulturelles Erbe – Forschung und Vermittlung in ganz Niedersachsen.

Das MWK Niedersachsen hat kürzlich seine Pilotausschreibung „Pro*Niedersachsen“ veröffentlicht. Diese richtet sich an kleinere, nichtstaatliche kulturgutbewahrende Einrichtungen in kommunaler, gemeinnütziger oder privater Trägerschaft, die ihre Sammlungen der Öffentlichkeit zugänglich machen möchten. Die Details zum neuen Förderangebot und Informationen zur Antragsstellung, die Anbahnung von Kooperationen und die Themenfindung stehen im Mittelpunkt der Veranstaltung. Anmeldung per E-Mail an judith.haemker@mwk.niedersachsen.de oder unter Telefon (0511) 120-2651.

VERLAGSJUBILÄUM

Festliche Matinée für Königsberg

Der „Preußen-Kurier“ gratuliert Gräfe und Unzer zum 300. Geburtstag

VON CHRISTOPH M. STABE UND
RAINER CLAASSEN

Am 20. Juli 1722 wurde vom preußischen König Friedrich Wilhelm I. die Erlaubnis zur Eröffnung einer Buchhandlung in Königsberg erteilt, die zu einem Verlag mit Weltgeltung werden sollte: „Gräfe und Unzer“, in Königsberg zuletzt am Paradeplatz, Hausnummer 6, gegenüber der Universität.

Die Buchhandlung wurde zu einem wesentlichen Faktor im „Königsberger Jahrhundert“ der Aufklärung, und einer ihrer prominentesten Autoren war Immanuel Kant. Er lebte 1766 im selben Hause und schätzte den kurzen Weg zum gedruckten Wissen, das ihn der damalige Geschäftsführer Johann Jakob Kanter gerne und kostenlos studieren ließ. Die Offenheit für Wissen, Sprache und Kultur jenseits ideologischer Sperren wurde bei Gräfe und Unzer stets gepflegt, und so entstand im frühen 20. Jahrhundert in Königsberg das „Haus der Bücher“, das auf sechs Etagen Bücher aus allen Fach- und Lebensbereichen anbot. Es war das größte Buchhandelshaus auf dem europäischen Kontinent.



Am Königsberger Paradeplatz Nummer 6: „Haus der Bücher“

Foto: GU



Unter einer Nachbildung des im Krieg zerstörten preußischen Adlers, der seinerzeit in Königsberg am Eingang die Kunden begrüßte, v.l.n.r.: Christian Frhr. v. der Leyen, Reinhard August, Jan Wiesemann, Jörn Pekrul, Christoph M. Stabe Foto: Christoph M. Stabe

Zum 300. Geburtstag von Gräfe und Unzer hat die Landesgruppe Bayern der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen dieses Jubiläum in ihrer Mitglie-

derzeitschrift „Preußen-Kurier“ (Ausgabe 2/2022) ausführlich gewürdigt. Jörn Pekrul, der Leserschaft des *Ostpreußenblattes* durch seine „Königsberger Wanderungen“ bekannt, erzählt die Geschichte des Hauses und bettet sie ein in die Buchkultur seit der Zeit, als der Deutsche Orden in das Land kam. Als erste Träger der literarischen Bildung in Ostpreußen verfügten die Ordensburgen über einen beeindruckenden Schatz von Büchern, die zu ihrer Zeit auch getauscht und gehandelt wurden. Die Geschichte endet mit den Luftangriffen auf Königsberg im August 1944, als auch das „Haus der Bücher“ in Königsberg vernichtet wurde; bis auf ein Buch, das man tief unten in den Trümmern fand. Es war zwar angekohlt, aber immer noch brauchbar, und trug den Ti-

tel: „Aus Alt wird neu“. Im übertragenen Sinne der Zeit konnte dieser Titel auch als ein Hinweis auf den ureigenen Wesenszug des ost- und westpreußischen Menschen verstanden werden: Selbst im Untergang, inmitten von Tod und Verzweiflung, ist Selbstaufgabe keine Option. Gräfe und Unzer zog nach dem Krieg nach München. Das Haus entwickelte sich mit seinen GU-Büchern zum größten Ratgeberverlag in Deutschland und verkauft seine Bücher über Lizenzen weltweit.

Anlässlich der Veröffentlichung im „Preußen-Kurier“ lud der Verlag Gräfe und Unzer zu einem Empfang ein, der am 26. August in München stattfand. Seitens der LOW Bayern waren der Landesvorsitzende Christoph M. Stabe, der gebürtige Königsberger Christian Freiherr v. der

Leyen von der Ost- und Westpreußenstiftung in Oberschleißheim, Reinhard August aus Rosenheim, LOW-Regionalvertreter für Oberbayern, sowie der aus Berlin angereiste Autor Jörn Pekrul, der zugleich auch Vorstandsmitglied der Stadtgemeinschaft Königsberg in Preußen ist, anwesend. Von der Führungsebene des Verlagshauses wurden die Gäste von Jan Wiesemann im „Königsberger Kabinett“, einem Erinnerungsraum bei Gräfe und Unzer, begrüßt. Nach einer Vorstellung der LOW Bayern durch Stabe wurden gemeinsam historische und zeitgenössische Ausgaben herausragender Bücher betrachtet sowie einige Erinnerungsstücke aus Königsberg, die die Stürme der Zeit überdauert haben, besichtigt.

Hierzu konnte Pekrul seitens der LOW Bayern ein Exponat hinzufügen, das an eine Lehrmittelschau erinnert, die 1904 von Gräfe und Unzer im Königsberger Tiergarten veranstaltet wurde. Es ist eine Tasse, die von der Restauration des Tiergartens serviert wurde. Eine ideelle Kostbarkeit, die die LOW Bayern als Aufmerksamkeit neben einigen weiteren Königsberger Preziosen überreichte. In den nachfolgenden Gesprächen konnten die Besucher aus der heimatischen Kultur und Geschichte interessante Erinnerungen weitergeben und erhielten dafür einen Einblick in das moderne Verlagshaus Gräfe und Unzer. Das Haus ist seiner Herkunft treu geblieben und erzielt mit seinem traditionellen „Denken vom Kunden her“ auch heute noch Erfolge.

● Der „Preußen-Kurier“, kann bei der LOW Bayern bestellt werden per E-Mail: info@low-bayern.de, postalisch: LOW, Landesgruppe Bayern e.V., Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg. Der Bezug ist kostenlos, um eine Spende wird höflich gebeten.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Hydrologisch und stadtgeschichtlich abtauchen

Auch Erdgeschichte und Naturgewalten schlagen einen Bogen zum Vorkriegsbreslau

Man sagt, dass bislang mehr Menschen ihren Fuß auf den Mond gesetzt haben als auf den Grund des Marianengrabs. Jacques Piccard und Don Walsh erreichten 1960 in dem Bathyskaph „Trieste“, einem Spezial-Tiefsee-U-Boot, den Grund des Challengertiefs in dieser tiefsten Meeressenke der Erde.

Das Hydropolis in Breslau, ein Museum rund um das Thema Wasser, präsentiert einen originalgetreuen Nachbau der „Trieste“. In dieses Bathyskaph kann man sich hineinsetzen und nachempfinden, was ein Mensch in elf Kilometer Tiefe spürt. Das Hydropolis am Weidendamm [na Grobli] befindet sich auf dem Gelände des 150 Jahre alten Städtischen Wasser- und Abwasserwerks, das bis heute zusammen mit dem Wasserwerk Althofnass [Mokry Dwór] in der Gemeinde Tschechnitz [Siechnice] die schlesische Metropole und ihre Umgebung mit Trinkwasser aus der Ohle [Olawa] und der Glatzer Neiße [Nysa Klodzka] versorgt.

Neben der Geschichte des Wasserwerks kann man im Hydropolis auch viel über die Herkunft des Wassers auf der Erde, die Evolution des Lebens im Wasser vor etwa 3,3 Milliarden Jahren oder die Rolle des Wassers in Kultur und Religionen erfahren. Vorausgesetzt, man kann Polnisch oder Englisch, denn in diesen beiden Sprachen informieren Lesetafeln

und Audioeinspielungen. Aber vieles wird intuitiv präsentiert, sodass auch Kinder oder Anderssprachige an der Ausstellung Freude haben können.

Ein separater Bereich ist den Erfindern, Wissenschaftlern und Ingenieuren aus dem alten Ägypten, der Antike wie der Neuzeit gewidmet, zu denen auch der Mechanikus und Erfinder Karl Klingert zählt, der mittels eines längeren Tafeltextes vorgestellt wird. 1760 in Herrnsprosch [Prace Odrzańskie], heute ein Ortsteil von Breslau, geboren, erfand er viel Nützliches wie die erste elektrische Uhr (1815), eine Handprothese, Rollstühle, ein Thermometer und einen Kompass für Blinde. Doch seinen Platz im Hydropolis bekam er wegen seiner bekanntesten Erfindung, der „Tauchermaschine“. Die Brauchbarkeit dieser Erfindung wurde unter Beweis gestellt, indem ein mit Klingerts Tauchanzug ausgerüsteter Taucher einen Baumstamm in der Tiefe der Oder durchsägte.

Der Sohn eines Branntweindestillationsbetreibers besuchte das Breslauer Maria-Magdalenen-Gymnasium, an dem er später selbst Lehrer war. Klingert interessierte sich vor allem für die chemische Physik, für Thermo- und Fluidmechanik, für die galvanische Energieerzeugung sowie für die Hydraulik und ihre Effekte. Bis 1827 erschienen etwa 40 Aufsätze von Klingert in verschiedenen Schriften der



Blieb seiner Stadt treu: Der Breslauer Karl Klingert erfand den frühesten funktionstüchtigen Tauchanzug. Hier ein originalgetreuer Nachbau Foto: Wagner

„Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur“, die großes Ansehen genoss. Sie ersetzte die in Schlesien fehlende Akademie der Wissenschaften und Künste.

In einer kleinen Kinomuschel des Hydropolis wird ein Zeichentrickfilm zum

Leben des Erfinders gezeigt. Filmemacher Artur Wyrzykowski und Drehbuchautorin Agata Koschmieder wollten in ihrem 20-minütigen Zeichentrickfilm Klingert aus der Vergessenheit herausholen. „Wir in Warschau haben den Anfang gemacht

in der Hoffnung, dass sich Kollegen und Institutionen aus Breslau anschließen“, sagt Karina Kowalka vom Tauchmuseum Warschau, die Wyrzykowski inhaltlich beriet. Hilfe kam auch vom Zentrum für audiovisuelle Technologien (CeTA) in Breslau und vom Hydropolis.

Der Film zeigt Breslau zum Ende des 18. Jahrhunderts und erzählt die Geschichte des tragischen Hochwassertodes von Oskar, dem jüngeren Sohn Karl Klingerts. Seine damals sechsjährige Tochter Bi hatte seitdem panische Angst vor Wasser. Karl verkriecht sich in seiner Arbeit und tüfelt verzweifelt an der Schaffung eines atmosphärischen Tauchanzugs. Sollte seine Erfindung gelingen, bekäme er genug Geld, um mit seiner Tochter ein neues Leben außerhalb Breslaus aufzubauen.

Doch Bi glaubt nicht, dass ihr Bruder tot ist und fürchtet, dass Oskar sie nach einem Umzug nie wiederfinden könnte. Sie glaubt, der Tauchanzug sei ein Ungeheuer. Daher will sie die Erfindung vernichten. Erst ein Gespräch mit dem Vater hilft ihr, die neue Idee zu verstehen und über ihren Schmerz hinwegzukommen.

Karl Heinrich Klingert blieb seiner Heimatstadt jedoch zeitlebens treu. Er starb als königlich-preußischer Regierungs-Mechanikus im Alter von 68 Jahren.

Chris W. Wagner

AUS ALTER ZEIT

Der Kenzer Wunderbrunnen

Fast vergessen: Der Kenzer Gesundbrunnen und Maria Pomerana

VON KLEMENS GRUBE

Die Gesellschaft für pommerische Geschichte, Altertumskunde und Kunst von 1824 widmet sich in loser Folge landesgeschichtlich bedeutenden, besonders eindrücklichen, naturalen oder (fast) vergessenen Orten Pommerns. Sie sollen als Anregung für Ausflüge, Erkundungen und Recherchen dienen und zur weiteren Entdeckung der Heimat oder des Urlaubsziels beitragen.

Maria Pomerana Miraculosa, die „Wundertätige Maria von Pommern“, war der Legende nach entweder eine hölzerne Statue oder ein in einer Eiche hängendes Marienbildnis. Sie befand sich Ende des 14. Jahrhunderts in der Nähe des kleinen Dorfes Kenz bei Barth.

Der Überlieferung nach hielt sie in der Hand ein Zepter. Damit soll sie einem Kranken die Richtung zu einer nahen Quelle gewiesen haben – um das dortige Quellwasser zu Heilzwecken zu verwenden. Nach dem Genuss des Quellwassers fühlte er sich wieder kräftig und gesund.



Mit der Erscheinung der Maria Pomerana Miraculosa und des Kenzer Wunderbrunnens wurde Kenz um 1395 ein bedeutender Wallfahrtsort. Ende des 18. Jahrhunderts wurde der Brunnen wiederentdeckt und Kenz entwickelte sich zu einem der bedeutendsten Kurorte in Vorpommern. Das heutige Gebäude ist ein Nachbau des Brunnenhauses von 1763



Der Kenzer Gesundbrunnen 1699: 1 – Der Brunnen; 2 – Das neue Gebäude; 3 – Die sogenannte Ablasskirche; 4 – Das Priesterhaus; 5 – Das Küsterhaus; 6 – Weg durchs Dorf nach Barth. Entnommen aus: Johann Gerdes, Kentza Crene, Alten Stettin 1699

Fortan wurde die Maria Pomerana und der Kenzer Brunnen aufgesucht, um Heilung zu erfahren. Rasch verbreitete sich der Ruf der Wundertätigkeit der Maria Pomerana und des Quellwassers. Daraufhin setzte um 1400 eine Pilgerbewegung ein. Eine Wallfahrts-Kirche wurde errichtet und die Wallfahrt nach Kenz wurde von der Kirche mit der Gewähr des Ablasses verbunden. Dadurch stieg Kenz zum größten Wallfahrtsort in Vorpommern und zu einem herausragenden Ort der Marienverehrung auf.

Dem Ruf des Kenzer Gesundbrunnens folgend, machte sich auch Herzog Barnim VI. von Pommern-Wolgast nach Kenz auf, um Heilung von der Pest zu erlangen. Noch bevor er den Brunnen erreichte,

verstarb er jedoch im Herbst 1405 in Pütznitz bei Damgarten. Auf Veranlassung seiner Witwe wurde sein Leichnam in der Gruft der Kenzer Kirche beigesetzt. In der Kirche erinnern ein Kalkstein-Epithaf und ein aufklappbares hölzernes Grabmal an ihn. Sehenswert sind dort auch die wertvollen Glasmalereien der Chorfenster. Sie stellen den größten Bestand mittelalterlicher Glasmalereien in Mecklenburg-Vorpommern dar.

Mit der Reformation endete die Blütezeit des Gesundbrunnens. Erst um 1700 wurde die Quelle durch den Stralsunder Pfarrer Matthias Kienast „wiederentdeckt“. Eine Untersuchung des Wassers und dessen Zusammensetzung bestätigte dessen Verwendung zu Heilzwecken. Der

Brunnen wurde gesäubert und mit einem Brunnenhaus überbaut. Es wurde eine Badeordnung festgelegt, die unter anderem das Tanzen im Brunnenhaus verbot, da der aufgewirbelte Staub das Wasser verschmutzen könnte.

Im Zuge der napoleonischen Kriege geriet der Brunnen in Vergessenheit. Später stellten die entlang der Ostseeküste entstehenden Seebäder attraktivere Reiseziele dar, die eher der Mode und dem Geschmack der Zeit entsprachen. Nach historischen Bauvorlagen von 1763 wurde 2003/04 das Brunnenhaus wieder errichtet. An der freistehenden Schwengelpumpe lassen sich Trinkgefäße befüllen – wobei etwa 15-Mal abgepumpt werden muss, ehe frisches Quellwasser austritt.

ZUM 480. TODESTAG

Thomas Kantzow – Geschichtsschreiber Pommerns

Das war neu: er schrieb in der Landessprache und schuf zusätzlich die ältesten Spezialpläne Pommerns

In Pommern gilt er als Begründer der „Geschichtsschreibung in der Landessprache“: Thomas Kantzow verfasste seine Geschichtswerke nicht in der für damalige Zeit üblichen Gelehrtensprache Latein, sondern in nieder- und hochdeutscher Sprache. Der Gelehrte sorgte zusätzlich für die ältesten Spezialpläne Pommerns. Auch von der modernen Geschichtswissenschaft wird der vor 480 Jahren gestorbene pommerische Geschichtsschreiber zu den herausragenden deutschen Renaissance-Historiographen gezählt.

Kantzow wurde 1505 in Stralsund geboren. Seine Familie und Verwandtschaft ist seit Anfang des 16. Jahrhunderts mit Zweigen in Neubrandenburg, Greifswald und Stralsund nachgewiesen. Über seine Eltern und seine frühe Entwicklung gibt es keine verlässlichen Angaben. Im Matrikelportal der Rostocker Universität ist er als Student ausgewiesen.

Teilung Pommerns

Kantzow interessierte sich für die Geschichte, studierte die Geschichtswerke

von Nikolaus Marschalk sowie Albert Krantz und erlangte 1526 die Magisterwürde. Anschließend wurde der junge Mann als Sekretär in die Kanzlei der pommerischen Herzöge übernommen, wobei er mit seiner Arbeit zunächst das besondere Wohlwollen der Herzöge Barnim IX. und Georg I. erwarb. Das trug ihm erste Pfründe ein.

Parallel befasste er sich mit der pommerischen Geschichte. Er war häufiger Gast in den herzoglichen sowie städtischen Archiven, machte sich aus Quellen Auszüge und sammelte systematisch Material für eigene Veröffentlichungen.

1532 wurde für ihn zur Zäsur. Pommern wurde geteilt. Die zunächst auf neun Jahre festgelegte Teilung wurde 1541 verlängert. Kantzow entschied sich für den jungen Herzog Philipp I., der sich nun Herzog von Pommern-Wolgast nannte, und folgte ihm in die neue Residenz.

Philipp I. fand nach der Machtübernahme in Wolgast schwierige politische Verhältnisse vor. Für die Konsolidierung seiner Macht und die Weiterentwicklung im Land benötigte er kluge Räte. Der her-

zogliche Rat Kantzow gehörte zum engsten Kreis der herzoglichen Vertrauten und entwickelte sich zu einer Stütze.

Ein Befürworter der Reformation

Philipp I. führte die Reformation ein, verbesserte die Rechtspflege und förderte den Handel. Kantzow war besonders an der Einführung der Reformation beteiligt. Er war es, der die Einsprüche einiger Adels- und Kirchenvertreter, wobei es vor allem um die Einziehung der Klostersgüter ging, mit juristischem Scharfsinn aus dem Weg räumte.

Nebenher verfasste er erste Beiträge zur Zeitgeschichte. Ab 1536 schrieb er an seinem Werk „Fragmenta der pommerischen Geschichte“, wobei er seine gesammelten Materialien verwendete. Ein zusätzliches Achtungszeichen setzte der Autor, indem er sein Werk in niederdeutscher Sprache verfasste. Damit unterschied er sich von anderen Geschichtsschreibern wie Johannes Bugenhagen.

Nach der niederdeutschen Fassung entstand eine hochdeutsche Gesamtdarstellung, die sich an der von Martin Lu-

ther gebrauchten Hochsprache bei der Bibelübersetzung orientierte. Parallel übernahm auch die herzogliche Kanzlei in Wolgast wohl auch auf Betreiben von Kantzow das Hochdeutsche als neue Amtssprache.

Bei alledem assistierte ihm Nikolaus von Klemptzen. Das war der Sohn des Bürgermeisters von Stolp, der früh in die Kanzlei der Pommernherzöge berufen wurde, sich für Geschichte interessierte, später als Landrentmeister fungierte und damit grundherrschaftlichen Einnahmen verwaltete.

Er verbesserte seine Chronik

Die hochdeutsche Pommern-Chronik Kantzows war um 1538 abgeschlossen. Sehr zur Freude seines Herzogs, der dem Historiker anschließend mit der Bestätigung aller verliehenen Pfründe weiterführende Studien an der Universität in Wittenberg genehmigte. So kam der herzogliche Rat Kantzow zusammen mit dem pommerischen Grafen Ludwig von Everstein noch 1538 ins Mekka des Luther-tums, wo er unter Führung Philipp Melan-

chthons seine Bildung vervollkommnete. Zusätzlich zu den Studien schriftstellerte er weiter. Kantzow schrieb in Wittenberg eine zweite, verbesserte hochdeutsche Fassung seiner Pommern-Chronik und erarbeitete zusätzliche Entwürfe für weitere Veröffentlichungen über das Pommerland. Aber der fleißige Chronist kränkelte. Deshalb und wegen des gewachsenen Heimwehs nach seiner pommerischen Heimat kehrte der herzogliche Rat 1542 zurück. Sein Weg führte ihn nach Stettin, wo sein Herzog sich aufhielt.

Kantzow waren aber nur noch wenige Tage vergönnt. Er starb am 25. September 1542 in Stettin. Da war er 37 Jahre alt. Seinen Nachlass übernahm Nikolaus von Klemptzen, der Landrentmeister von Pommern-Wolgast, der ihn zuvor unterstützt hatte und nun die Nachlassfassung des „Pommerania“-Werkes nach Einarbeitung weiterer Notizen des Autors vollendete. Zu den Zusätzen gehörten auch Kartenskizzen von Kantzow, die heute als die „ältesten Spezialpläne Pommerns“ gelten und den Historiker auch als Kartographen ausweisen. *Martin Stolzenau*

DANZIG



„Erinnerung als Auftrag“

Einladung zum Tag der Danziger

In zwei Wochen ist es endlich soweit und das Wiedersehens- und Erinnerungsfest, der diesjährige Tag der Danziger, findet am 17. September in Lübeck statt.

Nachdem wir 2019 in Lübeck unseren letzten Tag der Danziger feiern konnten, mussten wir Pandemiebedingt pausieren. Nun wagen wir einen Neustart und wollen unseren geselligen Jahreshöhepunkt mit Ihnen im Hotel TRYP by Windham in Lübeck am 17. September begehen. Bitte kommen Sie zahlreich und bringen gerne auch Freunde und Verwandte mit.

Um die Organisation zu vereinfachen, bitten wir um Ihre Anmeldung über die Geschäftsstelle: post@danziger.info oder telefonisch unter (0451) 77303 (Anrufbeantworter).

Ich freue mich über Ihre Rückmeldung und freue mich auf ein Wiedersehen in Lübeck.

Ihr Marcel Pauls, Bundesvorsitzender des „Bund der Danziger“

• www.danziger.info



„Die spinnen, die Deutschen!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Auf solche Informationen freue ich mich jede Woche. Bitte machen Sie weiter so!“

Karl-Heinz Rieger, Kiel
zum Thema: Berlin ringt mit den Folgen seiner eigenen Politik (Nr. 34)



Ausgabe Nr. 34

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

WILLKOMMEN IN ABSURDISTAN
ZU: WIR HABEN DIE KRAFT!
(NR. 34)

Willkommen in Absurdistan. Der Ravensburger Verlag „cancelt“ sein Winnetou-Buch, weil es angeblich rassistische Stereotypen verbreitet; die ARD erklärt, sie wolle keine Winnetou-Filme mehr ausstrahlen; und das Social-Media-Team von „ZDF-heute“ hat Nutzer in den sozialen Medien auf die Finger geklopft und sie aufgefordert, das „I-Wort“ in der Kommunikation zu vermeiden, da sie rassistisch geprägten Begriffen keine zusätzliche Plattform geben möchten.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk spielt derzeit in mehrerer Hinsicht eine unrühmliche Rolle und droht seinen jahrzehntelangen Status als seriöse Informationsquelle zu verlieren.

Grünen-Mitglieder zeigten sich „betroffen und schockiert“, weil die Grünen-Landeschefin von Berlin, Bettina Jarasch, in einer Fragerunde vor der Wahl 2021 bekannt hatte, als Kind wäre sie gerne Indianerhäuptling geworden. Welcher hypermoralische Beelzebub ist in dieses Land gefahren? Obelix würde sagen: „Die spinnen, die Deutschen!“

Sogar die Betroffenen selbst, die Indigenen oder „People of colour“, schütteln den Kopf über Deutschland.

Ich behandle Zeit meines Lebens jeden Menschen mit Respekt, unabhängig von dessen Geschlecht, Hautfarbe, Orientierung oder Kultur. Um diese Einstellung öffentlich zu dokumentieren, muss ich kein „Sternchen“ setzen.

Eine kleine sogenannte elitäre Clique in diesem Land maßt sich an, in ihren Elfenbeintürmen darüber zu befinden, was für andere Kulturen gut oder schlecht ist. Das ist für mich nichts anderes als moderner Kolonialismus im heuchlerischen Gewand.

Wie ist es möglich, dass der Gender-Antidiskriminierungs- und Rassismuskonzept, entgegen der Meinung einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung, sich in diesem Land derart Raum verschaffen konnte?
Alfred Kastner, Weiden

INS EIGENE KNIE GESCHOSSEN
ZU: RÜCKTRITT NACH KRITIK AN DER UKRAINE (NR. 32) UND: IN EINEM NEUEN LICHT“ (NR. 32)

Täglich werden wir mit neuen Schreckensmeldungen aus dem Ukrainekrieg bombardiert, und unentwegt wird eine strenge Bestrafung für die rechtswidrige Aggression und die Kriegsverbrechen gefordert. All die Jahre zuvor wurden uns allerdings in höchst einseitiger Sichtweise die Rote Armee wie auch die anderen Alliierten als „Befreier“ eingeblutet.

Während noch heute zum Teil über 100-Jährige für Vergehen in der NS-Zeit zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt werden, werden die Verbrechen an Deutschen im Zweiten Weltkrieg totgeschwiegen; von einer Strafverfolgung ist überhaupt keine Rede. Wer erinnert etwa noch an das „Moral Bombing“, mit dem systematisch die deutschen Städte in Schutt und Asche gelegt und Hunderttausende vor allem Frauen, Kinder und Alte umgebracht wurden, an die brutale Vertreibung von rund zwölf Millionen Ostdeutschen in das völlig verwüstete Rumpfdeutschland oder an die völkerrechtswidrige Annexion ganz Ostdeutschlands? Diese beschert uns jetzt mit der „Suwalki-Lücke“, den gefährlichsten Ort auf der Welt“ (Magazin „Politico“).

Haben wir uns mit einer kopflosen „Energiewende“ schon in das eine Knie geschossen, so schießen wir uns nun mit einer „völlig verfehlten“ und „unmoralischen“ Sanktionspolitik (Klaus Ernst, Linkspartei) auch noch ins andere Knie.

Als Vasallen „der einzigen Weltmacht“ lassen wir uns in selbstgerechtem „Moralismus“ in einen geopolitischen Konflikt hineinziehen, bei dem eine zunehmende Eskalation mit unabsehbaren Folgen droht. Stattdessen sollten uns die Worte Egon Bahrs, die er vor Schülern sagte, eine Mahnung sein: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“
Dr. Bonifaz Ullrich, Blieskastel

DOPPELTE RECHTSSTANDARDS
ZU: WIE DER NÜRNBERGER KODEX ENTSTAND (NR. 32)

Die Nürnberger Siegerjustiz verstieß gegen fast alle Rechtsnormen. Da das hier gesprochene Recht nur gegen die Verlierer des Krieges angewandt wurde kann man es wohl schlecht als Recht ansprechen, daher kann ich die gefällten Urteile auch nur verurteilen.

Eine eindeutige Mahnung für die Gegenwart, die durch den Kodex ausgesprochen wurde, ist auch nicht festzustellen, denn es hat sich nicht viel verändert, wenn sich überhaupt etwas verändert hat. Wofür deutsche Wissenschaftler aufgehängt wurden, wurden US-Wissenschaftler nicht einmal angeklagt.

1951 wurde der aus den USA stammende Chemiker Sidney Gottlieb nie angeklagt, obwohl er 30 deutsche Soldaten bei seinen Versuchen umbrachte. Das sogenannte „MKUltra“-Forschungsprojekt kostete wahrscheinlich sogar bis 100 deutschen Gefangenen das Leben. Die „Times“ schrieb damals: „Was er und seine CIA-Schergen trieben, unterschied sich nur graduell von den Taten, die eine Reihe von Nazi-Wissenschaftlern 1946 in Nürnberg an den Galgen brachten.“

Mitte der 1940er bis Mitte der 70er Jahre unternahm die US-Amerikaner mehr als 400 Menschenversuche mit radioaktiven Materialien. Insgesamt waren bei diesen Versuchen Menschen im sechs- bis siebenstelligen Bereich betroffen.

Der im US-Bundesstaat Missouri geborene Physiologe Andrew C. Ivy sagte 1947 in Nürnberg als Sachverständiger, der in Amerika selbst Menschenversuche an Strafgefangenen und Kriegsdienstverweigerern durchgeführt hatte, dass man diese Versuche mit den grundlegenden Prinzipien ärztlicher Ethik in Einklang bringen könne. Auch müsse bei diesen Versuchen berücksichtigt werden, dass das Vaterland im Krieg siege.

Der deutsche Arzt Karl Brandt, der in Nürnberg auch zum Tode verurteilt wurde, obwohl das Verfahren gezeigt hat, dass er von den Versuchen nichts wusste,

sprach die Worte: „Wie kann überhaupt die Nation, welche die Spitze in der Durchführung von Humanversuchen in jeder nur erdenklichen Form hält, wie kann diese Nation es wagen, andere, welche höchstens die vorgemachten Versuchsanordnungen nachmachen konnten, deswegen anklagen und verurteilen?“

Otto Dammann, Bergen (Nds.)

VERSTÖSSE GEGEN CODIZES
WIE DER NÜRNBERGER KODEX ENTSTAND (NR. 32)

Legt man heutzutage diese ethisch-medizinische Messlatte an Vorgehensweisen der Politik und auch der Mediziner im Zusammenhang mit der Impfpraxis der Corona-mRNA Injektionen an, so wird die ganze Verantwortungslosigkeit und Regelwidrigkeit der Corona-Impfpraxis offenbar.

Die Entwicklung dieser neuartigen Gen-„Impfstoffe“ und deren Verabreichung an die Bevölkerung insgesamt und insbesondere an Alte, Kranke, Personal in Pflege und Kliniken steht im eklatanten Widerspruch zu den Bestimmungen der im Artikel erwähnten Deklaration von Helsinki und der Muster-Berufsordnung für alle in Deutschland tätigen Ärzte.

Gegen die dort unter Anderem genannten zwingenden Vorgaben der stets freiwilligen Zustimmung der Impflinge, nach verständiger informierter freier Entscheidung, ohne Druck, Überredung, List, Propaganda, Werbung oder unter Vortäuschung angeblicher Wirkungen bei gleichzeitiger Verschleierung von möglichen noch unbekanntem Folgen und Langzeitwirkungen, wird ständig verstößt.

Somit kann sich kein Arzt oder Politiker heute noch hinter Schutzbehauptungen verschanzen, er handele auf Grund höherer Anweisungen oder „Erkenntnissen“ von Regierung, Drogen, PEI, Lauterbach, RKI und so weiter. Wann kommt endlich eine Musterklage wegen Rechtsverstößen gegen die im Artikel thematisierten Codizes?
Jürgen Schaar, Klimadirektor a.D., St. Wendel

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

SCHICKSALSORT

Mielkes exklusive Kegelbahn

Schloss Dammsmühle nördlich von Berlin hat einige Höhen und Tiefen erlebt – Aktuell wartet es auf seine Umwandlung in ein Hotel

VON BETTINA MÜLLER

Schönwalde im brandenburgischen Barnim, zirka 20 Kilometer nördlich von Berlin: Die Heidekrautbahn, die von Berlin-Karow abfährt, spuckt etliche Radfahrer aus. Schloss Dammsmühle ist nirgendwo zu sehen. Der Weg dorthin führt zunächst die Hauptstraße entlang und dann durch einen verwunschenen Park mit uralten Bäumen, in dem man sich schnell verlaufen kann.

Irgendwann macht der Weg dann eine leichte Kurve nach rechts, und da ist es, das Ziel des heutigen Ausfluges: Schloss Dammsmühle. Seit Jahren steht es leer, ist zum „Lost Place“, einem vergessenen Ort geworden, aber gerade deshalb sehr gefragt. Daher wird der Suchende, der von solchen verlassen Plätzen magisch angezogen wird, auch streng auf dem Schild in der Nähe des Zauns ermahnt, bloß nicht das Gebot „Betreten verboten“ zu ignorieren.

Schloss Dammsmühle befindet sich in einem Schwebestadium. Eigentlich ist es kein „Lost Place“ mehr, aber von dem Ziel, daraus ein exklusives Hotel zu machen, ist es auch noch weit entfernt. Über die Jahrhunderte hatte es das Schloss sowieso nicht einfach. 1755 erwarb der „Königliche Lederzeug-Lieferant“ – mit exklusivem Recht, die königlich preußische Armee mit Uniformteilen aus Sämschleder zu versorgen – Johann Peter Damm das Gelände, das sich am ehemaligen Standort einer alten Mühle befand. 1768 ließ er Schloss Dammsmühle bauen, damals noch ein zweigeschossiges Palais.

1776 starb der kinderlose Damm, das Gebäude verfiel. Der Landschaftspark entstand 1830. 1894 erwarb Leutnant Adolf Wollank das Schloss bei einer Zwangsversteigerung und baute es zu einem neobarocken Herrenhaus um. Der Mann wollte Spaß, wovon auch der orientalische Tanzpavillon auf dem See zeugte. Ein exklusiver Ort für die Reichen und Schönen. Das war nicht jedem recht. Bereits vor Wollank war es 1869 zu unange-



Idyllisch gelegener Leerstand am Mühlenteich: Schloss Dammsmühle in der Gemeinde Wandlitz

Foto: IMAGO/Jürgen Ritter

nehmen Zwischenfällen gekommen, als gut gelaunte Berliner mit Kremsern, Pferdekutschen mit Längsbänken, anreisten, um sich auf Dammsmühle zu verlustieren. Sie trafen auf wenig begeisterte Bauernburschen aus dem Dorf. Reibereien und „Verletzungen der Sittlichkeit“ gegenüber den Berliner Damen waren die unschönen Folgen dieses Ausflugs.

Es schien so, als sollte das Schloss nie mehr zur Ruhe kommen. Besitzer kamen und gingen wieder. „Schloß Dammsmühle weit unter Wert zu verkaufen“ hieß es 1929 in einer Anzeige, die den alten herrlichen Park, Forsthaus, See, Wein- und Palmenhaus sowie 32 ertragreiche Fischteiche anpries, aber auch den legendären schwimmenden Tanzpavillon.

Wollank hatte zu Lebzeiten – er starb 1915 in Charlottenburg – aus dem Anwe-

sen endgültig eine elitäre Angelegenheit gemacht. Und das ist ein Stigma, das sich bis heute wie ein roter Faden durch die Geschichte von Dammsmühle zieht, und das den Umgang damit auch so schwer macht. 1940 ließ Reichsführer-SS Heinrich Himmler das Gelände als Schulungsstätte nutzen. Für Baumaßnahmen wurden dann auch noch Häftlinge aus dem KZ Sachsenhausen verpflichtet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg zog die Rote Armee ein, die unter anderem ein Lazarett und ein Offizierskasino eröffnete. Und noch immer rankten sich Legenden und Mythen um das abgeschiedene Schloss, das für die Schönwalder so nah und doch so unerreichbar blieb. Später wurde es vom Ministerium für Staatssicherheit übernommen, das das Gelände kurzerhand zum Sperrgebiet erklärte und

somit jeglichen Besuch von normalsterblichen DDR-Bürgern unmöglich machte.

Erich Mielke, Chef des Staatssicherheitsdienstes, nahm erneut Um- und Anbauten vor, sein Sohn feierte 1974 auf Dammsmühle seine Hochzeit, gerne quartierte man dort ausländische Delegationen ein. Und Mielke gab sich jovial, ließ im ehemaligen Wandelgang eine Kegelbahn errichten. Seine Gäste sollten es doch gut haben. Sauna, Whirlpool und Dachterrasse waren nur einige der Annehmlichkeiten für die Besucher. Die residierten wie diejenigen, die das Volk angeblich zum Teufel hatte jagen wollen.

Auch nach der Einheit kam das Schloss nicht zur Ruhe. Die Schönwalder murrten schon lange, schließlich begehrten sie im Dezember 1989 sogar Einlass. Verständlich ihr Wunsch, das Schloss auch zu ihren

Gunsten nutzen zu können, lag doch ihre Infrastruktur eben auch brach. Doch was sie sahen, war kein Prunk, sondern DDR-Tristesse. Die andauernden Kämpfe um Nutzungs- und Eigentumsrechte, der zivile Ungehorsam – alles war umsonst gewesen, das Anwesen mit 28 Hektar Parkanlage wurde der Gemeinde nicht überlassen.

Dann kaufte es eine französische Hotelkette. Sogar das Fernsehen rückte an, unter anderem drehte der WDR die Serie „Haus am See“. Doch das Schloss spielte dabei nur eine Statistenrolle in diesen Geschichten um die Bewohner eines – wie könnte es anders sein? – Seniorenheims für gut Betuchte. Und so taumelten die Akteure, darunter Hildegard Knef, von einem seichten Plot zum anderen, angeführt vom gutmütigen Heimchef Ulrich Pleitgen, der, zwar knorrig wie eine brandenburgische Eiche, dann doch immer für ein heiteres Happy End sorgte.

Netter Versuch, doch auch dieser Versuch scheiterte. Die Erben des englischen Industriellen Harry Hart, der sich einst in das Anwesen verliebt hatte, das man ihm dann während der NS-Zeit durch Enteignung – er hatte eine jüdische Ehefrau – entriss, verkauften es 1997. 2019 wurde dann eine Gesellschaft neuer Eigentümer, darunter auch ein Berliner Promiwirt.

Neue Besen kehren gut, so sagt man. Von „280 Betten im Vier-Sterne-Plus-Bereich“ war die Rede, doch wo sind die? Zumindest die Eingangsseite des Schlosses und der Turm sind frisch gestärkt mit weißer Farbe, davor stehen die Autos der Bauarbeiter und die Bauwagen. Rund um den See sieht man vereinzelt Zelte, wilde Camper, die den Platz bestimmt räumen müssen, wenn irgendwann die ersten Gäste eintreffen. Und ob der traumhafte Park auch wirklich, wie angekündigt, öffentlich zugänglich bleiben wird, weiß niemand. Die Aussichten sind aber gut, denn die Straße gehört der Gemeinde.

Das Schloss kann seine Meinung leider nicht äußern. Vielleicht will es ja einfach nur einsam sein und seine Ruhe haben. Gesehen hat es schließlich schon genug.

TRADITION

Schwarz gegen Weiß

Ort an den Südalpen bietet lebendes Schachspiel in historischer Kostümierung

Gemäß einer alten Tradition findet in der mittelalterlichen, noch vollständig ummauerten Ortschaft Marostica in der Region Venetien alle zwei Jahre am zweiten Sonntag im September ein Schachspiel statt, bei dem auf dem Marktplatz die Einwohner in historischen Kostümen die Figuren darstellen. Nach Pandemie-bedingter Pause – die letzte Ausgabe gab es 2018 – wird Italiens berühmte Schachpartie an diesem Wochenende wieder auf der Piazza Castello inszeniert.

Seinen Ursprung hat das Turnier in einem angeblich 1454 stattgefundenen Vorfall: Zwei Ritter, Rinaldo d'Angarano und Vieri da Vallonara, verliebten sich gleichzeitig in die schöne Tochter Lionora des Statthalters von Marostica. Der Statthalter, der sich keinen von beiden zum Feind machen wollte, entschied, dass er seine Tochter demjenigen zur Braut geben würde, der eine auf dem Exerzierplatz mit lebenden Figuren ausgetragene Partie des „edlen Schachspiels“ gewonnen hätte. Es gewann Vieri, aber auch Rinaldo ging nicht leer aus, er bekam Lionoras jüngere Schwester zur Frau. Die legendäre Ge-

schiechte wird in einer spektakulären Darbietung mit über 600 Teilnehmern in mittelalterlichen Kostümen, mit Pferden, Ritterparaden, Fahnen-schwingern und Feuerspeiern nachgestellt.

In Marostica hat sich bis heute das beschauliche Flair vergangener Zeiten erhal-

ten. Der charakteristische Mauerring reicht vom Hügel Colle Pausolino bis zum historischen Stadtkern und verbindet die obere mit der unteren Burg. Der Panoramaweg Sentiero dei Carmini führt entlang den Mauern und bietet Besuchern eindrucksvolle Ausblicke. H. Sch./Enit



Lebendiges Schach: Die Piazza von Marostica mit dem Schachbrettmuster aus Fliesen

AUSSTELLUNG

Literatur im Giftschränk

Berlin feiert das „Leseland DDR“

Wegen Papierknappheit konnten in der DDR viele Bücher nur in kleiner Auflage erscheinen – sofern sie überhaupt erscheinen durften. Der SED-Staat förderte zwar die Literatur, sofern sie den propagandistischen Zwecken zur sozialistischen Erziehung förderlich war. Aber zugleich hatten unter der Zensur regimekritische Autoren wie Uwe Johnson, Reiner Kunze, Stefan Heym oder Günter Kunert zu leiden, die meiste West-Literatur landete im Giftschränk.

Wie man in der DDR trotz allem an kritische Literatur herankam, ist in der Mittelpunktbibliothek Alte Feuerwache Treptow (Michael-Brückner-Straße 9, 12439 Berlin) mit der Ausstellung „Leseland DDR“ zu erleben. Bis zum 4. Oktober wird dort zugleich „Science Fiction in der DDR“ präsentiert. Beide Ausstellungen werden von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur als Poster-Set für die Bildungsarbeit angeboten.

Mehr als 500 Vorbestellungen aus dem In- und Ausland zeigen das große Interesse an dieser kultur- und alltagsgeschichtlichen Auseinandersetzung mit der Teil-

lungsgeschichte. Autor der Ausstellung ist der Historiker und Publizist Stefan Wolle. Die Ergänzungsausstellung zur Science-Fiction ist von mitteldeutschen Fanklubs des Genres erarbeitet worden.

Die Ausstellung „Leseland DDR“ präsentiert 110 Fotos und Faksimiles sowie 20 Videointerviews mit namhaften Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, unter anderem mit dem Verleger Christoph Links, den Autorinnen Paula Fürstenberg und Ines Geipel, dem Musiker Andrej Hermlin – einem Sohn des Schriftstellers Stephan Hermlin –, dem DDR-Krimiautor Hartmut Mechtel und der Sächsischen Staatsministerin Petra Köpping.

Die Schau steht in mehreren Formaten sowie fremdsprachigen Fassungen für die Kulturarbeit im In- und Ausland zur Verfügung. Didaktische Handreichungen erschließen die Schau für den Schulunterricht. Die Peter-Sodann-Bibliothek in Stauchitz bietet dazu passende Buchpakete an, welche die Ausstellungspräsentationen ergänzen sollen. tws

www.leseland-ddr.de

● FÜR SIE GELESEN

Literarisch und informativ

Der mit zahlreichen Literaturpreisen ausgezeichnete deutsch-iranische Autor Navid Kermani widmet sich in seinem neuen Buch „Jeder soll von da, wo er ist, einen Schritt näher kommen“ einem Vergleich der Religionen.

Seinem Vater, einem angesehenen Arzt, hatte er an dessen Sterbebett versprochen, ein Buch über den Islam zu schreiben, damit seine Enkeltochter diesen besser versteht. Dem will der Sohn nun nachkommen. In einem fiktiven Dialog mit seiner zwölfjährigen Tochter, die in der Schule am christlichen Religionsunterricht teilnimmt, versucht der habilitierte Orientalist, einem kritischen Teenager, Fragen zur Religion in möglichst nachvollziehbaren Beispielen zu erklären. Anhand ausgewählter Suren liefert er Einblicke in den Koran und stellt vielfältige, fundierte Vergleiche zum Christentum, Judentum und anderen Religionen her. Kermani macht deutlich, dass der Islamische Gottesstaat im Iran und der dort gelebte Iran ebenwenig mit dem Islam zu tun hat, der in seiner Familie gelebt wurde, wie dessen radikale Auslegung.

Das Buch ist sehr informativ und in einer poetischen Sprache geschrieben, spannende Passagen fehlen jedoch. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Navid Kermani: „Jeder soll von da, wo er ist, einen Schritt näher kommen“, Hanser Verlag, München 2022, 240 Seiten, 22 Euro

Andacht mit C. S. Lewis

Der nordirische Literaturwissenschaftler und Schriftsteller C.S. Lewis sei auf der Insel im christlichen Kontext so bekannt wie Bonhoeffer hierzulande. Die meisten kennen ihn vermutlich als Autor der Kinderbuchreihe „Die Chroniken von Narnia“.

Sandro Göpfert, Pfarrer in Sachen, hat sich von Lewis inspirieren lassen und mit dessen Texten ein Andachtsbuch veröffentlicht mit dem Titel „40 Tage mit C. S. Lewis“. In einer Einleitung von Matthias Clausen und dem Vorwort wird der Leser eingestimmt auf den Erfolgsautoren und einen der einflussreichsten christlichen Fürsprecher der Neuzeit. Jedes der 40 Kapitel, die man nicht nur zur – 40-tägigen – Fastenzeit lesen kann, sind in sechs Schritte unterteilt. Der Lewis-Text steht jeweils voran, gefolgt von einem passenden Bibelvers. Der dritte Schritt gibt dem Leser Zeit zur Stille, der vierte enthält Erläuterungen zum Kontext des Lewis-Textes, Fragen zum Weiterdenken verknüpfen die Ergebnisse der Geschichte mit eigenen Erfahrungen, zum Abschluss gibt es einen Gebetsimpuls. Das Buch mit Legebändchen bietet jederzeit eine Auszeit vom Alltag. *CRSt*



Sandro Göpfert: „40 Tage mit C. S. Lewis“, Brunnen Verlag, Gießen 2022, gebunden, 174 Seiten, 15 Euro

KULTMOTORRAD



FOTO: SHUTTERSTOCK

Die Harley-Davidson Story

Ein Muss für jeden Fan – Ein Bild-/Textband erzählt, wie das Fahrrad einen Motor bekam und eine Marke die Welt eroberte

Begeisterung für Rennmotorräder und „Superbikes“ machte den US-Journalisten Aaron Frank zu einem erfahrenen Kenner der Motorradwelt. Er hat alle Modelle, über die er schrieb, auch selbst gefahren. Der vorliegen-

de Bildband erzählt die über hundertjährige Erfolgsgeschichte von Harley Davidson, die sich dank eines umfangreichen Archivs, das immer weiter vervollständigt wird, gut nachvollziehen lässt. *MRK*

Aaron Frank: „Die Harley-Davidson Story. Eine sagenhafte Geschichte in 45 Objekten“, Koehler Verlag, Hamburg 2022, gebunden, 224 Seiten, 39,90 Euro

POLITIK

Irrationale Analyse einer Amerikanistin

Eva C. Schweitzer polemisiert in ihrem Buch über eine „unheilige Allianz“ von Neurechten hierzulande und in den USA

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Rechten sind überall – sogar unter Linken. Das ist die Kernthese des Buchs „Links blinken, rechts abbiegen. Die unheimliche Allianz zwischen Neurechten, woken Antideutschen und amerikanischen Neokonservativen“ von Eva C. Schweitzer, dessen Titel sicher nur rein zufällig an die drei Jahre zuvor erschienene Broschüre der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) „Antideutsche – links blinken, scharf rechts abbiegen ...“ erinnert. Bekanntlich wird die MLPD vom Verfassungsschutz beobachtet, der der Partei eine gesellschaftlich vollkommen isolierte Position attestiert. Und so setzt sich die promovierte Amerikanistin Schweitzer, die früher unter anderem für die „taz“ und den „Tagesspiegel“ schrieb, mit ihrem Werk zwischen alle Stühle.

Zum einen bietet sie viel politisch Unkorrektes, aber durchaus Wahres über das linksgrüne Politikpersonal hierzulande, das inzwischen oft wie ein Dienstleister der US-Machtpolitik auftritt und sich zugleich permanent als hypermoralische Instanz aufspielt. Zum anderen lebt sie in einer Traumwelt, in der Israel der einzige Unruhestifter im Nahen Osten ist und an Schlechtigkeit nur noch von Donald Trump übertroffen wird, dessen Anhänger angeblich beim „Sturm auf das Capitol“ im Januar 2021 einen Polizisten erschlagen haben. Das alles verrät eher etwas über Schweitzers persönliche Irrationalität als über die politische Realität.

Ebenso legt die Autorin keine belastbaren Belege für die im Untertitel behauptete „unheimliche Allianz“ zwischen den Antideutschen hierzulande und Neurechten dies- und jenseits des Großen Teiches vor, sondern „argumentiert“ auf der Grundlage polemischer Ausfälle oder wirrer Assoziationen. Und auch sonst ist der Stil des Buches dergestalt, dass man als Leser nur den Kopf schütteln kann: Beispielsweise mokiert sich Schweitzer über den tatsächlich äußerst intoleranten Ton seitens der grünlinken Szene, teilt gleichzeitig aber selbst äußerst böse aus, weswegen manche Betroffene sicher schon an eine Beleidigungsklage gedacht haben. So nennt sie die stark umstrittene, weil heftig pöbelnde „nichtbinäre Autorin“ iranischer Herkunft Hengameh Yaghoobifarah abwertend „Yabba“, denn „das Leben ist zu kurz, ihren Namen auswendig zu lernen“. Das bietet Leuten wie Yaghoobifarah einen weiteren hochwillkommenen Anlass, sich zum Opfer der „rassistischen Kartoffeldeutschen“ hochzustilisieren.



Eva C. Schweitzer: „Links blinken, rechts abbiegen. Die unheimliche Allianz zwischen Neurechten, woken Antideutschen und amerikanischen Neokonservativen“, Westend Verlag, Frankfurt am Main 2021, broschiert, 271 Seiten, 20 Euro

RATGEBER

Wege aus der Depression

Der Professor für Klinische Psychologie definiert die Krankheit, die das Zusammenleben von Paaren belasten kann, und zeigt Therapiemöglichkeiten

VON SILVIA FRIEDRICH

Wer eine partnerschaftliche Beziehung beginnt, denkt kaum an schwere Zeiten, die auftauchen könnten. Doch plötzliche Erkrankungen, Arbeitslosigkeit, Vertrauensbrüche und Verluste geliebter Menschen können einen dunklen Schatten auf eine Paar-Beziehung werfen. Auch eine beginnende psychische Störung, wie eine Depression, kann außerordentlich belastend für die Partnerschaft sein.

Guy Bodenmann ist Professor für Klinische Psychologie mit Schwerpunkt Kinder/Jugendliche und Paare/Familien an der Universität Zürich. In seinem Buch „Schatten über der Partnerschaft. Wie Paare Depressionen gemeinsam behandeln können“, widmet er sich ausführlich und anschaulich dem Thema.

Depressionen gehörten zu den häufigsten psychischen Störungen und betreffen viele Menschen im Laufe ihres Lebens, lässt der Autor wissen. Dass davon auch Familienangehörige betroffen sind, wurde lange nicht beachtet. Bodenmann plädiert dafür, dass auch die Partner Unterstützung und fachliche Betreuung bräuchten. „Beide sind Leidende unter der Situation, aber beide haben auch Ressourcen, welche es zu aktivieren und zu stärken gilt, um den Herausforderungen zusammen wirksam zu begegnen“, sagt der Autor im Vorwort und benennt als Ziel des Buchs, Paare im Umgang mit Depressionen in ihre Ressourcen zu führen.

Die Entstehung einer Depression und deren Auslöser werden aufgeführt. Anhand vieler Beispiele können die Leser sich der Thematik anschaulich annähern und sich selbst oder auch Familienangehörige darin oft auch wiedererkennen. Farblich abgesetzt gibt es Merksätze, aber auch immer wieder die Rubrik „Was bedeutet dies für Sie als Paar?“

Eine gemeinsame Herausforderung

Schließlich zeigt der Autor anhand des Konzepts „We-Disease“, dass eine Depression immer eine gemeinsame Herausforderung ist und gemeinsam angegangen werden muss. So sollten beide in Abhängigkeit ihrer Kräfte und Ressourcen zum gemeinsamen Bewältigen beisteuern. Das letzte Kapitel „Depression und Behandlung“ gibt einen Überblick über therapeutische und medizinische Maßnahmen und erklärt das Für und Wider der jeweiligen Mittel. Auch die Möglichkeit einer Paartherapie wird angedacht und in vielen Fällen beauftragt. Es ist ein sehr informatives, aufklärendes Buch, nicht nur für Betroffene.



Guy Bodenmann: „Schatten über der Partnerschaft. Wie Paare Depressionen gemeinsam bewältigen können“, Hogrefe Verlag, Göttingen 2022, broschiert, 216, Seiten, 24,95 Euro

MUSIK

Ein Orgel- und Gesangserlebnis

Erfolgreiche „Internationale Musiktage in Warpuhnen“ absolviert

VON KERSTIN HARMS

Zu den viertägigen „Internationalen Musiktage in Warpuhnen“ im vergangenen Monat kamen über 600 Gäste in die einst totesagte evangelische Kirche nach Warpuhnen in Masuren, die in diesem Jahr ihr 140-jähriges Bestehen feiert. Aus der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden reisten Warpuhner an und Gäste, die einen persönlichen Bezug zu der Kirche haben, weil sie selbst dort getauft, konfirmiert oder die Eltern oder Großeltern dort getraut wurden.

Vor zehn Jahren wurde die Kirche vom Verein Freunde Masurens e.V. vor dem Verfall gerettet. Durch Fördermittel vom Bundesamt für Kultur und Medien in Bonn, dem Gustav-Adolf-Werk und dem Martin-Luther-Bund konnte 2019 der Kirchturm komplett saniert werden. Im letzten Jahr wurden alle fünf Türen und die drei wertvollen bunten Glasfenster über dem Altar restauriert. Durch private Spendengelder in Höhe von 35.000 Euro wurde die durch Feuer und Löschwasser ziemlich stark beschädigte Terletzki-Orgel 2010 repariert. In diesem Jahr soll auch noch das gesamte Dach erneuert werden.

Verein rettet Kirche

In Zusammenarbeit mit dem Verein Freunde Masurens und dem Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg begannen die Musiktage pünktlich mit einem interessanten und vielfältigen Rahmenprogramm. Pastor Fryderyk Tegler, der ebenfalls in dieser Kirche getauft, konfirmiert und getraut wurde, begrüßte die vielen Gäste aus dem In- und Ausland und wünschte allen Freude an den Veranstaltungen der nächsten Tage. Auch die Sensburger Landrätin, Barbara Kuźmicka-Rogala, war unter den Gästen.

Mit einer Power-Point-Präsentation zeigte die Vorsitzende des Vereins Freunde Masurens Bilder vom Zustand der Kirche, wie diese sie vor über zehn Jahren vorgefunden hatte. Hohe Laubberge und Unrat sowie eingeschlagene Fenster und kaputte Türen hielten sie nicht davon ab, auch das Schöne und Erhaltene der über 100 Jahre alten Kirche zu sehen, wie den Altar mit dem Bild von dem Auferstandenen mit Maria Magdalena und die drei bunten Glasfenster darüber.

Als die drei Originalglocken, die einst in dieser Kirche zu vielen Anlässen geläutet hatten und jetzt in der evangelischen Kirche im schlesischen Zeislowitz [Cisownica] dienen, vom Band ertönt, liefen bei vielen Tränen der Wehmut.

Susanne Borrek, Mitglied des Vereins Freunde Masurens, nimmt seit drei Jahren auf Wunsch des Vereins Orgelunterricht und weihte die im Jahr 2020 restaurierte Orgel zum zehnjährigen Vereinsjubiläum in dieser Kirche ein. Zu den Musiktage gab sie ein sehr vielfältiges wunderschönes Konzert mit Orgelstücken von Johann Pachelbel, Dietrich Buxtehude, Johann Sebastian Bach, Felix Mendelssohn-Bartholdy, Gustav Adolf Merkel, Max Reger und William Lloyd Webber.

Der polnische Chor Schola Vocale und die M.A.Z.I-Band unter der Leitung von Cezary Nowakowski aus Sensburg, der bereits schon mehrere Konzerte in der Kirche mit der hervorragenden Akustik gegeben hat, band auch das Publikum bei einigen Liedern mit ein und begeisterte mit seinem Können und Temperament.

Alfred Siwik stellte auf Staffeleien alte Fotos aus dem Kirchspiel Warpuhnen in der Kirche aus, die die Teilnehmer zu mancher Erinnerung führten.



Gut gefüllt: Die Kirche als Schauplatz der Internationalen Musiktage mit der 2020 von Orgelbaumeister Andrzej Kowalewski restaurierte Terletzki-Orgel aus Elbing
Fotos (2): Kerstin Harms

Am zweiten Tag trat der Sänger Bernd Krutzinna auf und nahm mit seinen selbstkomponierten Liedern und den dazu passenden Bildern die Menschen in der Kirche mit in das alte und das gegenwärtige Masuren. Die Stimme von Krutzinna mit Liedern über die Heimat, wie zum Beispiel „Fahr einmal nach Masuren“, „Ännchen von Tharau“ oder „Nach der Heimat zieht's mich wieder“ begeisterte die Zuhörer, und auch die polnischen Gäste waren von seiner Musik sehr angetan.

Nach einer kurzen Pause gab es einen interessanten Vortrag von dem Historiker Ralf Meindl zum Thema „Die Geschichte von Ermland und Masuren am Beispiel von Olsztyn/Allenstein“. Sein Vortrag wurde illustriert mit altem Bildmaterial und Statistiken über die Vergangenheiten

und Gegenwart von Ostpreußen. Bei dem anschließenden Sektempfang vor der Kirche entwickelten sich viele Gespräche, man traf auf alte Bekannte, und neue Freundschaften wurden geschlossen.

Am dritten Tag wurden die Musiktage durch Hans-André Stamm, Leverkusen, und Karen Sokoll, Potsdam, deren Großeltern in dieser Kirche getraut worden sind, mit Orgel und Gesang fortgesetzt aus Werken von Jean Adam Guilain, Samuel Scheidt, Johann Pachelbel, Alessandro Scarlatti, Johann Sebastian Bach, Felix Mendelssohn-Bartholdy und Wolfgang Amadeus Mozart sowie auch aus Stamms eigenen Kompositionen. Die Kirchenbesucher, darunter die Familie von Karen Sokoll aus der Schweiz und ihr Vater, Günther Sokoll, waren von dem Konzert sehr angetan.

Die Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, Cornelia Pieper, begrüßte als Schirmherrin der „Internationalen Musiktage in Warpuhnen“ die Gäste sehr herzlich und freute sich über die vielen Besucher, die zu dieser Veranstaltung gekommen sind. Sie dankte den Organisatoren, dem Verein Freunde Masurens sowie Agata Kern vom Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum für das interessante und vielfältige Programm mit Musik und Vorträgen.

Danach zeigte der Orgelbaumeister Andrzej Kowalewski, der die Orgel im Jahre 2020 restauriert hat, Bilder von seiner monatelangen Arbeit. Er hat das ganze Instrument in seine Einzelteile zerlegt, restauriert und Teile nachkonstruiert, die nicht mehr zu reparieren waren. Die Orgel war vor einigen Jahren Opfer eines Brandanschlags durch Jugendliche geworden. Die Brand- und Wasserschäden an dem Holz waren immens, sodass es an ein Wunder grenzt, dass diese Schäden wieder behoben werden konnten und die Orgel so wundervoll in der Kirche erklingt.

Cornelia Pieper als Schirmherrin

Zum Mittag gab es im Dorfgemeinschaftshaus gegenüber der Kirche Erbsensuppe und den landestypischen Borschtsch. Beim geselligen Beisammensein ergaben sich viele interessante Gespräche. Für die

Fortführung des Musikprogramms sorgte anschließend der Chor des Sozialkulturellen Vereins aus Lötzen mit seinen fröhlichen deutschen und polnischen Liedern. Wieder in der Kirche ging es weiter mit dem berührenden Orgelspiel von Ruslan Kozynko.

Jugendliche verursachten Brand

Nach einer Kaffeepause im Dorfgemeinschaftshaus mit selbstgebackenem Kuchen von den Landfrauen aus dem Dorf stellte Ania Baziuk, eine aus der Ukraine geflüchtete junge Künstlerin, dort einige ihrer Werke aus, die von einigen Gästen auch käuflich erworben wurden.

Das große Abschlusskonzert der Musiktage gestalteten Neithard Bethke und Anja Uhlemann. Professor Bethke ist Kirchenmusikdirektor, Organist, Komponist, Cembalist, Dirigent und war zuletzt Domorganist und Kapellmeister am Ratzeburger Dom. Zurzeit leitet er den Akademischen Chor in Zittau/Görlitz, in dem auch Anja Uhlemann als Altistin singt.

Bethke, dem die Orgel in Warpuhnen aus früheren Konzerten bekannt war, spielte Werke von Vincent Lübeck, Giuseppe Torelli, Johann Sebastian Bach, Joseph Haydn und Alessandro Stradella sowie eigene Kompositionen. Anja Uhlemann füllte die Kirche mit ihrer schönen Altstimme und begeisterte das dankbare Publikum. Es war ein gelungener Abschluss der Musiktage, die mit dem Lied „Guten Abend, gute Nacht“ nach Orgelklängen von Bethke endeten.

Mit dem festlichen ökumenischen Dankgottesdienst am vierten Tag endeten die „Internationalen Musiktage in Warpuhnen“. In die mit vielen Gottesdienstbesuchern aus Nah und Fern voll besetzte Kirche war auch der Landesbischof Jerzy Samiec aus Warschau gekommen. Die Predigt hielt Bischof Paweł Hause in polnischer und deutscher Sprache und durch die Liturgie führten die Pastoren Fryderyk Tegler und Krzysztof Mutschmann. Die Kollekte für die Renovierung des Kirchendaches erbrachte 823 Euro. Als Ausklang der Musiktage waren das Orgelspiel von Matthias Böhlert aus Salzwedel und der Gesang von Bernd Stein in den Gottesdienst integriert.

OSTDEUTSCHES LIED

60 Jahre Patenschaft

Es ist die einzige Sachpatenschaft für ein ostdeutsches Kulturgut in Deutschland: die „Patenschaft für das Ostdeutsche Lied“ der Stadt Wetzlar. Die Institution kümmert sich seit 60 Jahren darum, das Liedgut der einst deutschen Siedlungsgebiete im Osten vor dem Vergessen zu bewahren. Gefeierte wird das Jubiläum mit einem Liederabend am 11. September, 17 Uhr, in der Wetzlarer Stadthalle.

Drei Zimmer im Alten Wetzlarer Rathaus in der Altstadt direkt neben dem Standesamt bilden das Domizil der Patenschaftsstelle für das Ostdeutsche Lied. Hier sind die rund 2000 Liederbücher der Sammlung, dazu 300 Fachbücher und 2000 Liederblätter untergebracht. Geleitet wird die Einrichtung von Gerhard König. Der 82-Jährige leistet die Arbeit seit 2003 ehrenamtlich und wird unterstützt durch Petra Hannig, die als Mitarbeiterin im Historischen Archiv der Stadt Wetzlar stundenweise auch für die Patenschaftsarbeit tätig ist.

Den Anstoß zur Gründung gab der aus dem Sudetenland heimatvertriebene Musikpädagoge und Volkskundler Edgar Hobinka (1905–1989). Der spätere Ehrenbürger Wetzlars hatte bereits 1957 die Wetzlarer Musikschule mitbegründet und gehörte auch der Stadtverordnetenversammlung an, die 1962 den Beschluss zur Gründung der Patenschaft fasste.

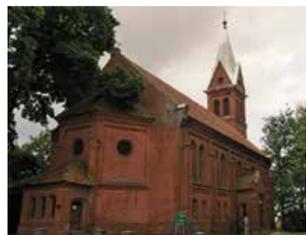
Ziel war es, eine zentrale Sammel- und Auskunftsstelle für das ostdeutsche Liedgut einzurichten, die als Ansprechpartner für Chöre und Musiker zur Verfügung steht und beispielsweise Notenblätter zur Verfügung stellt. Auch Anfragen aller Art sollten beantwortet werden. Ein großer Teil davon stammt von Chören oder aus den Reihen der Vertriebenenverbände, die auf der Suche nach bestimmten Liedern oder Liederbüchern sind. Viele Anfragen machen deutlich, dass es nicht nur um eine Melodie geht, sondern auch darum, das Trauma einer schweren Zeit aufzuarbeiten. So schickte eine ehemalige Gefangene in sibirischen Arbeitslagern aus Schwerin Lieder zu, die in diesen Lagern entstanden sind. Daraus ergab sich ein längerer Schriftwechsel mit dem Austausch von Erlebnissen und Erfahrungen.

Auch von Bürgern aus den Republiken Polen und Tschechien werden Anfragen nach Liedern gestellt, die von Wetzlar aus beantwortet werden können. Wer ein bestimmtes Lied sucht und nur den Textanfang kennt, hat die Möglichkeit, die Liedsuchdatei der Patenschaftsstelle zu nutzen. Sie verfügt mittlerweile über 66.000 Titeleinträge und dürfte kaum eine Liedanfrage offenlassen.

Auch gibt es erste Bestrebungen, die alten ostdeutschen Lieder neu zu bearbeiten. So haben sich zwei Musikgruppen gemeldet, um die Lieder als „Jazzversion“ zu vertonen und damit neue Zielgruppen zu erschließen.

Um das ostdeutsche Liedgut zu pflegen und zu verbreiten, hat die Patenschaftsstelle eigene Liederbücher herausgegeben und veranstaltet alljährlich einen Liederabend. 2013 wurde die Patenschaft vom Land Hessen mit dem Preis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ geehrt. **PM**

Zur rechtlichen Situation



Die evangelische Kirche in Warpuhnen

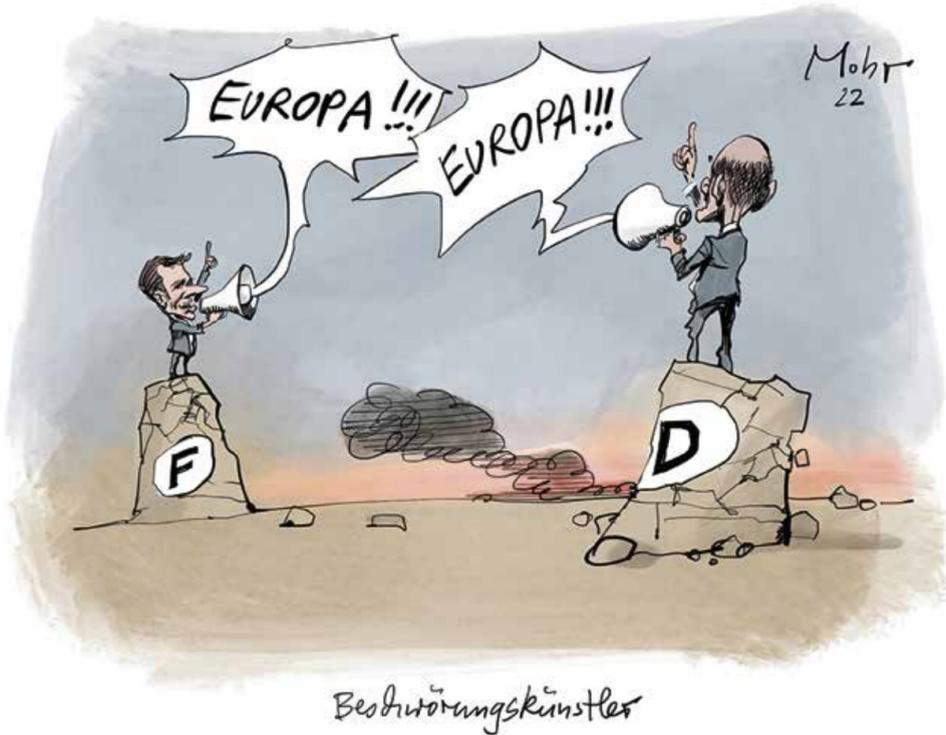
wurde am 25. März 2022 notariell mit Genehmigung des Konsistoriums in Warschau an die „Fundacja na rzecz rozwoju turystyki aktywnej“ (Stiftung für die Entwicklung des Aktivtourismus) unter dem Vorsitz von Alfred Siwik aus Sensburg verkauft, mit der Auflage der Evangelisch Augsburgischen Kirche in Warschau, diese Kirche ausschließlich für religiöse, kulturelle, pädagogische und soziale Zwecke zu nutzen. Somit bleibt der sakrale Charakter erhalten und es besteht die Möglichkeit, dort weiterhin Taufen, Trauungen und andere kirchliche Handlungen zu vollziehen und Gottesdienste zu feiern.



FOTOS: STADTVERWALTUNG WETZLAR

● AUFGESCHNAPPT

Es kommt selten vor, dass sich eine komplette Weltanschauung in nur zwei kurzen Sätzen selbst entblättert: „Der Mensch funktioniert eben nicht über Freiwilligkeit. Er will gezwungen werden“, so die „Tagesthemen“-Kommentatorin Kristin Joachim in der Sendung vom 26. August. Der Mensch soll also „funktionieren“. Und er muss nicht nur dazu gezwungen werden, er „will“ es sogar. Die Menschen bilden in Joachims Weltbild eine zum Gehorsam geborene Spezies, die sich danach sehnt, an die Leine genommen zu werden. Dies ist die Grundlage des Denkens aller autoritären, diktatorischen Regime der Welt. Hinausposaunt von der Vertreterin jener staatlichen Medien, welche die Zwangsabgabe, welche die Bürger zum Unterhalt der Sender bei Strafandrohung zu entrichten haben, als „Demokratieabgabe“ verherrlichen. Joachim ist übrigens beim rbb beschäftigt. Ausgerechnet jener Anstalt also, die derzeit beispielhaft für die Gier, die Anmaßung und den Machtmissbrauch in den öffentlich-rechtlichen Medienhäusern steht. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Filipp Piatov schließt aus Robert Habecks Beschluss zur Kernkraftnutzung in der „Bild“-Zeitung (6. September):

„Es ist amtlich: Den Grünen ist Ideologie wichtiger als Deutschlands Energiesicherheit.“

Selbst die sehr regierungsnahen Wirtschaftsweisse Veronika Grimm äußert gegenüber der „Wirtschaftswoche“ (6. September) ihr starkes Befremden gegenüber Habecks Kurs in Sachen Atomkraft:

„Dass die AKWs nur in Reserve gehalten werden sollen, ist bei der kritischen Lage am Strommarkt absolut unverständlich. Es muss ja auch mit Blick auf das Preisniveau sämtliche verfügbare Kapazität mobilisiert werden.“

Marco Gallina zeigt sich auf „Achgut.com“ (6. September) entsetzt von Habecks Haltung:

„Der Wirtschaftsminister sieht der deutschen Wirtschaft achselzuckend zu, wie sie aufgrund explodierender Stromkosten noch deutlicher kollabiert als in der Corona-Krise. Jeden Tag stirbt ein Traditions-geschäft in der Republik und der Minister möchte noch erproben, ob es auch ohne Strom geht.“

Autor Frank Lübberding warnt in der „Welt“ (2. September) die Politik davor, den Bogen zu überspannen:

„Heute haben sehr viele sehr viel zu verlieren, und die werden sich nicht mit Phrasen abspesen lassen, sei es über den gerechten Krieg oder den moralisch und ökologisch notwendigen Verzicht. Auf diese Idee sollte wirklich niemand kommen.“

Gabor Steingart zerstört auf „Focus online“ (5. September) jede Illusion, die Deutschen würden von dem „Entlastungspaket“ der Ampel wirklich unterm Strich entlastet:

„Innerhalb der nächsten zwölf Monate – diese Behauptung sei hier gewagt – wird netto kein einziger Bundesbürger entlastet, es sei denn, er stellt das Heizen, das Tanken, das Einkaufen, das Arbeiten und am besten auch das Atmen ein. Die unbequeme Wahrheit ist diese: Die Wucht der ökonomischen Verwerfungen ist heftiger als die Möglichkeiten des Staates.“

Wolfgang Koydl fragt sich in der Schweizer „Weltwoche“ (5. September), ob von den Massenprotesten in Prag eine Signalwirkung für die Nachbarländer ausgehen könnte und schließt:

„Besonders aufmerksam dürfte man in Berlin nach Prag blicken. Vielleicht glauben Scholz und Co. allen Ernstes daran, mit ihren Entlastungspaketen die Lawine aufhalten zu können, die auf das Land zurollt. Doch die tschechischen Proteste können leicht überschwappen – und jenseits der Grenze auf besonders fruchtbaren Boden fallen: Dort liegt Sachsen.“

● WORT DER WOCHE

„Habeck hat mal Kinderbücher geschrieben. Das setzt er jetzt fort.“

Stefan Aust, Herausgeber der „Welt“, im TV-Kanal seiner Zeitung am 31. August

DER WOCHENRÜCKBLICK

Wie am Schnürchen

Warum Habeck auch die letzten AKW weghaben will, und was Baerbock in Prag wirklich sagte

VON HANS HECKEL

War also alles halb so wild? Haben wir uns den katastrophalen Energienotstand nur eingebildet? Nach Habecks AKW-Abschalt-Bekanntmachung scheint es so. Und es gab ja schon Anzeichen dafür, dass die Krise maßlos übertrieben wird. Grünen-Chefin Ricarda Lang brachte uns bereits im ZDF-Sommerinterview Ende Juli die frohe Botschaft: „Wir haben ein Wärme-Problem, kein Stromproblem.“

Langs Parteifreund, unser Wirtschaftsminister, will dann auch konsequent alle drei noch verbliebenen Atomkraftwerke vom Netz nehmen und lediglich zwei als Notfallreserve vorhalten. Den Strom aus den Meilern benötigen wir gar nicht, schließlich „haben wir kein Stromproblem“, wie Lang sagte.

Etwas irritierend fanden wir es dann allerdings, als zum 1. September die Werbebeleuchtung von 22 bis 16 Uhr verboten wurde. Wird Leuchtreklame in Deutschland immer noch mit Gaslaternen betrieben?

Für den Fall von Engpässen will Habeck zwei AKW in Bereitschaft halten, damit er diese bei einem plötzlichen Notfall dazuschalten kann. Wie schnell können die Meiler hochgefahren werden? „Vielleicht in ’ner Woche oder so“, klärte uns der Minister in seiner Pressekonferenz Anfang der Woche auf. Oder so ... aha. Die Sprechweise des Ministers offenbart, wie erfrischend leichtfertig er mit dem Problem umgeht. Hoffentlich kündigen sich Engpässe, etwa durch eine Dunkelflaute, auch rechtzeitig, also eine Woche vorher „oder so“ an. Dann legt der Habeck einfach den Schalter um und die AKW brummen los.

Für den Fall, dass das alles nicht klappen sollte, hat Habeck vorgesorgt. Nun, nicht so sehr für uns, aber immerhin für ihn selbst. „Vielleicht“ hat er gewiss nicht umsonst gesagt. Wenn’s schiefeht, kann er uns daran erinnern, dass er uns schließlich nichts versprochen hat. Zumindest diejenigen von uns, die ein Batterie- oder Kurbelradio zu Hause haben. Die anderen können den Minister im Falle des Stromausfalls sowieso nicht hören, weil ihre Rundfunkgeräte tot sein werden.

Böse Zungen werfen dem Wirtschaftsminister vor, er klebe nur so stur am Atomausstieg, weil er Rücksicht nehmen wolle auf die Grünen-Wähler. Dabei sei ihm das Schicksal des Landes wurst. Da schätzen die Kritiker den Charakter der Grünen-Führung falsch

ein. Annalena Baerbock hat die ganze Welt darüber belehrt, dass bei ihr selbst Grünen-Wähler im Zweifel nicht viel zählen, als sie bei der Podiumsdiskussion in Prag den Ukrainern versprach: „Wir stehen zu euch. Solange ihr uns benötigt, möchte ich liefern, egal, was meine deutschen Wähler denken.“

Das Zitat hat hohe Wellen geschlagen. Baerbock sei sinnentstellend zitiert worden. So habe eine russische Agentur verbreitet, Baerbock habe davon gesprochen, die Ukraine „an erster Stelle“ zu setzen. Und außerdem werde behauptet, sie habe generell von den „deutschen Wählern“ gesprochen und nicht bloß von „meinen“. Von einer „ersten Stelle“ für die Ukrainer vor den Deutschen hat sie in der Tat nicht geredet.

Nein, sie hat es in Wahrheit noch viel schärfer formuliert: Einer „ersten Stelle“ folgt ja gemeinhin eine „zweite Stelle“, was immerhin noch etwas wäre. Baerbock aber bezeichnete die Gedanken ihres heimischen Stimmvolks schlicht für „egal“ („no matter“). Ich weiß nicht, wie Sie das empfinden, aber ich wäre schon glücklich mit der zweiten Stelle, bevor ich für vollkommen egal erklärt werde.

Das ist auch den Baerbock-Verteidigern bewusst. Daher holten sie die dickste Berta aus dem Arsenal: Putin! Russische Stellen hätten den Videoausschnitt mit dem Zitat der Außenministerin als erste veröffentlicht, und deutsche Gegner der Außenministerin hätten ihn dort auch zum ersten Mal gesehen. Daher ist das nun offenbar alles Putin-Propaganda aus dem Feindsender, die jeden entlarvt, der sie weiterverbreitet.

Blicken wir auf die Wurzeln der Grünen

Das soll uns eine Lehre sein: Eine Sache kann noch so wahr sein, wenn sie zuerst vom Feind verbreitet wird, darf sie niemand öffentlich zum Thema machen. Sonst ...

Diese Marschrichtung eröffnet ganz neue Möglichkeiten. Die tonangebenden, regierungsfreundlichen Medien leiden bekanntlich sehr darunter, dass sie nicht mehr das Beinahe-Monopol auf die Nachrichtenverbreitung besitzen. Dass jeder übers Netz verbreiten kann, was er will – auch Fakten, die „nicht hilfreich“ sind, wie Angela Merkel es ausgedrückt hätte.

Wenn wir nun aber durchsetzen, dass nur noch das aufgegriffen und diskutiert werden darf, was eine bestimmte Auswahl von Medien in die Öffentlichkeit lässt? Dann wäre

Sie setzt ihre deutschen Wähler nicht etwa an die „zweite Stelle“, sondern deren Meinung ist ihr sogar „egal“. Was ist schlimmer?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de